Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 163. | Dresden, Montag den 19. Juli 1909. | 20. Jahrg.

Irreführungen.

Die Fusel-Verbrüderten werden ihres Sieges nicht recht froh. Die Konservativen wehren sich nicht nur mit Händen und Füßen gegen die Tatsache, daß sie waren, die Bernhard Bülow unter seinen Leichenstein verscharrten, sie wehklagen auch, daß ihre Haltung selbst in der „offiziösen" Presse nicht die Würdigung finde, auf die sie als erwählte Thron- und Altarstützen Anspruch zu haben glauben.

So äußert sich die Kons. Korresp., das amtliche Organ der Konservativen, empört, die offiziöse Presse fahre fort, in Waschzetteln und in Kreisblättern die Legende zu verbreiten, als ob „der Rücktritt des Fürsten Bülow die Folge eines unzulässigen und unpatriotischen Verhaltens der konservativen Reichstagsfraktion gewesen sei." Bülow selbst hat das Treiben der Konservativen etwas deutlicher noch ein frivoles Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes genannt. Dieser Stachel sitzt tief im Fleische der konservativen Beutelschneider. Sie erklären sich solche Auffassungen einmal herzlich naiv mit „Rückständigkeiten früherer Preßinformationen", dann aber boshaft mit „bemerkenswerter Schwäche der Auffassung oder des guten Willens".

Noch unbegreiflicher findet es die Konservative Korrespondenz, daß es normal veranlagten Untertanen immer noch schwer fällt, zu begreifen, daß der Widerstand der Konservativen gegen die Erbanfallsteuer angeblich lediglich „sachlicher und monarchischer Ueberzeugung" entsprang. Sie meint:

„Auch muten es in den offiziösen Kreisblattartikeln seltsam an, mit Bezug auf die Erbanfallsteuer und den damit in sachliche Verbindung gebrachten Rücktritt des Fürsten Bülow den Hinweis zu finden, daß nur vier Millionen Wahlstimmen hinter den Gegnern, dagegen sieben Millionen hinter den Freunden der Regierung gestanden haben. Es wird nämlich dabei verschwiegen, daß die Hälfte dieser Wahlstimmen aus dem sozialdemokratischen Lager stammte, und es ist uns zweifelhaft, ob das der Regierung sowohl sachlich als aus allgemeinen politischen Gründen zum besonderen Rückhalt gereicht."

Es fehlt den Konservativen selbstverständlich jede Fähigkeit, sozialdemokratische Auffassungen als sicherstes Spiegelbild der Anschauungen der Volksmassen zu werten. In ekelhafter Demagogie verschmäht es die Clique der Beutelschneider nicht, zu denkbar niedrigsten Mittelchen ihre Zuflucht zu nehmen, um ihr Verbrechen der Volksplünderung zu beschönigen. Sie selbst sieht natürlich nicht, daß die Anwendung solcher schäbigen Mittel die Infamie der konservativen Gaunerpolitik in ihrer ganzen Fülle enthüllt.

Aber zu der Infamie der Schnapphähne gesellt sich ihre Besorgnis vor dem Kommenden. Die Kons. Korresp. schließt ihre Ausführungen mit den Sätzen:

„Wir wollen diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne den Wunsche Ausdruck zu geben, daß die neue Reichsleitung es vermeiden möge, Spannungen aufrecht zu erhalten, oder Verstimmungen zu erzeugen gegenüber politischen Faktoren, auf deren offene und vorbehaltslose Mitwirkung sie vielleicht nicht wird verzichten wollen, und die es ihrerseits begrüßen würde, nach der Erledigung sachlicher Streitfragen ein gewisses einseitiges Kokettieren mit der Linken, wofür einzelne Anzeichen zu sprechen scheinen, lieber vermieden zu sehen."

Deutlicher noch kommt die konservative Angst in den Schlußzeilen eines anderen Artikels der Kons. Korresp. zum Ausdruck, in denen es heißt:

„Es ist recht gut möglich, daß die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion im Lande auch jetzt noch nicht überall voll verstanden und nach Gebühr gewürdigt wird. Dafür sorgt leider auch eine übermächtige gegnerische Presse, die gewiß auch nicht verabsäumen wird, die Darlegungen des ihr näher, als der unserigen, stehenden Staatsmannes in diesem Sinne auszubeuten. Um so energischer müssen unsere Freunde tätig sein, durch persönlichen Verkehr und in Versammlungen die alte Treue und Zusammengehörigkeit der konservativen Partei, das gegenseitige Vertrauen zu beleben und zu festigen.

Mögen auch manche Elemente mehr gouvernementaler und schwankender Richtung von uns sich trennen. Die Stärke einer Partei beruht am letzten Ende nicht auf ihrer Zahl, und wir haben die gute Zuversicht, daß die Partei aus den letzten Kämpfen schließlich stärker und einiger hervorgehen wird als je."

Man darf sich also darauf gefaßt machen, daß von konservativer Seite ein grimmiger Feldzug in Szene gesetzt wird, der kein Mittel der Irreführung und Lüge unbenutzt lassen wird, um das schöne Ziel zu erreichen, „die alte Treue und Zusammengehörigkeit der konservativen Partei zu beleben und zu festigen." Die Angst um die Mandate wird lebendig, die Furcht vor dem Strafgericht. Man weiß nur allzu genau, wo die Gebiete und die Bezirke liegen, in denen es den Konservativen noch gelingt, im Trüben zu fischen: dort, wo eine unaufgeklärte Landbevölkerung, gelähmt vom rücksichtslosen Terrorismus der Konservativen, noch irregeführt werden kann. Von der Seite der Sozialdemokratie wird sicher alles aufgeboten werden, das frevelhafte Demagogentreiben der Volksausplünderer zu durchkreuzen. Mehr als je wird die sozialdemokratische Arbeit unter der Landbevölkerung zu einer der dringendsten Aufgaben, um in die Bollwerke der Reaktion Bresche zu schlagen.

Aber die Dinge selbst werden für uns arbeiten. Die Wirkungen der Fuselblock-Steuern müssen den Indifferentesten aufpeitschen. Es handelt sich nicht um Bülow, den toten Mann; es handelt sich nicht darum, ob es der Rotte der Schnapphähne gelang, den gleichgültigen Personenwechsel in der Regierung herbeizuführen, sondern darum, das Strafgericht über die Fuselblöcklinge zu einem vernichtenden zu gestalten, alle Kräfte zu entfalten, in den Einzelstaaten und im Reiche die konservative Vorherrschaft zu zerbrechen. Es gilt nicht nur, in Preußen eine unwiderstehliche Bewegung zu wecken, die zum Sturze der Dreiklassenwahl-Schmach führt, sondern auch in Sachsen Sorge zu tragen, daß konservatives Demagogenspiel ohne Frucht bleibt.

Wie skrupellos die Konservativen wirtschaften, um Mandatsgefahren von sich abzuwenden, geht aus einem Kreuzzeitungsartikel hervor, der ein liberal-klerikales Bündnis gegen die Konservativen in Vorbereitung sieht. Mit Gott für König und Vaterland schreibt das Junkerblatt:

„Wie weltfremd sind doch die guten Leute, die im Ernst und nicht aus Heuchelei von einem konservativ-klerikalen Block reden in demselben Augenblick, da sich ein liberal-klerikales Bündnis gegen die Konservativen vorbereitet! Will die Regierung in Preußen eine radikale Aenderung des Wahlrechts durchsetzen, so bleibt ihr sogar keine andere Möglichkeit, als sich dieses liberal-klerikalen Blocks zu bedienen, ja ihn zu schaffen, wenn er sich von selber bildet. Die gleiche Konstellation werden wir im Reiche zu gewärtigen haben, wenn der neue Reichskanzler die sozialpolitischen Vorlagen wieder einbringt, die durch die Schließung des Reichstags hinfällig geworden sind. Nicht minder werden Zentrum und Liberalismus sich über die im Reichstage angeregten, auf ein parlamentarisches System hinzielenden Aenderungen der Verfassung und der Geschäftsordnung zu verständigen wissen. Wie sich Herr v. Bethmann-Hollweg zu diesen Fragen stellen wird, ist ungewiß. Ein konservativ-liberaler Block wird ihm aber auch hier unter keinen Umständen zur Seite stehen; hält er es mit den Liberalen, so opponieren die Konservativen, widersteht er einschneidenden Veränderungen, so hat er nur die Rechte auf seiner Seite; den Ausschlag wird unter allen Umständen wieder das Zentrum geben."

Wie herzlich naiv stellt sich das Junkerblatt, von Bethmann-Hollweg radikale Aenderungen des Wahlrechts zu erwarten! Bethmann-Hollweg hat sich beeilt, auf ein Glückwunschtelegramm des Grafen v. Schwerin-Löwitz, des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, zu antworten:

„Auf märkischem Boden erwachsen, habe ich die Berührung mit der Landwirtschaft nie verloren; ihre Leistungsfähigkeit wie die der andern großen Erwerbsstände unseres Volkes zu erhalten und zu fördern, rechne ich zu den wichtigsten Aufgaben des mir von meinem Kaiserlichen Herrn anvertrauten Amtes."

Wer sich so freudig als „zweiter agrarischer Kanzler" proklamiert, steht sicherlich nicht in dem Verdachte, radikale Aenderungen des Wahlrechts zu erstreben, die der Reaktion tödliche Schläge versetzten. Der „Philosoph am Throne", wie man Bethmann genannt hat, wird nicht im Traume daran denken, nachdem er von seiner Feindschaft gegen gleiches Recht nicht im geringsten Hehl gemacht hat.

Wie sich Bethmann zu den sozial-politischen Vorlagen, die durch die Schließung des Reichstags vorläufig „erledigt" sind, stellen wird, muß man allerdings abwarten. Sicher hat die Arbeiterschaft keinen Anlaß, sich großen Hoffnungen hinzugeben. Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Nachfolgers Posadowskys ist bis jetzt durch keine Tatsache erschüttert worden.

Noch kurioser ist der Hinweis der Kreuzzeitung auf kommende Verfassungs- und Geschäftsordnungs-Reformgelüste. Die Fuselblockmehrheit hat erst vor kurzem den Beweis erbracht, daß die Vergewaltigung der Geschäftsordnung mit zu ihren gewohnheitsmäßigen Praktiken gehört. Vom Zentrum zu erwarten, daß es Hand in Hand mit dem Liberalismus eine Sicherstellung der Geschäftsordnung gegen freche Vergewaltigungen plane, beweist einen sehr hohen Grad von bewußter Irreführung.

Als Aufgabe der Regierung bezeichnet es die Kreuzzeitung „in aller Ruhe und Stille die „mittlere Linie" mit den Fraktionen zu suchen, mit den Fraktionen, die ehrlich gewillt sind, Reformen durchzuführen, nicht aber neuen Stoff für die Parteiagitation zu schaffen" Da die Kreuzzeitung selbst meint, vorläufig sei dabei auf die Nationalliberalen nicht zu rechnen, so heißt das trotz aller Vorspiegelung eines liberal-klerikalen Blockes mit anderen Worten: Die neue Mehrheit ist zu neuen Geschäftchen mit der Regierung bereit, zu Reformen ... nach dem Beispiel der massenplündernden Reichsfinanzreform.

* * *

Vizepräsident Spahn?

Die Frage des künftigen Reichstagspräsidiums macht einigen Blättern bereits Kopfschmerzen. Da der Reichstag nicht vertagt, sondern geschlossen wurde, so muß er bei seinem Zusammentritt ein neues Präsidium wählen. Daß dabei der schwarze Block das Präsidium zu bestimmen hat, ist eigentlich selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich erscheint es, daß das Zentrum als ausschlaggebende Partei den ersten Präsidenten zu stellen hat. Der Nat.-Ztg. zufolge soll allerdings beim Zentrum keinerlei Absicht bestehen, den Grafen Udo Stolberg aus seinem Amte zu verdrängen. Das Zentrum werde dagegen die erste Vizepräsidentenstelle beanspruchen, und wolle hierfür den Abgeordneten Dr. Spahn in Vorschlag bringen. Das B. T. schreibt dazu: Schließlich hat das der schwarze Block unter sich abzumachen. Nur so viel darf wohl jetzt schon als sicher angenommen werden, daß die liberalen Parteien auf einen Platz im Präsidium verzichten. Daß Herr Kaempf auszuscheiden hätte, ist ja nicht zu bezweifeln. Indessen wäre es auch nicht zu verstehen, wenn etwa Herr Paasche im Präsidium verbliebe. Die Stelle eines zweiten Vizepräsidenten gebührt den Polen, die ja den konservativ-klerikalen Bestrebungen ihre schätzbare Unterstützung angedeihen ließen. Der Abgeordnete Graf Grudzewo-Mielczynski würde zweifellos zur Vervollständigung der neuen Mehrheit sehr geeignet sein.

Polnische Rache.

Zu der politischen Beichte Bülows im Hamburger Korrespondenten schreibt der Dzennik Berlinski, das Berliner Polenblatt:

„Wir haben in der polnischen Sprache kein Wort für das boshafte Gefühl, das bei den Deutschen „Schadenfreude" heißt, aber wir lernten von den Deutschen dies Wort verstehen und empfinden, und es muß uns ja jetzt erfüllen, wenn wir sehen, daß mit unseren Stimmen unser größter Feind seit Bismarck gestürzt, und daß er die Niederlage, zu der wir ihm verholfen, so bitter empfindet.

Wir hätten uns selbst nicht achten können, wenn wir nicht zum politischen Tode eines Menschen beigetragen hätten, der unserem Volke so schweres Unrecht getan, der uns dem deutschen Chauvinismus zum Fraße vorgeworfen, der uns nicht nur in Preußen verfolgte, sondern alle Hebel in Bewegung setzte, um die dumme russische Regierung in ihrer antipolnischen Verblendung zu erhalten. Es gibt auch im politischen Leben eine Nemesis. Hier ist sie eingetroffen.

Der Mann, der auf die polnischen „Kaninchen" Jagd gemacht, der fast jedes Jahr neue vergiftete Pfeile auf uns abgesandt, auf dem die Tränen und Schmerzen der unbarmherzig gepeinigten Wreschener Kinder und der Opfer des Schulstreiks lasten — er hat den Todesstoß, der ihn von der politischen Bühne wegfegte, von uns, aus der Hand seines Opfers empfangen."

Die bittere Größe des Augenblicks ...

Gerhart Hauptmann hat Bülow folgendermaßen antelegraphiert:

„Ich empfinde in diesem Augenblick sehr tief den allgemeinen Schmerz des deutschen Volkes über Ihr Scheiden aus dem höchsten Amte. Gestatten Sie mir, Durchlauchtiger Fürst, mich in die Reihen derer zu stellen, die der bitteren Größe des Augenblicks sich voll bewußt werden. In wahrer Ergebenheit und tiefer Verehrung Gerhart Hauptmann."

... 1892 schrieb Gerhart Hauptmann „Die Weber".

Die geplante Bierpreiserhöhung.

— Daß die Brauereien und Wirte die neue Belastung aus der Biersteuer auf den Konsum abwälzen würden, war vorauszusehen. Daß aber die Gelegenheit wahrgenommen werden soll, nicht nur die neue Steuer auf den Konsum abzuwälzen, sondern **den Konsum um das Fünf- bis Siebenfache des Steuerbetrages zu belasten**, das ist ein Vorgehen, das auch für die Brauer und Wirte gefährlich werden muß. Denn allzu scharf macht schartig. Die neue Biersteuer ist mit 100 Millionen Mark veranschlagt. Die vom Schutzverband der Brauereien der norddeutschen Brausteuergemeinschaft und verwandter Gewerbe einberufene Versammlung, die am 16. Juli in Berlin tagte, beschloß eine Erhöhung des Bierpreises um 5 Pf. pro Liter für die Brauereien und eine solche von 7 bis 10 Pf. für die Gastwirte. Die Biergewinnung im Deutschen Reiche kann man rund mit 73 Millionen Hektoliter annehmen, wovon rund 46 Millionen auf das norddeutsche Brausteuergebiet entfallen. Wenn der Steuerertrag im ganzen 100 Millionen Mark bringt, so wird das Hektoliter mit genau 1,37 M. belastet. Die Brauereien allein sollen aber nach dem Beschluß der Interessenten in Berlin nicht nur die 100 Millionen neue Steuern mehr aus dem Bierverkauf erzielen, sondern nach ihrer Absicht 365 Millionen, d. h. 265 Millionen sollen noch über den Steuerbetrag hinaus aus dem Biervertrieb herausgeholt werden. Für jedes verkaufte Hektoliter soll die Brauerei noch eine Mehreinnahme von 3,65 M. haben.

Aber damit ist die Belastung des Konsums nicht erschöpft. Auch die Wirte sollen nicht leer ausgehen. Für sie sollen über die Erhöhung von 5 Pf. pro Liter hinaus noch 2 bis 5 Pf. von jedem Liter bleiben. Das heißt: der Konsum soll noch 146 bis 365 Millionen Mark in die Tasche der Wirte bezahlen, ohne daß irgend eine Gegenleistung dafür geboten wird. Die Rechnung, die dem deutschen Konsumenten von den in Berlin versammelt gewesenen Vertretern der Brauereien und Wirte aufgemacht worden ist, lautet also wie folgt:

Steuerbelastung an das Reich	100	Mill. Mark
Aufschlag der Brauereien	265	„ „
Aufschlag der Wirte	146—365	„ „
Gesamtbelastung des Konsums	511—730	Mill. Mark.

Das heißt: weil das Reich 100 Millionen Mark Steuern nimmt, glauben die Brauereien und Wirte in der Lage und berechtigt zu sein, 400 bis 600 Millionen Mark über den Steuerbetrag hinaus aus dem Bierkonsum herauszuholen. Die gesamte Steuerbelastung der eben angenommenen Finanzreform, über die so erregte Kämpfe stattgefunden haben, dreht sich um den hohen Betrag von 500 Millionen Mark. Brauereien und Wirte wetteifern nicht nur mit dem steigenden Bedarf des Reiches, sondern sie gehen über die halbe Milliarde noch hinaus.

Wenn die Absichten der Interessenten verwirklicht würden, so würde das eine durchschnittliche Belastung von etwa 10 Mark pro Kopf der Bevölkerung ergeben, und da die Zahl der Biertrinker erheblich kleiner ist als die Bevölkerung, so würde die Durchschnittsbelastung des Biertrinkers auf weit mehr als das Doppelte des genannten Betrages von 10 M. steigen.

In der Berliner Versammlung ist auf die schwierige Lage des Brauereigewerbes zur Begründung dieser ungeheuerlichen Belastung der Konsumenten hingewiesen worden. Glauben denn die Interessenten im Ernst, daß das Brauereigewerbe durch die hier vorgeschlagene Preispolitik aus der ungünstigen Lage herauskommen wird! Entweder die Brauereien und die Wirte haben die wirtschaftliche Macht, ihre Absichten in vollem Umfange durchzuführen, dann werden sie sehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

bald an der Bewegung des Absatzes zu spüren bekommen, wohin ihre Preispolitik geführt hat. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die Biertrinker in Deutschland so gutmütig sein sollten, die außergewöhnliche Preiserhöhung stillschweigend und ohne weiter darauf zu reagieren hinzunehmen. Die Antialkoholbewegung, auf deren zunehmende Kraft von den Brauereien und Wirten in den letzten Jahren selbst häufig genug klagend hingewiesen worden ist, dürfte eine ziemliche Ausdehnung erfahren. Aber der Konsum dürfte sich auch insofern ändern, daß anstatt des Bieres wieder mehr Wein bevorzugt würde. Kurz ein Rückgang des Bierkonsums und damit eine Schädigung des Brauereigewerbes bliebe nicht aus.

So läge der Fall, wenn die Brauereien und Wirte in gemeinsamer Uebereinstimmung die Macht hätten, ihren Willen durchzuführen. Aber es ist vorläufig nicht anzunehmen, daß Uebereinstimmung im Lager der Brauer und Wirte erzielt werden wird. Dann aber liegen die Verhältnisse und Aussichten für das Brauerei- und Wirtegewerbe noch viel unangenehmer. Dann tritt eine Periode gegenseitigen Kampfes, eine verschärfte Konkurrenz, Gegenwehr durch Boykottierungen usw. ein, die für die nächsten Jahre sichere Begleiterscheinungen der Entwicklung vom Brauerei- und Wirtsgewerbe sein werden.

Allgemeiner Bergarbeiter-Streik in England.

j. s. **London**, 17. Juli.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist bei einem entscheidenden Punkte angelangt. Eine Konferenz des Bergarbeiter-Verbandes von Großbritannien hat gestern einstimmig beschlossen, eine Urabstimmung der 600 000 Mitglieder der Organisation über die Frage vorzunehmen, ob sie die mit Aussperrung bedrohten schottischen Bergarbeiter durch einen Generalstreik aller Bergarbeiter in Großbritannien unterstützen wollen. Die Urabstimmung wird am 27. Juli beendet sein, und es wird allgemein erwartet, daß die große Mehrzahl der Stimmen für den Generalstreik abgegeben werden wird.

Die schottischen Bergarbeiter wehren sich gegen die 12½ prozentige Lohnreduzierung; um diese zu erzwingen, haben die schottischen Grubenbesitzer beschlossen, sämtliche Arbeiter am 27. Juli auszusperren. Die angedrohte Lohnreduktion würde die Folge haben, die Löhne auf 5 Schilling 6 Pence pro Tag herabzudrücken, während die Arbeiter auf einem Minimallohn von 6 Schilling pro Tag bestehen. Sollte die Aussperrung tatsächlich in Kraft treten, dann wird der Zentralverband der Bergarbeiter die schottische Organisation, die 80 000 Mitglieder zählt, in der Höhe von 10 Schilling pro Woche und pro Mitglied unterstützen.

Man nimmt an, daß die Grubenbesitzer einlenken werden, sobald sie merken, daß die Arbeiter zu einem Entscheidungskampfe entschlossen sind. Gegenwärtig scheint das Zurückweichen der Unternehmer der einzige Weg zu sein, um den Generalstreik zu vermeiden. Die Arbeiter des ganzen Landes befinden sich seit geraumer Zeit in einem Zustand der größten Erregung. Sie sind der Quälereien durch die Grubenverwaltung herzlich satt und empört über die Finten, mit denen die Kapitalisten sie um alle Vorteile des Achtstundengesetzes, so geringfügig diese an sich sind, zu betrügen suchen. Noch zittert die Erregung durch die Reihen der Bergarbeiter von Wales ob des nur schwer verhüteten Konfliktes; auch sind die Arbeiter mit der dort getroffenen Vereinbarung keineswegs sehr zufrieden. Auch in den englischen Gruben hat sich ein großer Konfliktsstoff angesammelt. Alle Vorbedingungen zu einem großen und erbitterten Kampfe sind da, wenn sich die Grubenbesitzer nicht noch in letzter Stunde eines Besseren besinnen.

Der Streik würde der gewaltigste industrielle Kampf sein, der sich in Großbritannien jemals abgespielt hat. Er würde zumindest eine Million Bergarbeiter auf die Straße setzen, und mit Rücksicht auf die Verwüstungen, die er im ganzen wirtschaftlichen Leben Englands anrichten würde, wäre er nur mit einem großen Eisenbahnerstreik vergleichbar. Die Arbeiter sind vorzüglich organisiert und besitzen auch die finanziellen Mittel für einen zähen Kampf. Allerdings haben auch die Grubenbesitzer eine mächtige Organisation. Wie verlautet, bemüht sich jetzt der Handelsminister Churchill, eine Einigung zwischen den beiden Parteien zu erzielen.

* * *

Durch einen günstigen Zufall ist das schmutzige Treiben und die gemeingefährlichen Methoden gewisser dunkler Ehrenmänner, die aus dem internationalen Transporte von halbzivilisierten und bis auf die Knochen ausgebeuteten Streikbrechern ein lukratives Geschäft machen, ans Tageslicht gerückt. Der folgende Brief, der von einer Streikbrecherhandel-Firma in Galizien herrührt, war „an die geehrten Grubenbesitzer Großbritanniens" adressiert, ist aber aus Versehen dem Führer der schottischen Bergarbeiter, Genossen Robert Smillie, eingehändigt worden. Der Wortlaut des Briefes ist wie folgt:

Rzeszow, 10. Juli 1909.

An die geehrten Grubenbesitzer.

Den Berichten der internationalen Presse entnehmen wir, daß einer der wichtigsten Punkte, die auf der diesjährigen Konferenz der Bergwerksgesellschaften von Großbritannien zur Diskussion gelangen werden, die Frage sein wird, wie die gegenwärtigen Arbeiterverhältnisse verbessert und die ungerechten Uebergriffe der organisierten Arbeitertyrannei möglichst verhindert werden könnten. Erlauben Sie uns deshalb, Ihnen einen Weg anzubieten, der, falls er Ihrer Konferenz oder irgend einer einzelnen Bergwerksgesellschaft annehmbar sein sollte, sich zweifellos als der einzig mögliche erweisen wird, um die Angriffe der Gewerkschaften zurückzuschlagen.

Der Unterfertigte ist der Vertreter eines Konsortiums, das landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter nach Deutschland, Frankreich und Skandinavien exportiert. Ueberall, wo der polnische Arbeiter hinkommt, wird er als hart arbeitender, gehorsamer und anspruchsloser Mensch geschätzt. Die Kohlengruben Deutschlands und namentlich der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika werden hauptsächlich und auf höchst zufriedenstellende Weise von polnischen Arbeitern betrieben. Die vornehmste Tugend des Polen ist die, daß er die Arbeitsstunden nicht zählt, willig 10—12 Stunden täglich arbeitet und sich Umständen und Bedingungen jeder Art anpaßt. Wir sind in der Lage, die Kohlenwerke Großbritanniens mit einer unbeschränkten Zahl solcher Leute zu versorgen. Die Arbeitgeber tragen keinerlei Verantwortlichkeit. Wir unterbringen, speisen und transportieren die Leute auf unser eigenes Risiko. Alles was wir vom Arbeitgeber wünschen, ist eine bestimmte Lohnskala pro Tag oder Stunde, und die Beschäftigung einer zu vereinbarenden Anzahl von Leuten das ganze Jahr hindurch.

Wir sind bereit, entweder mit den Gesellschaften besonders oder mit der geehrten Konferenz als einer Körperschaft in Verbindung zu treten, und falls eine zufriedenstellende Vereinbarung möglich sein sollte, werde ich mit zwei Vertretern der Kompanie unverzüglich nach London reisen, um die Angelegenheit persönlich zu besorgen.

In der Hoffnung, daß die geehrte Konferenz dieses Anerbieten in gebührende Erwägung ziehen wird und einer Antwort entgegensehend, bin ich ꝛc.

Isaak Wachtel
Rzeszow, Galizien, Oesterreich, Matykostraße 14.

Die englischen Bergarbeiter haben dem netten Herrn folgende Antwort zugehen lassen:

London, 30. Juni 1909.

Werter Genosse! Der beiliegende Brief ist uns zugegangen, aber nach dessen Durchlesung sind wir zu dem Schlusse gekommen, daß er seine eigentliche Bestimmung noch nicht erreicht hat. Wir zweifeln nicht, daß Sie bei Ihrem freundlichen Anerbieten von den höchsten und selbstlosesten Idealen beseelt sind, aber wir hoffen aufrichtig, daß es nicht nötig sein wird, wegen einer „unbeschränkten Zahl" von gehorsamen, anpassungsfähigen, genügsamen und hartarbeitenden Mitgeschöpfen, welche die Arbeitsstunden nicht zählen, mit Ihnen zu verhandeln.

Erlauben Sie uns zu bemerken, daß bloße Anordnungen für den Transport, zur Fütterung und Behausung der hergesandten Leute sich als ungenügend erweisen könnten — es könnte notwendig werden, auch für Hospitalräumlichkeiten und Begräbnisanordnungen Sorge zu tragen. Wir nehmen an, daß es die Verhältnisse der walisischen und schottischen Bergarbeiter sind, die Sie zu verbessern wünschen, aber wir möchten darauf hinweisen, daß die Atmosphäre in jenen Gegenden keineswegs gesundheitsförderlich ist, und außerdem haben die gegenwärtigen Bewohner von Wales und Schottland, die von einer wilden und kriegerischen Rasse abstammen, noch keinen sehr hohen Grad der Zivilisation erreicht und sehen das Leben fremder Eindringlinge nicht als sonderlich heilig an.

Wir hoffen, werter Genosse, daß wenigstens Sie sich bei etwaigen künftigen Unterhandlungen fern vom Schusse halten werden und wir fühlen uns beehrt, indem wir zeichnen mit einem herzlichen „Glückauf!"

Macdonald und Jones.

Hinter dem grimmen Humor dieser Antwort verbirgt sich ein sehr ernster und tiefer Sinn. Diese gewissenlosen Sklavenhändler würden ohne Skrupel die Aufgabe übernehmen, die etwa 5 Millionen betragende Bergarbeiterbevölkerung Großbritanniens durch Hunger zu vertilgen oder aus ihrem eigenen Lande zu verjagen und es mit anspruchslosen und geduldigen fremden Sklaven zu bevölkern. Wie weit die Unwissenheit oder die Kühnheit der galizischen Unternehmer geht, ersieht man daraus, daß sie sich brüsten, daß ihre Leute „willig 10 bis 12 Stunden täglich arbeiten", wo doch das Gesetz betreffend den achtstündigen Arbeitstag der Bergarbeiter in den walisischen und schottischen Gruben bereits seit dem 1. Juli d. J. in Geltung ist.

Die Frage der systematischen Importierung von Streikbrechern gewinnt übrigens eine stetig wachsende Bedeutung für die englischen Arbeiter. Sie beschäftigt bereits seit Jahren die englischen Gewerkschaftskongresse und, wie erinnerlich sein dürfte, hat auch die letzte Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei eine Resolution angenommen, in der das gesetzliche Verbot des Streikbrecher-Imports und -Exports gefordert wird. Auf die Anregung der englischen Gewerkschaften ist es auch zurückzuführen, daß die Besprechung dieser Frage auf die Tagesordnung der Ende August d. J. in Paris abzuhaltenden internationalen Gewerkschaftskonferenz gesetzt worden ist. Ist das Unheil, das der internationale Streikbrecherhandel in Ländern wie den Vereinigten Staaten, die sich noch in der Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Entwicklung befinden, anrichtet, schon groß genug, so müßte er für England, dessen wirtschaftliche Entwicklung bereits bei einem Zustand verhältnismäßiger Stabilität angelangt ist, geradezu verhängnisvoll werden. Aber die englischen Arbeiter, und nicht zuletzt gerade die Bergarbeiter, die eben jetzt ihre Stärke und ihr Selbstbewußtsein zur Schau tragen, werden sich auch solch elender Angriffe zu erwehren wissen.

Der persische Revolutionssieg.

Mohammed Ali, der „König der Könige", der mit Verfassungsversprechen umging wie mit altem Plunder und im Frühjahr 1907 das eröffnete Parlament niederkartätschen ließ, ist vom alles erneuernden Revolutionsstrome hinweggespült worden. Als die persischen Städte sich nach den Staatsstreichen Mohammed Alis in blutige Schlachtfelder verwandelten und der Donner der auf das Teheraner Parlament gerichteten Geschütze dem Volke verkündete, wie der Schah seinen Verfassungseid zu halten gedachte, hat die Geschichte dem kleinen beleibten Kadjar mit dem vollen, runden, finstern Gesicht einen Platz unter den grausamen Tyrannen angewiesen. Er wird geschildert als ein völlig unfähiger, dem Trunke ergebener, ungebildeter Mensch, der hinter unbeweglicher Starrheit eine große Unsicherheit verbarg und ein willenloses Werkzeug in der Hand seiner reaktionär-altpersischen und russischen Helfershelfer war.

Aber die Erhebung des Perservolkes trifft nicht nur den Despoten, die Perser haben sich eigentlich gegen die europäischen Eindringlinge erhoben, an die sie Mohammed Ali gegen gutes Geld verkaufen wollte. Was sich in Persien abspielt, ist ein Stück in dem Erwachen Asiens, dessen unermeßliche Scharen in Bewegung geraten sind und aufhören wollen, ein Ausbeutungsobjekt für den europäischen Kapitalismus zu sein. Seit dem Siege Japans, der Vormacht des asiatischen Kapitalismus, sehen wir eine Kraft entfesselt, die das Weltbild wesentlich umgestalten wird. In China, in Indien, in Aegypten, in Persien, in der Türkei, überall derselbe und gleiche Drang, die Fremdherrschaft zu brechen und ein nationales Gemeinwesen aufzubauen, das dem erschöpften europäischen Kapitalismus nicht eine Nährquelle sein will, mit ihm eher in Wettbewerb treten wird. Indem der Kapitalismus ausbeutet, revolutioniert er auch, und zur ungewollten und ihm unerwünschten Folge seiner ausbeuterischen Kolonialpolitik wird die Befruchtung des nationalen Lebens der Völker, die an der Wiege der Kultur saßen und solange tot schienen. Auch die persische Revolution steht im Flusse dieser Bewegung, die von Europa ihren Antrieb nimmt und gegen Europa sich wendet.

Der Thronerbe ist der älteste Sohn des entthronten Mohammed, ein kaum Elfjähriger, der Prinz Achmed Mirza, für den eine Regentschaft eingesetzt werden mußte. Daß damit die Periode der Wirren nicht abgeschlossen sein wird, liegt auf der Hand, zumal Rußland ein so großes Interesse daran hat, die Gärung im Lande zu erhalten, die es ihm in einem günstigen Augenblick ermöglichen soll, seine schwere Hand auf den alten nationalen Staat zu legen.

Die letzten Meldungen zur Situation besagen:

Teheran, 17. Juli. In der Nacht zum Sonnabend sandten Sipahdar und Sardar Assad nachstehendes Telegramm an die Vertreter Englands und Rußlands: „Laut Entscheidung des Nationalrats, der heute in Beharistan zusammengetreten ist, ist es erforderlich, daß eine Deputation des Rates sich zu dem früheren Schah Mohammed Ali begibt, um ihn von der Aenderung in der Regierung in Kenntnis zu setzen. Da der Schah sich zurzeit als Flüchtling in der russischen Gesandtschaft unter englisch-russischem Schutz befindet, ersuchen wir Euere Exzellenzen, eine Zeit für morgen zu bestimmen, wo der Schah die Deputation empfangen kann." Darauf ließ der frühere Schah durch die Vertreter Englands und Rußlands antworten, er teile mit, daß er dadurch, daß er in der russischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht habe, ipso facto abgedankt habe. Er wünsche daher die Deputation, die ihm von der Tatsache des Regierungswechsels Mitteilung machen wolle, nicht zu empfangen. — Es ist wahrscheinlich, daß der Schah binnen kurzem nach Rußland abreisen wird.

Teheran, 18. Juli. Ein Erlaß der beiden Generale Sardar Assad und Sipahdar verkündet die Thronbesteigung des ältesten Sohnes des abgedankten Schahs unter dem Namen Sultan Achmed Mirza und die Regentschaft Assid El Molk. Sipahdar verurteile die von den Soldaten des Schahs verübte Plünderung und läßt alle geraubten Sachen ins Parlamentsgebäude bringen, wo sie den Eigentümern zur Verfügung gestellt werden.

Teheran, 18. Juli. Nasr El Molk kommt aus Europa und übernimmt das Ministerium des Aeußeren, der Bachtiare Sardar Assad das Ministerium des Innern, Sardar Nasur die Telegraphie. Der Großwesir ist noch nicht ernannt. Muschir ed Dauleh behält die Justiz. — Die Bevölkerung, besonders die armenische, hat sich noch nicht beruhigt. Nur wenige Läden sind geöffnet. — Eine Menge Kosaken wurde innerhalb der Kaserne vorgestern nacht abgeschlachtet.

Teheran, 18. Juli. Unter den Revolutionären sind außer Persern und Armeniern auch eine Anzahl Fremder, darunter zwei Deutsche. Das frühere Parlament soll wieder zusammentreten. Die Stadt gewinnt allmählich ihr früheres Aussehen. Die Bevölkerung zeigt noch Mißtrauen.

Teheran, 18. Juli. In Kirmanschah herrschten heute große Unruhen. Die Bevölkerung bildet zwei Parteien. In der Stadt wird viel geschossen. Bis auf den Hof der russischen Konsulate flogen die Kugeln. Der Gouverneur ist außerstande, die Ordnung wieder herzustellen. — Aus Hamadan wird gemeldet, daß die Stadt sich in den Händen der Revolutionäre befinde. Die Zahl der Revolutionäre steigt. Obgleich Barrikaden errichtet werden, ist die Ordnung bisher nicht gestört.

Deutsches Reich.

Die Genasführten.

In Mingolsheim bei Bruchsal in Baden erstatteten die Zentrumsabgeordneten Benefiziant Dr. Schofer und Baron v. Menzingen in einer Versammlung Bericht über ihre Tätigkeit in der letzten Session des badischen Landtages. Als erster Redner ging Dr. Schofer auf die Reichspolitik und die Finanzreform ein und warnte die Zuhörer, doch ja dem allerwärts gebrauchten „Schlagwort von der Erbanfallsteuer" keinen Glauben zu schenken, im nahenden Landtagswahlkampfe müsse man standhaft zur Fahne des Zentrums halten. Die zahlreich anwesenden christlichen Arbeiter schienen wesentlich anderer Meinung über das „Schlagwort von der Erbanfallsteuer" zu sein. Einer von ihnen erklärte: Nachdem das Zentrum die Erbanfallsteuer im Reichstage niedergestimmt habe, hege man keinen Glauben mehr an die Versprechungen der Partei, die Besitzlosen mit neuen Steuern verschonen zu wollen. Auch in der Tabaksteuerfrage — in Mingolsheim wohnen viele Tabakarbeiter — habe sich die Zentrumspartei und speziell ihre Arbeitervertreter, wie Giesberts, wenig interessenfreundlich gezeigt.

Das wirkte wie eine kalte Douche auf den geistlichen Referenten; aber es kam noch besser. Als der Baron v. Menzingen, der eigentliche Vertreter des Kreises, auf seine Landtagstätigkeit einging und auch die Tabaksteuer-Vorlage verteidigte, trat ihm wieder ein christlicher Arbeiter kategorisch entgegen und versicherte „Die Arbeiter hätten auch zu den adligen Zentrumskandidaten kein Vertrauen mehr. Der Benefiziat Dr. Schofer solle nur versuchen, den Baron in einem anderen Wahlkreise unterzubringen. Die Arbeiterschaft des ganzen Bezirks sei mobil gemacht und werde sich von der Zentralleitung in Zöhringen (Wohnsitz des Zentrumsführers Wacker) keinen Kandidaten präsentieren lassen. Sie verlangten einen Vertreter der Arbeiter und ließen sich durch leere Versprechungen nicht mehr irre machen." Vergeblich suchten die beiden Referenten die Versammlungsteilnehmer zu beschwichtigen. Das hätten sie in einem so schwarzen Orte wie Mingolsheim, woselbst bei der letzten Landtagswahl neben 23 sozialdemokratischen und 61 nationalliberalen Stimmen 266 Zentrumsstimmen abgegeben wurden, nicht für möglich gehalten. Selbst der Vorsitzende versicherte, er habe noch nie eine solche Versammlung miterlebt.

Hoffentlich ists nicht die letzte ihrer Art, denn in Baden ist mehr als der fünfte Teil der gesamten Tabakarbeiterschaft Deutschlands beschäftigt. Ist erst das Tabaksteuergesetz in Kraft getreten, und folgt die Arbeitslosigkeit auf dem Fuße, dann werden die christlichen Arbeiter vielleicht erkennen lernen, welche Suppe die „Volkspartei" Zentrum ihnen eingebrockt hat und daß die Sozialdemokratie als die einzige gegen indirekte Steuern ankämpfende Partei auch die einzige Arbeiterpartei ist.

Die preußische Junkerallmacht.

Die preußische Landratsbureaukratie und ihre Kreisblätter haben für die Ablehnung der Erbschaftssteuer nicht nur im heißesten Kampfgetümmel gestritten, sondern bemühen sich auch weiterhin, die konservativen Schandtaten zu rechtfertigen. Die von dem konservativen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Heydebrand bei der dritten Lesung der Reichsfinanzreform gehaltene scharfe Rede gegen das Bülowsche Regiment wird zurzeit von einer Reihe amtlicher Kreisblätter als Beilage verbreitet. Mit Recht bemerkt dazu die Nationalliberale Korrespondenz: „Angesichts der Tatsache, daß eine solche Oppositionsrede als gut und nützlich zu lesen von der Regierungspresse weitergegeben wird, erneuert sich die Frage, die man auch sonst wohl aufzuwerfen Gelegenheit hätte: wer regiert eigentlich in Preußen und Deutschland? Das, was man in wohlklingender Allgemeinheit die „Verbündeten Regierungen" nennt und daraus häufiger, als der Rechtsautorität lieb sein kann, die Zumutung Genusregel anzuwenden wäre: „Kommune ist, was einen Mann und eine Frau bedeuten kann?" Oder der Herr Landrat als Wahlmacher und Vertreter der konservativen Partei?"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reform der Fahrkartensteuer.

Die verkehrsfeindliche Fahrkartensteuer soll bekanntlich nicht aufgehoben, sondern (wie's im Regierungsjargon heißt) reformiert und ausgebaut werden. Wie die Post hört, wird dem Reichstage in der nächsten Tagung diese Fahrkartensteuer-Reformvorlage zugehen. Die Vorschläge der Regierung werden sich an die Denkschrift der Regierung über die Fahrkartensteuer anlehnen, die der Kommission auf ihr Verlangen vom Reichsschatzamt vor mehreren Wochen vorgelegt wurde. Die Regierung hat einen $3^1/_2$ prozentigen Zuschlag unter Freilassung der Fahrkarten vierter Klasse zum Preise bis zu einer Mark in Anregung gebracht. In diesem Sinne wird die Regierung auch vom Reichstage die „Reform" der Fahrkartensteuer verlangen. Im Rechnungsjahre 1907/08 blieben die Erträgnisse der Fahrkartensteuer um 10 Millionen hinter dem Voranschlage zurück. Im Rechnungsjahre 1908/09 wurde die Fahrkartensteuer mit 24 Millionen Mark eingestellt. Nach den soeben abgeschlossenen Einnahmeberechnungen hat sie aber nur etwas über 18 Millionen eingebracht, ist also um 6 Millionen hinter den erwarteten Einnahmen zurückgeblieben, da die also indirekt bedrohten Passagiere zum Teil in die vierte Klasse abwanderten.

Liberale Fusionsversuche. Zur Frage der **Verschmelzung der** nichtliberalen Parteien nahm am Sonnabend der weitere Ausschuß der gesamten deutschen Volkspartei in einer stark besuchten Sitzung in Stuttgart Stellung. Nach längerer eingehender Aussprache wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach sie den Zeitpunkt für gekommen erachtet, für die Schaffung einer einheitlichen Partei durch die Zusammenschluß linksliberalen Parteien auf Grund eines einheitlichen Programms mit einer die Bewegungsfreiheit der Parteigenossen der einzelnen Länder im Rahmen der Gesamtpartei gewährleistenden Organisation einzutreten, und einmütig beschließt, in diesem Sinne die Frage der Parteiverschmelzung auf die Tagesordnung des bevorstehenden Parteitages zu setzen. Der diesjährige Parteitag soll in Heidelberg abgehalten werden.

Der Fleischwucher. Während die Steuererhöhungen in allerkürzester Zeit zu wirken beginnen, werden Getreide- und Fleischpreise unaufhörlich steigen. „Welche Fleischpreise wir zu erwarten haben? Darüber," schreibt die Allgemeine Fleischer-Zeitung, „geben die letzten Berliner Viehmärkte einen Anhalt. Trotzdem der Schweinefleischkonsum in der jetzigen Jahreszeit erfahrungsgemäß am schwächsten ist, ist der notierte Preis sprungweise auf 67 bis 68 M. pro 100 Pfund für Schweine gestiegen, in Wirklichkeit sind aber bis jetzt 74 M. bezahlt worden; im vorigen Jahre zu derselben Zeit betrug der Preis 58 M. pro 100 Pfund. Wir stehen aller Voraussicht nach vor Fleischpreisen, welche höher sein werden, als sie seit Jahren gewesen sind." — Krise, Nahrungsteuerung, neue Steuern — das deutsche Volk hat eine Lammsgeduld!

Schnapsjunker und Branntweinsteuergesetz. Im Laufe des Monats September sollen die neuen Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz vom Bundesrat erlassen werden. Im Reichsschatzamt ist man schon bei der Arbeit, die voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen soll, da gegenüber den alten Ausführungsbestimmungen zahlreiche Abweichungen eingetreten haben. Daß man dabei auch wieder Rücksichten auf die Agrarier nimmt, beweist eine Meldung in der konservativen Schlesischen Zeitung, wonach das Reichsschatzamt mit Vertretern der Spirituszentrale und Vertretern landwirtschaftlicher und gewerblicher Brennereien zu gemeinschaftlichen Besprechungen zusammenkommen, um sich über die zu erlassenden Bestimmungen zu verständigen. — Wir halten es selbstverständlich für richtig, daß bei behördlichen Maßnahmen die Beteiligten gehört werden. Was hier aber auffällt, ist der Umstand, daß die Spirituszentrale an der Spitze marschiert, während die am Spirituskonsum Beteiligten sicher überhaupt nicht gehört werden.

Wie bei uns. Eine Biersteuer für Deutsch-Südwestafrika ist durch Verordnung des Gouverneurs vom 20. Februar d. J. eingeführt worden. Die im gewerbsmäßigen Brauverfahren im Schutzgebiet hergestellten Biere unterliegen einer Biersteuer, welche beträgt: a) für ein Liter obergäriges Bier (Weiß-, Braun- usw. Bier) 8 Pf.; b) für ein Liter untergäriges Bier (sogenanntes Lagerbier) 5 Pf. Die Biersteuer wird auch von den im Schutzgebiet hergestellten bierähnlichen Getränken und Essig erhoben. Bei der Steuerberechnung bleiben Beträge, welche volle 10 Pf. nicht erreichen, außer Ansatz. Die im Schutzgebiete bestehenden Gemeinden sind befugt, mit Genehmigung des Gouverneurs Zuschläge zu vorgenannten Steuersätzen für eigene Rechnung zu erheben.

Steuersorden. Ueber die an der Vierhundertmillionenpfuscherei beteiligten Beamten des Reichsschatzamtes ist ein ergiebiger Ordensregen niedergegangen. Die Räte im Reichsschatzamt Sydow und der preußische Finanzminister haben alle mehr oder weniger hohe Gettsecke bekommen. Dem Verdienste seine Krone!

Kleine politische Nachrichten. Wie aus Lozinica berichtet wird, zog sich das österreichische Militär von der Drina-Insel Saracevo, die es am 5. Juli besetzt hatte, zurück. Auf der Insel verbleibt indessen österreichische Gendarmerie. Der Konflikt soll durch eine Kommission beigelegt werden. — In Varese ist der spanische Kronprätendent Prinz Karl von Bourbon, Herzog von Madrid, in einem Hotel, wo er sich mit Familie seit einiger Zeit aufhielt, infolge eines am 15. Juli erlittenen Schlaganfalls gestorben. — Der spanische Minister des Aeußeren überreichte der marokkanischen Gesandtschaft verschiedene Noten, die die strittigen Punkte zwischen Marokko und Spanien betreffen. Die spanische Regierung besteht darauf, mehrere schwebende Fragen endgültig zu lösen. — Nachdem das griechische Kabinett demissioniert hat, berief der König Rhallis zum Palast. Rhallis zögerte angesichts der Schwierigkeit der Lage, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Er erbat sich eine Bedenkzeit und wird keine endgültige Antwort dem König zustellen, nachdem er sich vorher mit seinen politischen Freunden verständigt haben wird. — Eine offizielle Kundgebung des Präsidenten Taft zur Tarifbill, in der Taft erklärt, daß er eine Herabsetzung der Zollsätze für unbedingt erforderlich halte, hat unter den Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses großes Aufsehen erregt. Beide Körperschaften gaben die Meinung kund, daß der Präsident seinen ganzen Einfluß auf die endgültige Gestaltung der Tarifbill zur Geltung bringen werde. — Das aus Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses bestehende sogenannte Konferenzkomitee für den Zolltarif in Washington hat einer Verordnung betreffend die Verausgabung von Panama-Kanal-Bonds im Betrage von 397 000 000 Dollar zur Deckung der Gesamtkosten des Panamakanals seine Zustimmung erteilt. — Infolge der Veröffentlichung von angeblichen Erklärungen des Präsidenten von Bolivien, die für Argentinien beleidigend sind, hat der Minister des Aeußeren den Gesandten Fonseca angewiesen, La Paz zu verlassen, wenn die Erklärungen sich bestätigen sollten.

Ausland.

Schweiz.

Die erste schweizerische Heimarbeits-Ausstellung.

Z. Zürich, 16. Juli. Gestern ist in Zürich im Hirschengrabenschulhaus die erste schweizerische Heimarbeits-Ausstellung in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Gewerkschaften, Kantonsregierungen, städtischer Behörden und der Presse eröffnet worden. Unser Genosse Lang, Präsident des Schweizerischen Arbeiterbundes und des Ausstellungskomitees, hielt die Eröffnungsrede, in der er unter anderem auch mitteilte, daß Unternehmer mit der Drohung strafrechtlicher Verfolgung und Entlassung Heimarbeiter an der Mitarbeit von der Heimarbeit-Ausstellung abzuschrecken und so das Projekt zu vereiteln versuchten, was ihnen glücklicherweise nicht gelungen ist. Köstlich ist es aber gewiß, wenn dann solche kapitalistische Terroristen von „sozialdemokratischem Terrorismus" schwindeln. — Die Heimarbeits-Ausstellung selbst mit ihrer nach Industrien geordneten reichhaltigen Sammlung von Erzeugnissen der Heimarbeit, graphisch-statistischen Tabellen, Photographien von Heimarbeiter-Arbeits-Wohnstätten, mit ihrer Arbeitshalle, in der Schuhmacher, Schneider, Weber, Bürstenbinder, Korbmacher, Schnitzler, Strohhutflechter, Zigarrenarbeiter und Stricker als Heimarbeiter beschäftigt sind, darf als gelungen bezeichnet werden. Auf jeden Fall wird diese Heimarbeit-Ausstellung wieder bürgerlich-kapitalistische Illusionen zur Irreführung der Arbeiter zerstören, indem sie vorführt, was ist.

Frankreich.

Der Spitzelsumpf.

Paris, 17. Juli. Burzew führt im Matin seinen Kampf mit dem früheren Polizeichef Ratäf fort und beginnt im Journal die Erzählung seiner Erinnerungen. Er verspricht Ratäf den Beweis für Azews Verrat zu bringen, falls der frühere Leiter der Geheimpolizei sein Wort halten und Azew in diesem Falle dem Galgen überliefern will und er erzählt im Journal die Anfänge seiner Bekanntschaft mit Heckelmann-Landesen-Harting, die in die Jahre 1884 und 1889 fallen. Schon damals war der spätere Polizeigewaltige ein Mensch, der durch Liebenswürdigkeit bestach.

Die Jungfrau und ihre Verehrer.

Paris, 17. Juli. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, durch die Staatspolizei eine geheime Untersuchung gegen alle jene Personen einzuleiten, die sich bei den jüngsten Feierlichkeiten zu Ehren der Jungfrau von Orleans in irgend einer Weise hervorgetan haben. Sogar eine Liste jener Leute, die aus diesem Anlasse ihre Häuser beflaggten, wurde angefertigt. Genanntes Blatt ergeht sich deshalb in heftigen Angriffen auf die Regierung.

Türkei.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Konstantinopel, 18. Juli. Die Zeitung „Sabah" schreibt, daß die Pforte in ihrer Antwort auf die Kretanote Garantien für die Wahrung ihrer Souveränitätsrechte sowie die Festsetzung einer Frist zur endgültigen Regelung des Regimes der Insel verlangen wird.

Wien, 18. Juli. Die **türkischen Rüstungen** dauern in verstärktem Maße fort. Das Korpskommando in Saloniki hat vom Kriegsminister den Auftrag erhalten, sofort 8000 Pferde und 1000 Transportwagen für die thessalische Armee anzukaufen. Der Kriegsminister fügte hinzu, daß er der Ausführung dieses Auftrages große Bedeutung beimesse.

Der Kampf gegen die Jugendorganisation.

Um einen vollgültigen Beweis dafür zu liefern, wie gut der preußisch-deutsche Regierungs- und Verwaltungsapparat funktionieren kann, sobald es sich darum handelt, den Jugendorganisationen das Leben schwer oder gar unmöglich zu machen, druckt der Vorwärts einige Schriftstücke ab, die ihm auf den Schreibtisch geweht sind. Die Lektüre der Dokumente wird in dem ehrsamen Spießer das Gefühl der Sicherheit gegen den gefürchteten „Umsturz" erneuern, dem aufrechten Bürger aber wird die Schamröte ins Gesicht steigen.

Wir geben die Aktenstücke in chronologischer Folge:

Erfurt, den 19. Mai 1905.

Königliche Regierung.
Abteilung für Kirchen- und Schulsachen.

Wie der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten uns mitgeteilt hat, hatten unlängst einige der Sozialdemokratie angehörende Personen in einer größeren Stadt eine Art Jugendunterricht eingerichtet in der Absicht, den Lehren ihrer Partei schon bei der schulpflichtigen Jugend den Boden zu bereiten. Zu diesem Zwecke wurden Gesangsübungen mit einer Anzahl schulpflichtiger Kinder beiderlei Geschlechts in einer Gastwirtschaft abgehalten. Zum Vortrag kamen Lieder, welche sozialdemokratische Tendenzen verfolgen. Im Anschluß an diese Gesangsübungen wurden den Kindern Märchen aus einem „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats" vorgelesen.

Gegen diese Veranstaltungen ist demnächst in geeigneter Art eingeschritten worden.

Falls auch in Orten unseres Bezirks der Versuch gemacht werden sollte, ähnliche Veranstaltungen einzuführen, welche den Zweck verfolgen, die deutsche Jugend mit sozialdemokratischen Ideen zu erfüllen, so erwarten wir baldigen Bericht.

gez. v. Natzmer.

•

Geheim! Erfurt, den 7. Mai 1906.

Der Regierungspräsident.

Zu Ende des Jahres 1904 ist von bekannten Sozialdemokraten in Berlin ein „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter" gegründet worden, dessen Aufgabe es ist, die jugendlichen Elemente zu zweck- und zielbewußten Parteigenossen heranzubilden.

In den Satzungen wird als Vereinszweck angegeben: die Wahrung der wirtschaftlichen, rechtlichen und geistigen Interessen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen — und es ist weiter angeführt, daß dieser Zweck erreicht werden soll durch Gewährung von Rechtsschutz und sonstigen Unterstützungen, Errichtung von Stellennachweisen, Errichtung von Bibliotheken und Veranstaltung von Unterrichtskursen und Vorträgen.

Durch diese Fassung der Satzungen hat sich der Verein gegen die Anwendung der Bestimmungen des § 8 des Vereinsgesetzes zu schützen gesucht. Der Verein besitzt ein eigenes Organ, welches unter dem Titel Arbeitende Jugend monatlich erscheint.

Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft leisten dem Verein offen ihre Unterstützung; gleiche Vereine sind auch an anderen Orten entstanden.

In den süddeutschen Staaten besteht eine ähnliche Organisation der Lehrlinge usw. Dieselbe bezeichnet sich offen als politische Vereinigung. Von einer Verbindung mit der norddeutschen Organisation ist seither wegen der Verschiedenheit der Vereinsgesetzgebung abgesehen worden.

Auf dem vor einigen Tagen abgehaltenen Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie ist die Gründung einer Jugendorganisation auch für das Königreich Sachsen angeregt worden.

Den Polizeibehörden werden die Bemühungen der Sozialdemokraten um die Organisation der Jugend nicht entgangen sein, ich mache dieselben aber nochmals aufmerksam und veranlasse sie, die fraglichen Vereine sorgsam zu überwachen und gegen sie einzuschreiten, wo Verstöße gegen das Gesetz nachweisbar sind.

In dem zum 15. September fälligen nächsten Jahresbericht über die allgemeine Lage der Sozialdemokratie ist unter besonderem Abschnitt zu erörtern, ob und welche Jugendorganisationen im dortigen Bezirk bestehen und in welcher Weise sich dieselben seither betätigt haben, sowie ob und wie ihnen von behördlichen oder privaten Seiten entgegengewirkt worden ist.

gez. v. Fiebler.

•

Streng geheim! Erfurt, den 10. Juni 1906.

Der Regierungspräsident.

Es ist mir erwünscht, mit tunlichster Beschleunigung und mit möglichster Genauigkeit Angaben zu erhalten über **Namen und Wohnort der sozialdemokratischen Agitatoren in führender Stellung, der Vorstände der Agitationskomitees, der Vorstände der sozialistischen Wahlvereine und der Parteifunktionäre, der Arbeitersekretäre, der Verleger, Redakteure und Drucker sozialdemokratischer Preßerzeugnisse.**

gez. v. Fiebler.

•

Geheim! Berlin, den 6. Oktober 1908.

Der Königl.
Preußische Polizeipräsident.

Eine beträchtliche Anzahl Personen, welche in die Anarchistenliste haben **aufgenommen** werden müssen und noch jetzt als Anarchisten geführt werden, entzieht sich zum Teil schon seit geraumer Zeit der Kontrolle der Ueberwachungsbehörden, weil entweder ihr Aufenthaltsort bei der Notierung nicht bekannt war oder weil sie von dem letzten Ort, an welchem sie überwacht worden sind, sich ohne Angabe des Reiseziels entfernt und dort, wo sie schließlich Wohnung genommen haben, als Anarchisten nicht erkannt worden sind.

Ich gestatte mir in der Anlage ein Verzeichnis dieser Personen zur gefälligen vertraulichen Kenntnisnahme und mit dem Ersuchen ergebenst zu übersenden, mir gefl. Mitteilung machen zu wollen, falls eine oder die andere Person im dortigen Bezirk wohnt oder Wohnung nehmen sollte.

Im Auftrage:
(Unterschrift unleserlich.)

— — — — — — — — — — — —

An den ersten beiden Aktenstücken, in denen indirekt zur Unterdrückung der Jugendorganisation aufgefordert wird und aus denen klar hervorgeht, welchen Ursprungs die ungezählten behördlichen Nadelstiche sind, ist noch interessant, daß je am 15. September ein Jahresbericht über die Lage der Sozialdemokratie „fällig" ist. Die örtlichen Polizeiorgane müssen den Landräten berichten, und diese geben die Berichte an die Regierungspräsidenten weiter, die sie dann der Landesregierung übermitteln. Bei der bekannten Unkenntnis über unsere Grundsätze und Anschauungen in den Kreisen dieser Verwaltungsorgane kann man sich ungefähr ein Bild machen von der Zuverlässigkeit dieser „Jahresberichte".

Die letzten beiden geheimen Aktenstücke, die nur angefügt sind, um zu zeigen, daß wir noch immer unter einer Art Ausnahmegesetz stehen, beweisen, daß das Spitzelsystem nicht etwa nur in Berlin in „Blüte" steht. Auch in der Provinz wird nach denselben sauberen Grundsätzen wie in der Reichshauptstadt die Sozialdemokratie „vernichtet". — Das letzte Aktenstück betrifft zwar angeblich nur die Anarchisten, aber wir wissen, daß nicht bloß sehr naive Spießer, sondern auch die unteren und oberen Bureaukraten oft keinen Unterschied machen zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus.

Unsere Genossen werden aus dem Inhalt der vorstehenden Aktenstücke die Lehre ziehen, daß es um Deutschland schlimm bestellt sein muß, wenn Behörden zu solchen Mitteln greifen, um sich zu schützen vor der bei der letzten Reichstagswahl „niedergerittenen" Sozialdemokratie. Unsere Genossen sollen aus den Aktenstücken auch herauslesen, daß sie gewissen, sich an die Parteiorganisation herandrängenden Personen immer scharf auf die Finger zu sehen haben. Es ist nun einmal nicht zu ändern, daß die deutsche Polizeibureaukratie zur Bekämpfung einer auf der geschichtlichen Entwicklung basierenden wirtschaftlichen und kulturellen Bewegung nicht anders als mit dem Büttel und dem Spitzel zu arbeiten vermag.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 20. Juli 1909.

Mäßige westliche Winde, Zunahme der Bewölkung, etwas kälter, stellenweise Gewitter mit Regen.

Dresdner Polizeibericht vom 19. Juli.

Am 16. Juli hat ein unbekannter junger Mann, der sich „Asch" nannte und zuletzt hier in der Wettinerstraße gewohnt haben wollte, eine vorübergehend hier aufhältliche Dame um Juwelen, die sie zum Verkaufe in einer hiesigen Zeitung angeboten hatte, zu betrügen versucht. Er hatte die Dame auf das Angebot hin besucht und sie wegen Kaufs der Juwelen zu bewegen gewußt, mit nach seiner am Tage vorher in der Ferdinandstraße, lediglich zu dem Betrugszwecke gemieteten Garçonwohnung zu kommen, um die Schmuckstücke noch von seiner angeblich ebenfalls dort wohnenden Tante besichtigen zu lassen. Dort, wo in Wirklichkeit keine Tante von ihm wohnte, verhandelte er ohne Wissen seiner Wirtin mit der Dame in seinem Zimmer und ersuchte sie um Aushändigung der Juwelen, um sie der in einem anderen Zimmer weilenden „Tante" zu zeigen. Als die Dame sich dessen weigerte und verlangte, daß die Tante zum Ansehen der Juwelen zu ihr kommen solle, versuchte er ihr das Kästchen mit diesen aus der Hand zu reißen, was ihm aber nicht gelang, da sie ihn energisch abwehrte und um Hilfe rief, worauf er sich, ehe noch die Wirtin hinzugekommen war, eiligst entfernte. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: Etwa 22 Jahre alt, mittelgroß, untersetzt, mit vollem, rundem, bartlosem, gesundfarbigem, sehr jugendlichem Gesicht; bekleidet mit dunkelblauem, elegantem Anzug, schwarzem, steifem Filzhut. Er hatte ein sehr einnehmendes, freundliches, Vertrauen erweckendes Wesen und eine gute dialektfreie Aussprache. Es wird ersucht, sonstige sachdienliche Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Täters führen könnten, umgehend der Kriminalabteilung mitteilen zu wollen.

Letzte Telegramme.

Koalition der Justizbeamten.

Nürnberg, 19. Juli. Der Verband mittlerer Justizbeamten Deutschlands beschloß die Gründung eines Bundes der Justizsekretäre, zu dem eine gleichzeitig hier tagende Versammlung bayrischer Gerichtssekretäre die Bereitwilligkeit zum Anschluß erklärte.

Hehl.

Worms, 19. Juli. Freiherr v. Hehl legte sein Reichstagsmandat in die Hände der Vertrauensmänner zurück, die ihm dasselbe aber wieder einstimmig anvertrauten.

Die neue persische Regierung.

Köln, 19. Juli. In einem Telegramm der Köln. Ztg. aus Teheran heißt es unter anderem: Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung war ein nachmittags verkündeter Erlaß, der in aller Form bekannt gibt, daß an Stelle des abgedankten Schahs sein ältester Sohn Achmed Mirza mit dem Titel Sultan zum Herrscher ausgerufen ist. Dieser Erlaß ist von den beiden Siegern des Bürgerkrieges, Sipahdar und Sardar Assad, gezeichnet. Der Titel Schah ist demnach abgeschafft. Das Ministerkabinett ist zum Teil gebildet. Nassar el Mulk wurde aus der Schweiz gerufen, um in das Kabinett als Finanzminister einzutreten. Er soll auch das Präsidium übernehmen. Sardar Mennsu übernimmt die Post und Telegraphie, Muschir Dauleh das Portefeuille der Justiz. — Entgegen gewissen Behauptungen von Nationalisten hat die deutsche Gesandtschaft festgestellt, daß ihre Kosaken sich in keiner Weise am Kampfe beteiligt haben. Sipahdar, der Führer der Nationalisten, wurde überzeugt, daß die fraglichen Schüsse von der gegenüberliegenden, von Bachtiaren besetzten Russischen Bank kamen. — Ein weiteres Telegramm aus Teheran berichtet, daß Saad Dauleh zum Präsidenten des Medschlis gewählt wurde. Das neue Wahlgesetz, das 38 Artikel umfaßt, wird demnächst veröffentlicht werden. Der Armenier Isfraim ist zum Polizeichef von Teheran ernannt worden. Der Polizeidienst wurde den Kosaken abgenommen. Die Truppen des Schahs bei Sultanabad haben in 24 Stunden die Waffen niederzulegen, sonst erfolgt von hier aus ein Angriff.

Amerikanischer Beamtenstreik.

Frankfurt a. M., 19. Juli. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Neuyork: Die Signalbeamten und Telegraphisten des mexikanischen Nationalbahnsystems streiken. Der Verkehr ist auf allen Linien unterbrochen.

Der Höhenrekord.

Paris, 19. Juli. Der Luftschiffer Paulham schlug gestern abend in Douay mit einem Aeroplan den Höhenrekord, indem er sich während eines 57 Minuten langen Fluges eine halbe Stunde lang in der Höhe von etwa 150 Metern bewegte.

Paris, 19. Juli. In der Nähe von Mézières stieß ein Eisenbahnzug mit einem Lastzuge zusammen. Ein Arbeiter wurde dabei getötet und sechs andere lebensgefährlich verletzt.

Paris, 19. Juli. Bei Rennes wurde ein Wagen, in dem sich der Landwirt Chevillon mit seinen beiden Töchtern befand, von einem Eisenbahnzuge erfaßt. Alle drei Insassen des Wagens wurden entsetzlich zermalmt.

Das heutige Blatt umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: Löbtau, Reg. Dresden, Dresdnerstraße 77 G, I. Fernspr. Amt Dresden Nr. 774.

Sprechzeit: Wochentags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Bezirk Löbtau.

Dienstag den 20. Juli, abends 8¼ Uhr **Jahres-Versammlung** im Bürgergarten, Lübecker Straße. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Verwaltung. 2. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 4. Vorstandsbericht. 5. Beratung der Anträge zum Organisationsstatut-Entwurf. 6. Vereinsangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Mitglied zur unbedingten Pflicht, pünktlich zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Bezirk Cotta.

Dienstag den 20. Juli, abends 9 Uhr: **Mitgliederversammlung** in Greßmanns Restaurant, Hebbelstr. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Bezirksverwaltung. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 4. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet

Die Verwaltung.

Der Jahresbericht ist im Druck fertiggestellt.

Die Mitglieder, die sich sofort in den Besitz desselben setzen wollen, können den Bericht bei den Bezirksführern erhalten.

Der Vorstand.

Steinarbeiter.

Mittwoch den 21. Juli, abends Punkt 6½ Uhr

Versammlung

im **Volkshaus**, Maxstraße 13.

Tages-Ordnung:

1. **Neuwahl der Vertrauensleute u. Verwaltung.**
2. **Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zentralverband deutscher Freidenker-Vereine

Ortsgruppe Dresden und Umg.

Dienstag den 20. Juli, abends 9 Uhr, im großen Volkshaus-Saal

Oeffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Kirche im Kampfe mit der mod. Wissenschaft.

Referent: Herr **Konrad Beißwange**, Nürnberg. — **Debatte.**

Die organisierte Arbeiterschaft ist besonders hierzu eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Donnerstag den 22. Juli, abends 8¼ Uhr, unwiderruflich

letzte Vorstellung.

Circus

Schumann

König-Albert-Str. Dresden-Neustadt, König-Albert-Str.

Dienstag den 20. Juli, abends 8¼ Uhr

Letzter High-Life-Evening

mit ganz besonders gewähltem Programm.

Rendezvous der vornehmen Welt.

Abends 9½ Uhr

Auf Helgoland oder Ebbe und Flut.

Grosse Wasser-Pantomime.

Billett-Vorverkauf in den Zigarren-Geschäften von L. Wolf, Seestrasse und Postplatz.

Königl. Grosser Garten.

Frankes Etablissement

(früher Martin)

Heute Dienstag, nachm. von 6½ bis 10½ Uhr

Groß. Militärkonzert

ausgeführt von der **Kapelle des 2. Königl. Sächs. Grenadier-Regiments Nr. 101** unter persönl. Leitung des Königl. Obermusikmeisters **L. Schröder.**

Es ladet ergebenst ein **Ferd. Franke.**

Möbel

bezieht man jetzt **direkt** aus **Wilsdruff** vom **Genossen Hildebrand.** Eigene Tapeziererwerkstätten.

Musenhalle Löbtau

Dienstag den 20. Juli, abends 8 Uhr

Grosses Garten-Militär-Konzert

von der Kapelle des **Kgl. Schützen-Reg. Nr. 108,** unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters **Oelbig.**

Besonders gewähltes Programm. — Eintritt 10 Pf.

Um gütigen Zuspruch bitten **Ernst Valten u. Frau.**

Bürger-Schänke

Palmstrasse 1 eine Minute vom Postplatz

Mit **Grösstes und schönstes Bier- und Speiselokal Dresdens.**

Wiedemanns Restaurant, Wettinerstr. 42, Eigene Schlächterei.

Sozialdem. Verein f. d. 4. Wahlkreis.

Eintrittskarten zu ermäßigtem Preise zu **Bilz' Naturbad in Radebeul** sind für unsere Mitglieder bei nachstehenden Genossen zu haben:

Trocha,	Konsumverein,	Oppelstraße
Kurzhals,	„	Grenadierstraße
Geissler,	„	Bürgerstraße 52
Schubert,	„	Concordienstraße
Eggert,	„	Leipziger Straße
Langhorst,	„	Wilder-Mann-Straße
Krebs,	„	Radebeul, Bahnhofstraße
Brückner,	„	Kötzschenbroda.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, von dieser Vergünstigung regen Gebrauch zu machen. **Der Vorstand.**

Sie erhalten wirklich frische, feine

Tafelbutter 1 Pfund 120 Pf.

Garantiere vollständig konkurrenzlos.

Spezial-Butterhandlung Preiss, Margaretenstraße 4.

Zigarren-Haus

August Döppmann

Siebenlehner Straße 16

hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.

Zur Gölzschtalbrücke

Gasthaus, Rosenstr. 42

hält sich hierdurch bestens empfohlen.

Reinhold Müller und Frau.

Fisch-Götze, Vogelwiese!

Ausschneiden!

Gratis

1 ganzes Pfund **ff. Dragees** (gefüllte Bonbons) bei Einkauf von 1 Pfund „Extra"

10 gr. Tafeln Schokolade nur bei Einkauf von 2 Pfd. „Extra"

1 hochfeine Zuckerdose (Altsilberdekor.) gefüllt mit 2 Pfund feinstem Zuckerhonig bei Einkauf von 3 Pfund „Extra" jedoch nur gegen Vorzeigen dieser Annonce.

Gültig bis 26. d. M.

„Extra" ist allerfeinste Süßrahm-Delikateß-**Butter-**Ersatz-Margarine } **Pfund nur 98 Pf.**

ff. Tafelmargarine „Special" Pfd. 88 Pf., FF Pfd. 78 Pf. mit **ca. 10 Proz. Rabatt.**

Anerkannt bestes Landbrot 4 Pfund 40, 44. und 50 Pf.

Zuckerhonig Pfund 28 Pf., 5-Pfd.-Topf 165 Pf.

Größte und billigste Käsequelle Dresdens.

Große fette ☐ Kümmelkäse Stück nur 10 Pf.

Flaschenbiere mit höchst. Rabatt.

Feinste Molkereibutter Pfd. 120 Pf.

Sennhütte

Ziegelstraße 59, Eckhaus Schulgutstr. (Gelber Laden.)

Soeben erschienen:

Arbeiter-Gesundheits-Kalender

für das gesamte werktätige Volk.

4 farbige Kunsttafeln.

Preis **50** Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 21

Der Arbeiterführer

für Dresden und Ostsachsen 1910

erscheint Anfang Oktober in neuer, vermehrter und verbesserter Auflage. Wir richten hiermit an die Vorstände der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sowie an die Geselligkeitsvereinigungen (Gesang-, Turn-, Radfahrer- etc. Vereinigungen) die Bitte, uns alle innerhalb des Vorstandes ihrer Vereinigung vorgekommenen Veränderungen bis zum 25. August zu melden.

Verlag Kaden & Komp., Dresden-A., Zwingerstrasse 21.

Achtung! Radeburg!

Bestellungen auf **Volkszeitung, Wahren Jakob u. Postillion** sowie **alle Partei-Literatur** nimmt jederzeit unter Zusicherung prompter Erledigung entgegen

Hermann Gärtner, Radeburg, Glasfabrik.

Reise-Führer

Nord-Böhmen	3.—
Erzgebirge und Vogtland	2.—
Böhmisches Mittelgebirge	1.50
Schwarzwald	2.—
Lausitzer und Jeschken-Gebirge	1.25
Sächsische Oberlausitz, Görlitz und Umgegend	2.—
Riesengebirge, große Ausgabe	2.50
„ kleine Ausgabe	1.—
Spreewald	—.80
Sächsisch-Böhmische Schweiz, große Ausgabe	2.—
„ „ „ in acht Touren	1.—
Sächsische Schweiz, kleine Ausgabe	—.50
Schandau und Umgebung	—.60
Routen-Führer I: Sächsisch-Böhmische Schweiz	1.20
„ „ **II: Nördliches Deutschböhmen**	3.—
„ „ **III: Dresdens Umgebung**	2.—
150 Ausflüge um Dresden	1.75
Dresdens Umgebung (160 Ausflüge)	1.80
Dresdens Umgebung und Sächsische Schweiz	1.—
Dresden und Sächsische Schweiz	2.—
Dresden und Umgebung	1.—
Dresden u. die Sächs.-Böhm. Schweiz (gr. Ausgabe)	2.—

Volksbuchhandlung

Dresden, Grosse Zwingerstrasse 21.

Schuhmacher-

Bedarfsartikel aller Art, Werkzeuge u. Leisten in größter Auswahl, sowie **Sohlenleder-Ausschnitte** in bekannt besten Qualitäten zu billigen Preisen empfiehlt

Rudolf Kobitzsch, Dresden-A.

An der Frauenkirche 6 und 7.

K. Dittrichs Kinderwagen

Sport-, Sitz- u. Liegewagen sind die besten, weit und breit bekannt als **billigste** Quelle, da kein Laden.

Liliengasse 8, pt.

i. d. Nähe Postplatz u. Am See.

Guterhaltene getragene

Herrenanzüge

von **8 M.** an

Jacketts 2 M., Herrschaftl. getr. **Frühjahrsüberzieher 8-10,** Große Posten hochmod. **Musteranzüge** für Herren, **18—25 M. Kinderanzüge** aus best. Resterstoffen v. **4 M.** an. **Westen 50 Pf.**

Reich, Gr. Brüdergasse 5, I. Etg.

Kein Laden.

Eheleute

verlangt **Gratis-Prospekt „Glückliche Eltern"**

Diskreter Versand.

Rich. Freisleben

nur Postplatz.

Wir empfehlen:

Unser Wald.

Ein Volksbuch von Kurt Grottewitz.

3 Mark gebunden.

Sonntage

eines grosstädtischen Arbeiters in der Natur.

Von Kurt Grottewitz mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche.

1 Mark gebunden.

Volksbuchhandlung

Dresden, Zwingerstr. 21.

Kl. flott. Restaurant

an Hauptstr. i. Fabrikv. m. flott. Tagesverkehr anderw. z. vergeben. Jährl. Miete 800 M. m. Wohn. Zur Uebern. erfor. ca. 1000 M. Nur schnell entschloss. Reflekt. finden Berücksicht. **J. Bergweiler, Halle a. S., Torstr. 44.**

Federbetten kauft man bei **Federreinigung,** Amalienstr. 12.

2 Kinderwagen, Gt. 4 2. **1 Blumentisch** zu verkaufen Kamenzer Straße 32. Bramm.

Gute Nähmaschine ganz bill. zu verk. Oberlichstr. 22, 3. b. Röder.

Nähmaschine, noch ganz neu, bill. zu verkaufen Materenstr. 19, rd., r.

H.-Rad wie neu, f. 28 M. zu verk. Oppellstraße 19, 1. links.

Elegante gebr. Herren- u. Damen-**Kleider** billig verkäufl. **Breite Str. 12, 2.**

Klischees

wolle man nach Ablauf der Inserate ungesäumt in der Expedition abholen, da wir keine Garantie für nicht abgeholte Klischees übernehmen können.

Meine Beschimpfung des Tafelwirts von Herrn **Kriegel,** An der Dreikönigskirche Nr. 6, bezeichne ich als unwahr und nehme sie hiermit zurück.

Herm. Frömter, Louisenstr. 3.

Erklärung.

Es hat sich ergeben, daß die üble Nachricht gegen Frau Frida Görke auf einem Irrtum beruht, deshalb nehme ich die Aussage hiermit zurück.

Röhnitz, den 19. Juli 1909.

Franz Czaf.

Grosse Z.

Freitag den 23. Juli abends 8½ Uhr

Sitzung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Gröbzich, Dresden-Neugruna. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Sichler, Dresden. Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 163. | Dresden, Montag den 19. Juli 1909. | 20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Stadträtliche Verständnislosigkeit.

In Plauen streiken, wie bekannt, seit Wochen die Bauarbeiter, um sich in der teuern Zeit bessere Lohnverhältnisse zu erringen, was unbedingt nötig ist. Sonderbar verhält sich nun aber der Stadtrat in Plauen zu den Streikenden, obwohl er selbst weiß, daß die Lebensmittelpreise horrend gestiegen sind, denn es sind ja erst kürzlich alle Gehälter der städtischen Beamten, besonders aber auch die der Ratsmitglieder deshalb sehr erheblich aufgebessert worden. In seiner Sitzung vom 9. Juli hat derselbe Stadtrat, der sich kürzlich erst selbst enorme Gehaltserhöhungen bewilligen ließ und bewilligte, einen Bericht des Polizeidirektors der Stadt entgegengenommen und dazu bemerkt:

„Der Stadtrat bedauert lebhaft den Eintritt dieses Ereignisses in der jetzigen, an sich nicht mit Bauprojekten überladenen Zeit und wies darauf hin, wie vor gar nicht langer Frist, am Ausgange des letzten Winters, die Stadt genötigt gewesen ist, ihrerseits Arbeit zu schaffen, während jetzt die Gelegenheit zu Arbeit und lohnendem Verdienst versäumt wird!"

Der Stadtrat zu Plauen beurteilt die Sache einfach vom Unternehmerstandpunkte aus. Ohne die streikenden Arbeiter selbst zu hören, verurteilt er sie und versucht auf diese Weise die Ausbeutungspraktiken der Unternehmer noch zu unterstützen. Davon, daß die Arbeiter die teuere Zeit zum Kampfe nötigen, scheint er keine Ahnung zu haben. Oder will er das nicht sehen?

Ein Bürgermeisterstücklein gegen Arbeitslose.

Die jetzige Krise macht sich auch in sächsischen Kleinstädten bemerkbar; daher wird auch dort jetzt ein Mangel an Arbeitsgelegenheit in so empfindlicher Weise fühlbar, wie seit Jahrzehnten nicht. Das ist auch in dem Städtchen Königstein der Fall. Dem dortigen Bürgermeister scheint es aber auf die Nerven gefallen zu sein, wenn sich das Elend der Arbeitslosigkeit öffentlich zeigt. Wer aber nun glaubt, dieser Bürgermeister sei darauf bedacht gewesen, etwa durch Notstandsarbeiten die Folgen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen und zugleich den gewollten Zweck zu erreichen, die Arbeitslosen von der Straße wegzubringen, irrt sich sehr. In Königstein macht man das anders, wie folgendes Schreiben zeigt, das gegen 30 Arbeitern in Königstein zugestellt worden ist:

Königstein, 28. Juni 1909.

Herrn R. R., hier.

Durch die städtischen Polizei-Aufsichtsorgane ist angezeigt und es ist auch sonst beobachtet worden, daß Sie des öfteren zumeist in Gemeinschaft mit Ihresgleichen auf dem hiesigen öffentlichen Droschkenhalteplatze, dem Leinpfade oder auch sonstigem öffentlichen Verkehrsraume zwecklos herstehen, dem geschäftigen Teile des Publikums durch breites Stehen auf Fußsteigen den Weg versperren, auch durch Haltung, Reden und Gebaren (Trinken von Branntwein auf offener Straße), das Empfinden des anständigen Publikums verletzen.

Es wird Ihnen daher hiermit verboten:

1. Das Umherdummeln, Herumstehen und auffällig langsame Gehen auf folgenden hiesigen Straßen und Plätzen: Bahnhofstraße, Hermann Heringstraße, Reißigerplatz, Droschkenhalteplatz, Leinpfad, Dampfschiffanlegestelle, Fußweganlagen vor Philipps Hause Nr. 177 und den öffentlichen Plätzen unter sämtlichen Eisenbahnviaduktbögen.
2. Das Zusammenstehen und -gehen mit Ihresgleichen auf den genannten Straßen und Plätzen.
3. Der Aufenthalt auf Straßen und Plätzen hiesiger Stadt in angetrunkenem Zustande.
4. Das Trinken von Schnaps auf offener Straße.
5. Das Ansprechen des auf den Straßen verkehrenden Publikums.

Für jeden Zuwiderhandlungsfall wird Ihnen hiermit eine Haftstrafe von 14 Tagen angedroht.

Der Stadtrat.
Engelmann, Bürgermeister.

„Wenn man", so bemerkt die Volkszeitung für Pirna dazu, „diese Verfügung liest, so ist man zunächst geneigt, die ganze Sache als einen gelungenen Scherz aufzufassen. Aber sie ist leider bitter ernst! — Es ist wirklich herrlich auf der „schönsten aller Welten" für den Arbeiter. Die Pflicht zu arbeiten hat er, aber kein Recht auf Arbeit. Verurteilt ihn nun die heutige Gesellschaftsordnung dazu, die Hände müßig in den Schoß zu legen und dabei auch noch zu hungern, so darf er dieses Elend auch noch nicht einmal öffentlich zeigen; er muß sich damit verstecken — sonst läuft er Gefahr, mitsamt dem Elend, das er empfindet, vierzehn Tage „im Interesse des Gemeinwesens" versteckt zu werden. Die obige Verfügung haben auch einige Leute erhalten, die sich aus Prinzip des Alkoholgenusses gänzlich enthalten. Wir werden wohl Veranlassung haben, uns noch mit der ganzen Angelegenheit zu befassen."

Hoffentlich wird auch der Oberbehörde dieser wunderliche Erlaß eines sächsischen Bürgermeisters zur Nachprüfung vorgelegt.

Wann darf der Polizeirevolver schießen und der Säbel hauen?

Das sächsische Ministerium des Innern hat durch Verordnung vom 17. Juni über den Waffengebrauch der Gendarmerie und der Polizeibeamten und ihr Verhalten bei Unruhen bemerkenswerte Bestimmungen erlassen. Diese Beamten sind demnach zum Gebrauch der Dienstwaffe bei Ausübung ihres Dienstes berechtigt im Falle der Notwehr und wenn ihnen ein auf Vereitelung ihrer Dienstverrichtung abzielender tätlicher Widerstand entgegengesetzt wird, in letzterem Falle jedoch erst, wenn gütliches Zureden oder Verwarnen, sofern solches überhaupt möglich ist, keinen Erfolg gehabt hat. Der Gebrauch der Waffe darf nicht weiter ausgedehnt werden, als es zur Abwehr des Angriffes, zur Ueberwindung des Widerstandes oder zur Vereitelung der Flucht notwendig ist. Gegen einen offenkundig schwächeren Gegner sollen möglichst nur das Bajonett, das Seitengewehr, der Totschläger oder Schlagring zur Anwendung kommen, während einem stärkeren oder einem mit Waffe oder anderem gefährlichen Werkzeugen versehenen Gegner gegenüber, wenn Gefahr für das eigene Leben des Beamten eintritt, auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden kann. Im Falle der Notwehr oder zur Abwendung eines rechtswidrigen Angriffs ist der Beamte berechtigt, von den ihm zur Verfügung stehenden Verteidigungsmitteln zur Abwendung des rechtswidrigen Angriffs jeden erforderlichen Gebrauch zu machen. Sofern es möglich ist, soll dem Waffengebrauch ein dreimaliger Anruf zum Auseinandergehen, die Waffen niederzulegen usw., andernfalls von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde, vorangehen. Wird der Beamte jedoch von einem anscheinend überlegenen Gegner überraschend tätlich angegriffen, oder geht jemand mit der Schußwaffe gegen ihn vor, so bedarf es eines Anrufes nicht. Bei der Wahl der Waffen soll sich der Beamte von dem Gedanken leiten lassen, wie er ohne Schädigung des Zweckes seines Einschreitens das Leben von Menschen nach Möglichkeit zu schonen vermag. Sind mehrere Beamte bei einer Dienstverrichtung tätig, so soll die Anwendung der Waffe, soweit tunlich, auf Kommando des führenden Beamten erfolgen. Wenn die öffentliche Ruhe, Ordnung oder Sicherheit der Person oder des Eigentums durch eine Menschenmenge, die sich öffentlich zusammenrottet, gestört oder bedroht wird, ist vor dem Waffengebrauch die Volksmenge zunächst in Güte zum Auseinandergehen zu bewegen. Zusammenrottungen zu unerlaubten Zwecken oder erkennbar bösartiger Natur sind durch tatkräftiges Einschreiten der Gendarmerie möglichst im Keime zu ersticken. Die Bildung geschlossener Züge und das Marschieren nach bestimmten Orten ist unter diesen Umständen unbedingt zu verhindern. Verletzten Personen hat die Polizei Beistand zu leisten. Beamte müssen, wenn sie sich ihrer Dienstwaffen bedienen, entweder durch ihre Dienstuniform kenntlich sein, oder wenn dies nicht der Fall ist, sich den beteiligten Personen gegenüber in genügender Weise zu erkennen geben. Völlig neu ist die Bestimmung über den Waffengebrauch bei Fluchtversuchen Gefangener. Der Beamte kann hierbei von seinen Waffen insoweit Gebrauch machen, als es zur Vereitelung der Flucht erforderlich ist. Zum Waffengebrauch ist er berechtigt, wenn Verhaftete, die ihm zur Abführung oder zur Bewachung anvertraut sind, zu entfliehen versuchen. Von der Schußwaffe darf erst Gebrauch gemacht werden, wenn der Gebrauch sonstiger Mittel sich als unzureichend erweist. Der Gebrauch der Schußwaffe hat aber zu unterbleiben, wenn er nicht im richtigen Verhältnisse zu der Schwere der strafbaren Handlung, zu der Gemeingefährlichkeit des Flüchtlings und zu der Schwierigkeit steht, diesen bei anderen Gelegenheiten wieder festzunehmen. Bei Uebertretungen ist vom Gebrauche der Schußwaffen unter allen Umständen abzusehen. Bei der Festnahme ist der Festgenommene unverzüglich auf die Folgen einer Entweichung aufmerksam zu machen. Gendarmen und Ortspolizeibeamte sind verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen. Im übrigen regelt die Verordnung noch das Verhalten der Gendarmerie bei Inanspruchnahme militärischer Hilfe.

Es scheint, als wäre diese Schieß- und Hauordnung besonders mit Berücksichtigung der Wahlrechtsdemonstrationen angefertigt worden. Der Polizei wird dadurch der Waffengebrauch so ziemlich frei gegeben. Sie können Säbel und Revolver bei allen möglichen Vorfällen anwenden. Besonders empörend ist, daß auch auf Flüchtige geschossen werden darf. Die geringfügigen Einschränkungen, die in der Verordnung getroffen worden sind, werden sicher ohne Wirkung bleiben, denn die Polizisten können derartige Unterscheidungen meist nicht selbst machen, wie sie in der Verordnung vorgesehen sind, und zudem wissen sie auch, daß es ihnen nichts schadet, wenn sie blindlings drauflos hauen. Bei der Dresdner Wahlrechtsdemonstration hat es sich ja gezeigt.

Sächsische und preußische Konservative.

Am 26. Juli will sich der Vorstand des Konservativen Vereins für Sachsen in erweiterter Sitzung, an der auch die Vorsitzenden der Einzelvereine teilnehmen, mit der Stellungnahme zu den preußischen Konservativen beschäftigen. Ein Leipziger Blatt weiß dazu zu berichten: „Obwohl ein sächsisches konservatives Amtsblatt schon seit einiger Zeit eine völlige Lossagung der sächsischen Konservativen von den Deutschkonservativen fordert, ist keinesfalls damit zu rechnen, daß auf dieser Zusammenkunft eine reinliche Scheidung vollzogen werden wird. Man kann vielmehr nach Lage der Verhältnisse annehmen, daß die Versammlung in einer Resolution die ablehnende Haltung der preußischen Parteigenossen gegenüber der Erbanfallsteuer mißbilligen, daß jedoch sonst nichts geschehen wird, was eine Trennung auch nur anzubahnen geeignet wäre."

Es war ja schon aus der Haltung des Vaterlands zu ersehen, daß die sächsischen Konservativen sich mit den preußischen wieder vertragen werden. Es war ja alles doch nur Spiegelfechterei. Und in der erweiterten Vorstandssitzung wird sich's voraussichtlich nur darum handeln, wie man den Anschluß mit den preußischen Reaktionären wieder herstellen kann, ohne diese Spiegelfechterei zu deutlich zutage treten zu lassen.

Der Kampf um ein Gewerbegericht.

Schon seit langen Jahren führt die organisierte Arbeiterschaft der Amtshauptmannschaft Zwickau einen Kampf um die Errichtung eines Gewerbegerichts für den amtshauptmannschaftlichen Bezirk oder Anschluß der ländlichen Ortschaften an die bestehenden städtischen Gewerbegerichte. Nachdem sich die Amtshauptmannschaft bezw. der Bezirksausschuß ständig auf den Standpunkt stellten, daß — kein Bedürfnis für ein solches Gewerbegericht vorhanden sei, haben die Arbeiter des erwähnten Bezirks in fünf verschiedenen Versammlungen erneut zu dieser sehr brennenden Frage Stellung genommen. Unterm 15. April d. J., also vor nunmehr reichlich 13 Wochen, reichte nun Genosse Keil-Wilkau, im Auftrage einer in diesen fünf Versammlungen gewählten Kommission, erneut ein derartiges Gesuch um Errichtung eines Gewerbegerichtes oder Anschluß an die bestehenden städtischen Gewerbegerichte ein, ohne bisher eine diesbezügliche Antwort auf sein Gesuch erhalten zu haben. Auf eine Anfrage des Genossen Keil hin wurde ihm auf der Amtshauptmannschaft erklärt, daß — noch „Erhebungen" im Gange seien. Es ist hierbei jedoch hervorzuheben, daß zirka 25 Gemeinderäte der Zwickauer Amtshauptmannschaft, an die sich dann Genosse Keil noch besonders mit dem Ersuchen um Befürwortung seines Gesuches bei der Amtshauptmannschaft gewandt hatte, ein Bedürfnis für ein Gewerbegericht für den Zwickauer amtshauptmannschaftlichen Bezirk zumeist einstimmig anerkannt haben. Was sollen da noch Erhebungen?

Um eine Ortskrankenkasse.

In Frohburg, einer Stadt von zirka 4000 Einwohnern, kämpfen die Arbeiter seit langer Zeit um die Errichtung einer Ortskrankenkasse. Die noch bestehende Gemeindekrankenversicherung hat die denkbar niedrigsten Leistungen. Das Krankengeld beträgt höchstens 1 M. pro Tag. Da der Stadtgemeinderat die Errichtung der Ortskrankenkasse beharrlich ablehnt, wandte sich die Arbeiterschaft mit einer mit 570 Unterschriften versehenen Petition an die Kreishauptmannschaft Leipzig. Dieselbe kann bekanntlich die Gründung der Kasse gemäß § 17 des Krankenversicherungsgesetzes anordnen. Das hat sie aber jetzt abgelehnt. Sie „trage Bedenken", sagt sie, eine solche Anordnung an die Stadtgemeinde zu erlassen. Irgend welche Begründung gibt sie diesem Bescheid nicht. Das ist erklärlich.

Auch ein Zeichen der Zeit.

In Sachsen ist der Konsum in Hundefleisch in den letzten sechs Jahren wesentlich gestiegen. In behördlichen Schlachthäusern geschlachtet und untersucht wurden im Jahre 1903: 2619 Hunde. Nach den vorläufigen Feststellungen beziffert sich die Zahl der zur menschlichen Nahrung getöteten vierbeinigen Hausfreunde im Jahre 1908 auf 3776. Die meisten Hunde werden in Chemnitz verzehrt, wo z. B. 1907 704 Tiere ihr Leben lassen mußten. Erst weit dahinter folgt Dresden mit 145 und Zwickau mit 94 Schlachtungen. Leipzig gehört zu denjenigen sächsischen Städten, die fast keine Hundefleischesser besitzen. Nur zwei zur Menschennahrung bestimmte Hunde wurden in dem angeführten Jahre im dortigen Schlachthause geschlachtet.

Neue Verschandelungen der Sächsischen Schweiz?

Im Leipziger Tageblatt lesen wir: „Soeben wird von einer Gewerkschaft Marie-Luise ein Prospekt verschickt, in dem die Betreffenden ersucht werden, Kuxe zu je 150 M. zum Zwecke des Abbaues der Sandsteinbrüche Schulhain und Weiße Berge in den Fluren Rathen und Königstein an der Elbe zu übernehmen. Der Gesamtflächeninhalt der Sandsteinbrüche wird mit 111 910 Quadratmeter angegeben. Die Weißen Berge liegen von dem Orte Niederrathen elbabwärts unweit der Bastei. Der Inhalt der beiden Brüche wird in dem Prospekt mit 560 000 Kubikmeter angegeben, wovon teilweise bis zu 50 Proz. als Bruchverlust abzusetzen sind. Das Material sei zum Teil für Bildhauerarbeiten, zum Teil für Brücken und Wasserbauten verwendbar. Der Materialwert der Sandsteinbrüche soll angeblich einen Wert von 2½ Million Mark haben. Neben dem Abbau der Brüche sollen die Steinhalden durch Fabrikation von Kalksandsteinen verwertet und hiermit zunächst auf den Weißen Bergen begonnen werden. Die beiden projektierten Anlagen würden nun bedauerlicherweise neue Schandflecke in den schönsten Stellen unserer Sächsischen Schweiz hervorbringen. Jedenfalls müßte hier der Bund Heimatschutz und der Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz ganz entschiedenen Einspruch erheben. Der Plan soll, ganz abgesehen davon, aber auch nach den Angaben maßgebender Fachleute aus praktischen Gründen undurchführbar sein. Die angegebenen Grundstücke haben weder Straßen- noch Bahnverbindungen. Ferner soll das Steinmaterial der Brüche Schulhain und Weiße Berge sehr minderwertig sein. Tatsächlich ist es schon vor Jahrzehnten vom Hochbauamte der Stadt Dresden zur Verwendung nicht mehr zugelassen worden. . . ."

Vielleicht trägt der letztere Umstand dazu bei, daß die neue Verschandelung unterbleibt. Sind die schönen Stellen aber zur Profitmacherei geeignet, wird es, wie die Erfahrung gezeigt hat, schwer fallen, sie vor der Zerstörung zu bewahren.

Reugersdorf. Einen überaus eindrucksvollen, für Dr. Weber aber ebenso blamablen Verlauf nahm, so berichtet die Zittauer Volkszeitung, die am Freitag abend hier abgehaltene Versammlung, in der Genosse Sindermann über „Die Bankrottpolitik Bülows, eine Leichenrede auf den Reichstagsblock" sprach. 1400 Personen waren anwesend. Auch Herr Dr. Weber sprach, fiel aber vollständig ab. Die Stimmung der Versammlung war außerordentlich erbittert. Eine Resolution zugunsten des sozialdemokratischen Standpunktes wurde angenommen. Ganze sieben Stimmen erhoben sich dagegen. Dr. Webers Anhänger versagten vollständig. Die Versammlung war ein durchschlagender Erfolg für die Sozialdemokratie.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Freitag nachmittag gegen 3 Uhr wurde der Eisenhobler B. in Bautzen in der Nähe des sog. Herrenteiches erhängt aufgefunden. Nahrungssorgen, durch die im verflossenen Winter längere Zeit, sowie auch jetzt wieder gegen sechs Wochen anhaltende Arbeitslosigkeit veranlaßt, mögen wohl der Beweggrund zu dieser Tat gewesen sein. — In Plauen war das etwa vier Jahre alte Söhnchen des Handarbeiters Paul Porst, als es sich allein in der im Parterre liegenden Wohnung seiner Eltern befand, auf das Fensterbrett geklettert, hatte sich jedenfalls zu weit aus dem Fenster gebeugt, das Uebergewicht bekommen und war dann etwa fünf Meter tief in den Hof hinabgestürzt. Hierbei hat der bedauernswerte Knabe einen Schädelbruch davongetragen. — In der auf dem Bahnhofe Seitschen gelegenen Kohlenniederlage des Restaurateurs Hentschel entzündeten sich in der Nacht zum 16. d. M. zirka 400 Zentner eng zusammengekästelter Briketts. Der Feuerwehr gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. — Zwei Armenhausbewohner in Zebilig bei Borna, der alte Steinbach und dessen Sohn, fristeten beide ihr Leben durch Sammeln von Brennesseln und anderen Kräutern, Netzestricken und Fischefangen. Der Alte war als Original weit in der Umgebung bekannt. Vor 14 Tagen war er von zu Hause fortgegangen, mit Andeutungen, daß er nicht wiederkommen werde. Einige Tage darauf fand man ihn ertrunken in der Wyhra. Er hatte offenbar den Tod im Wasser gesucht. Vorige Woche war auch sein Sohn, ein menschenscheuer Mensch, verschwunden. Am 15. Juli fand man ihn auf dem Boden erhängt vor. — Aus der Strafanstalt in Zwickau entsprang ein gefährlicher Einbrecher unter Mitnahme von Hammer und Meißel, die er vermutlich zu seiner Befreiung gebraucht hatte. Da sofort ein starkes Aufgebot zu seiner Verfolgung entsandt wurde, gelang es noch im Laufe des Vormittags, ihn wieder festzunehmen, und zwar in Reinsdorf, wo er gerade im Begriff stand, einen Einbruch zu begehen. — In Crossen bei Zwickau wurde im Mühlgraben die Leiche einer etwa 50jährigen Frau gefunden, die anscheinend Selbstmord verübt hat. Die Persönlichkeit der Frau, die Hauskleider trug, ist noch nicht festgestellt worden. — Die Zahl der in Mylau nach dem Genuß von verdorbenem gewiegten Rindfleisch erkrankten Personen, die zuerst auf 30 bis 40 geschätzt wurde, übersteigt 50. Eine ganze Anzahl Personen ist zurzeit noch bettlägerig, ernste Gefahren dürften aber für keinen der Erkrankten bestehen. — Beim Turnen auf einem Neubau in Plauen ist der zehnjährige Schüler Erich Fliegner so unglücklich gefallen, daß er sich einen doppelten Schädelbruch zugezogen hat, dem er am Donnerstag nachmittag in der Klinik erlegen ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik.

Ferien.

Bei Sekretärs ist niemand zu Hause. Die Jalousien wehren der Sonne den Eintritt und die protzige Polstergarnitur verbirgt sich auf zwei Wochen hinter unscheinbaren Ueberzügen. Familie Schweiß ist in die Ferien gegangen. Natürlich an die See. Denn man weiß zu leben. Das Dienstmädchen hat man einstweilen zur Sauerenschüssel der Eltern geschickt. Man muß zu sparen suchen bei so teuren Zeiten.

Die Möbel türmen sich in zwei Zimmern. Die anderen Räume gähnen leer. Auf der verschossenen Tapete zeichnen sich hell die Stellen ab, wo erst Bilder und Möbel die Wand bedeckten. In einer Ecke lauert eine fette Spinne auf die schläfrige Fliege.

Während in den vorderen Räumen die breite Ruhe der Ferien schlummert, schrillt in den ausgeräumten Zimmern der blecherne Spachtel des Malers. Breite, weiße Bahnen schiebt er in die verräucherte Decke. Dichte Schmutzwolken rieseln auf die Dielen und die Aufwartefrau aus der vierten Etage schimpft über den Schmutz. Der Malergehilfe kratzt und streicht und schwitzt dabei. Zweimal am Tage kommt Meister Simmchen mit verdrießlichem Gesicht, um zu sehen, ob's nicht bald fertig sei. Eine Masse Fertigkeit drängt und treibt. Wenn die Herrschaften wiederkommen, soll alles blank sein. Zwischen dem Klatschen der Streichbürsten tüpfen allerlei Gedanken. Während die farbtriefenden Borsten feuchtschimmerndes Weiß über die Decke breiten, blitzt im Geiste die weite See auf mit weißen Strandkörben, Möwengeschrei und buntem, fröhlichem Strandleben. Der kühle Luftzug kommt durchs Fenster und fächelt die schwitzende Stirn. Während das Rührholz nachdenklich die Farbe umdrängt, wird die graue Wirklichkeit lebendig. Wenn andre die Glieder im sonnigen Strande dehnen, plagt man sich hier ab. Alles starrt vor Schmutz, Schweiß und klebriger Farbe. Jetzt wird gejagt leiterauf und -ab. Alles soll im Nu fertig sein. Und wie lange dauert's, ist die Arbeit wieder alle. Dann kommen Herbst und kurze Tage. Die Bauten sind fertig und die Arbeit wird rar. Der Winter rückt heran. Kein Pfennig Verdienst fällt ab, daheim hungrige Mäuler. Die Malerleiter stelzt zornig durch's Zimmer — am besten ist's, man denkt nicht dran. Aber so ist's überall. Im Hintergebäude surren die Maschinen einer Fabrik. Auch hier nervös gesteigerte Tätigkeit. Riemen sausen, Räder schwirren, das blanke rasende Metall schießt blitzende Lichter. Vor den Maschinen stehen die bedienenden Arbeiter. Jeder Nerv ist gespannt, alle Gedanken richten sich auf das schwirrende Werk. Kein Fehlgriff darf getan werden. So geht's Tag für Tag in ewiger Hast. Und wehe, wenn's schlimmer kommt. Wenn plötzlich die lebernde Tätigkeit zerreißt und drohend das Wort „Arbeitslos" an die Sinne krallt.

Der ganze Wahnwitz der herrschenden Zustände grinst hier entgegen. Die Maschine sollte den Menschen dienen. Aber Tausende sind ihre Sklaven geworden. Sie tragen ihre Kraft zu Markte, damit eine Handvoll Besitzender im Ueberfluß ersticken kann. Sie sollte den Menschen Zeit bringen, indem sie ihnen Arbeit abnahm. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Mit immer gesteigerter Hast saugt sie den Massen Kraft und Gedanken aus zerarbeiteten Körpern, damit wenige ein faules Schlemmerleben führen können. Und sie beherrscht nicht nur ihren Wirkungskreis. Das ganze Wirtschaftsgetriebe hat sie in ihren Bann gezerrt. Ueberall die gleiche sprunghafte Unsicherheit, das ganze Leben eine wahnwitzige Groteske.

•

So läuft das Leben Tausender. Ein ewiger ruckweiser Wechsel von überhasteter Arbeit und entbehrender Untätigkeit. Alle diese Tausende brauchten Ferien. Einmal im Jahre ein paar Wochen, wo sie Mensch sein dürfen, wo sie sich besinnen dürfen, daß es nicht nur Plage, sondern auch Lebensgenuß gibt.

Und nicht nur Zeit brauchen sie. Ein Leben voll Arbeit und Sorge hat den meisten die Fähigkeit zur Freude, zum Genießen genommen. Vielen würde die Ferienzeit eine leere Lücke sein, mit der sie nichts anzufangen wissen. Sie haben die rückhaltlose Freudigkeit im Daseinskampfe verlernt. Und es fehlen ihnen auch die Mittel. Die Sorgen des Alltags begleiten sie auch in die Ferien und vergällen ihnen die Erholung.

Der allereinfachsten Dinge hat man diese Massen beraubt. Sich des Lebens zu freuen, die natürlichste Fähigkeit aller Lebewesen ist ihnen erstickt worden. Hier erwächst der kapitalistischen Gesellschaft ein bitterer Ankläger. Aber aus dem Ankläger wird ein Richter erstehen. Wie der Riese Ilja der russischen Sage, der sein halbes Leben in einer Höhle verdämmerte, in der Einbildung nicht laufen zu können, bis er sich endlich seiner Kraft bewußt wird, so wird der Riese Volk seine Kräfte nützen lernen. Sie wird ihm alles erobern.

Dann werden sich auch die Massen der Freiheit freuen dürfen. Die Maschine wird Befreiung von Arbeitslasten auswirken, denn das ist der Sinn, der in ihrem Räderwerk schlummert. Dann wird sie aufgehört haben, eine Fessel der Massen zu sein, zu der sie die Machtgelüste der besitzenden Klassen vergewaltigt haben.

E. H.

Alles wird teurer!

Die Allgemeine Fleischerzeitung schreibt in ihrer letzten Nummer:

„Welche Fleischpreise wir zu erwarten haben? Darüber geben die letzten Berliner Viehmärkte einen Anhalt. Trotzdem der Schweinefleischkonsum in der jetzigen Jahreszeit erfahrungsgemäß am schwächsten ist, ist der notierte Preis sprungweise auf 67 bis 68 M. pro 100 Pfund für Schweine gestiegen, in Wirklichkeit sind aber bis jetzt 74 M. bezahlt worden; im vorigen Jahre zu derselben Zeit betrug der Preis 58 M. pro 100 Pfund. Wir stehen aller Voraussicht nach vor Fleischpreisen, welche höher sein werden, als sie seit Jahren gewesen sind."

Das sind ja nette Aussichten. Inzwischen haben die „Vereinigten Milchhändler von Stadt und Land" zwar beschlossen, vorläufig noch nicht den Milchpreis zu erhöhen. Es wurde aber mitgeteilt, daß die Milchproduzenten-Vereinigung (Landwirte) beabsichtige, Hand in Hand mit der Händler-Vereinigung den Milchverkaufspreis in Dresden zu erhöhen, und zwar mit der Begründung, daß die Produktion der Milch sich hauptsächlich durch ungünstige Witterungseinflüsse (Trockenheit im Frühjahr usw.) und des dadurch hervorgerufenen Futtermangels sehr verteuert habe.

Da wird es demnach wohl auch nicht lange mehr dauern, dann kommt auch die Milchpreiserhöhung.

Die Wirkungen der im Reichstage angenommenen Steuern machen sich vorläufig in einer gewaltigen Hausse in Streichhölzern und Kaffee bemerkbar. Es wurde von manchen sorgsamen Hausfrauen und Geschäftsleuten der Bedarf auf lange Zeit zu decken gesucht, so daß die Geschäftsleute schon nahezu ausverkauft haben. Die Folge ist selbstverständlich, daß die Preise jetzt schon zu steigen anfangen und speziell Streichhölzer kaum noch zu haben sind, weil die Lager rapid geräumt wurden und die Fabrikanten nicht in der Lage sind, so viel zu produzieren wie verlangt werden.

Die hiesigen Brauereien haben ebenso wie die Norddeutsche Brauerei-Vereinigung, beschlossen, den Hektoliter Bier um 5 M. teurer zu verkaufen, obgleich die Steuererhöhung nur 4 M. ausmacht. Die Gastwirte werden natürlich dem Beispiel der Brauereien folgen. Dieser Tage beschäftigte sich der Gesamtverband des Vereins Dresdner Gastwirte mit der bekanntlich am 1. August in Kraft tretenden Biersteuer. Beschlüsse sollen erst in der am nächsten Freitag stattfindenden Versammlung bekannt gegeben werden. Eine Kommission der Gastwirte Deutschland tagt zurzeit in Berlin und wird die Parole ausgeben.

Die Erbitterung in den Kreisen der Konsumenten hat schon jetzt über all diese Dinge den höchsten Grad erreicht, und die an all diesen Verteuerungen der notwendigsten Konsumartikel Schuldigen können sich auf eine böse Abrechnung gefaßt machen.

Reichsvereinsgesetz und Lichtbildervorträge.

Eine prinzipielle Entscheidung darüber, ob Lichtbildervorträge als „Lustbarkeiten" oder öffentliche Versammlungen anzusehen sind, fällte die 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Als unter dem alten sächsischen „Juwel" öffentliche Versammlungen noch der Anmeldepflicht unterlagen, ging das Bestreben der Polizei sichtbar dahin, alle Veranstaltungen als öffentliche Versammlungen anzusehen und sie auf diese Weise unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Das wurde mit einem Male anders, als das Reichsvereinsgesetz die Anmeldepflicht für öffentliche Versammlungen — soweit sie nicht einen ausgesprochenen politischen Charakter tragen — aufhob. Jetzt sollen einfache Vorträge auf einmal keine öffentlichen Versammlungen, sondern Lustbarkeiten sein, die nach dem Lustbarkeitsregulativ anmelde-, ja sogar genehmigungspflichtig sind. — So erhielt der Geschäftsführer der Zahlstelle Dresden des Metallarbeiterverbandes, Genosse Föller, wegen Nichtanmeldung eines öffentlichen Vortrages auf Grund des Dresdner Lustbarkeitsregulativs eine Verfügung über 5 M. Geldstrafe. Er war der Einberufer einer öffentlichen Versammlung für jugendliche Metallarbeiter, in der Genosse Redakteur Düwell einen Lichtbildervortrag über Die ewige Stadt, Wanderungen durch Rom hielt. Debatte fand nicht statt. Der Eintritt war frei gegen Vorzeigen einer Karte, die im Bureau der Metallarbeiter unentgeltlich verteilt wurden. Nach dem Dresdner Lustbarkeitsregulativ sind Verträge aller Art genehmigungspflichtig, nur solche, bei denen „ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet", sind lediglich anzeigepflichtig. Zu diesen letzteren rechnete die Polizei den Lichtbildervortrag. Das Schöffengericht sanktionierte diese Auffassung und konstruierte einen strengen Unterschied zwischen Vortrag oder Versammlung. Mit dem Begriff Versammlung hänge eine „Erörterung des Themas" zusammen. Ein Vortrag könne aber nicht als eine Erörterung angesehen werden, Dazu gehöre noch eine Debatte. Es sei z. B. gerichtskundig, daß der Dernburg-Vortrag im Gewerbehause (am Blutsonntage) ebenfalls angemeldet wurde. Ebenso geschehe dies regelmäßig bei den Vorträgen des Alpenvereins. Wenn man der Ansicht des Verteidigers (Genossen Heine-Berlin) beitreten wollte, wonach der Vortrag allein schon eine „Erörterung" sei, so wäre der Gesetzesumgehung Tür und Tor geöffnet. Man brauche dann nur anzukünden: Oeffentliche Versammlung aller Musikfreunde! Tagesordnung: Straußabend, oder: Oeffentliche Versammlung aller Tanzfreunde! Tagesordnung: Maskenball. Das müßte dann auch als „öffentliche Versammlung" angesehen werden. — Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung beim Landgericht hatte gleichfalls keinen Erfolg. Anders die Revision beim Oberlandesgericht. Die Revisionsinstanz pflichtete Genossen Heine darin bei, daß ein einfacher Vortrag den Charakter einer Erörterung trage, auch ohne nachfolgende Debatte. Jede Ansammlung mehrerer Personen zum einheitlichen Zwecke der Anhörung eines Vortrages ist eine Versammlung. Selbst die Veranstaltung eines Lichtbildervortrages ist eine Versammlung, wenn das gesprochene Wort den wesentlichen Teil des Vortrages ausmacht und der Hauptzweck desselben ist. Die Sache wurde zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht verwiesen. Hier bekundete Genosse Düwell, daß seine Ausführungen der wesentlichste Teil des Vortrages waren. Die Bilder waren gewissermaßen nur die Illustrationen dazu. Genosse Föller wurde freigesprochen, weil der Vortrag eine belehrende Versammlung war, die unter das Reichsvereinsgesetz falle.

Zwischenfälle vor Gericht.

Zu einem gewalttätigen Auftritte kam es in einer Verhandlung vor der 2. Strafkamer des Landgerichts, in der sich der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Sahre wegen Bettelns zu verantworten hatte. Vom Schöffengericht war S. zu 2 Wochen Haft verurteilt und der Landespolizeibehörde überwiesen worden. Um der gefürchteten Ueberweisung zu entgehen, legte er Berufung ein. Die 2. Instanz bestätigte jedoch in der gestrigen Verhandlung das Urteil des Vorderrichters im vollen Umfange. Bei der Urteilsverkündung bekam Sahre einen Tobsuchtsanfall, machte Miene, sich auf die Richter zu stürzen und konnte nur von drei Gerichtsdienern mit Mühe überwältigt und gefesselt werden.

Einen schlimmen Ausgang nahm am Sonnabend eine vor dem hiesigen Gewerbe- und Kaufmannsgericht anberaumte Verhandlung, die sich zwischen einem hiesigen Geschäftsmann und dem Vater des bei ihm in Beschäftigung stehenden Sohnes abspielte. Im Laufe der Verhandlung erregte sich der Vater — der in Langebrück wohnhafte Postsekretär G. — so, daß er einen Schlaganfall (rechtsseitige Lähmung einschließlich der Sprechorgane) erlitt und bewußtlos hinweggetragen werden mußte. Auf Veranlassung eines Arztes wurde er mittels städtischen Unfallwagens nach seiner Wohnung in Langebrück übergeführt. Die Gattin und der Sohn G.s hatten ebenfalls dem Termine beigewohnt und konnten so den Schwerkranken auf der Rückfahrt begleiten.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt hielt am Freitag eine öffentliche Sitzung ab. Von den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen wurden u. a. genehmigt bezw. befürwortet der Vertrag zwischen den Gemeinden Ober- und Niederpesterwitz wegen Wasserabgabe, die Anerkennung der Berufsmäßigkeit des Gemeindevorstandes Stopp in Lockwitz, der ortsstatutarische Beschluß des Wasserwerksverbandes Lockwitz-Niedersedlitz-Leuben über die Entschädigung des Verbandsvorsitzenden und seiner Gemeinde für zu leistende Arbeiten für den Verband, die Ein- und Ausbezirkung eines Flurstücks zwischen Gemeinde und Rittergut Lockwitz, der ortsstatutarische Beschluß der Gemeinde Oberhermsdorf bezüglich des Vertrags mit dem Gemeindeverband Elektrizitätswerk für den Plauenschen Grund, das Ortsgesetz der Gemeinde Reick über die Pensionsberechtigung der Gemeindebeamten und ihrer Hinterlassenen, die Aus- und Einbezirkung von Waldparzellen (Walderholungsstätte) zwischen der Gemeinde Döhlen und dem Staatsforstrevier, der dritte Nachtrag zum Anlagen-Regulativ für Oberpesterwitz, die Leichenträger-Ordnung für Tharandt und das Ortsgesetz über die Anstellungs-, Dienst- und Pensionsverhältnisse der berufsmäßigen Gemeindebeamten in Cotzmannsdorf. Dagegen wurde abgelehnt der vierte Nachtrag zum Regulativ über das Wasserwerk in Cossebaude, während ein ortsstatutarischer Beschluß der Gemeinde Stetzsch über das Ausschachten oder Anhäufen von Erdmassen aus Sand- oder Kiesgruben und Steinbrüchen an bauplanmäßigen Straßen zwecks Vornahme weiterer Erörterungen an die Gemeinde zurückgegeben wurde.

In geheimer Sitzung wurden folgende Konzessionsgesuche genehmigt. Gasthofsbesitzer Thieme in Niederpesterwitz (Zum Steiger) Ausdehnung der Schankkonzession auf ein anstoßendes Grundstück während des Sommerhalbjahres; Frau Richter in Leutewitz, Uebertragung der Konzession im bisherigen Umfange für das Grundstück Leutewitzer Höhe. Abgelehnt wurden die Gesuche des Kaufmanns Wolf in Stetzsch (Kleinhandel mit Spirituosen), Grahl in Neu-Welschhufe (Schank und Tanzhalle für geschlossene Vereine), Gankauge in Cossebaude (Wein- und Kaffeeschank), Steinbruchspächter Esche um Konzession zum Kantinenbetrieb in seinem Steinbruch, Coschütz, und Frau Grahl in Leubnitz-Neuostra (Kleinhandel mit Spirituosen in versiegelten Flaschen). Zugestimmt wurde der Festsetzung des Gehaltes des Gemeindevorstandes in Babisnau.

Im Neustädter Bezirksausschuß wurden in geheimer Sitzung genehmigt die Gesuche der Frau Jahn in Weißer Hirsch (Bürgergarten) um Uebertragung der Schankkonzession im bisherigen Umfange, Schröder in Blasewitz (Dampfschiffrestaurant), Uebertragung der Schankkonzession, und Schneider in Rochwitz, Uebertragung der Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft, einschließlich des Branntweinschanks, zum regulativmäßigen Tanzhalten sowie zum Ausspannen. Das Konzessionsgesuch der Frau Philipp in Wachau (Feldschlößchen) wurde von der Tagesordnung abgesetzt; es sollen noch weitere Erörterungen angestellt werden.

Folgende Konzessionsgesuche wurden genehmigt: Hantsch in Loschwitz, Uebertragung der Erlaubnis zum Betriebe der Schenkwirtschaft einschließlich des Branntweinschanks sowie zur Abhaltung von Tanzvergnügen für geschlossene Gesellschaften; Vogel in Laubegast, Uebertragung der Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein; Hennig in Reitzendorf, Ausschank alkoholfreier Getränke auf dem das Grundstück umgebenden Platz; Ruhland in Radebeul (Restaurant zur scharfen Ecke), Uebertragung der Konzession zum Wein-, Bier- und Branntweinschank. Abgelehnt wurden die Gesuche Reichel in Leuben (Bier- und Branntweinschank) und Rose in Dobritz (Abhaltung von Tanzvergnügen für geschlossene Gesellschaften).

4. Wahlkreis. In der Voraussicht, daß während der Ferienzeit die Beteiligung an den von der Kinderschutzkommission des 4. Wahlkreises arrangierten Kinderausflügen eine noch regere sein wird als bisher, ersucht die Kommission alle diejenigen Väter oder Kinderfreunde, die über freie Zeit verfügen oder sich zufällig in den Ferien befinden, sich an diesen Veranstaltungen zu beteiligen, um namentlich bei den Knabenspielen helfend mitzuwirken. Der nächste Ausflug findet morgen Dienstag den 20. Juli statt. Treffpunkt: Nachmittags 2 Uhr an der Exerzierhalle, Alaunplatz.

Einen Diskussionsabend für Frauen veranstaltet der Sozialdemokratische Verein Dresden-Altstadt Dienstag abend im Volkshaus. Anfang Punkt 9 Uhr. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Genossinnen des fünften Kreises dringend ersucht, an demselben teilzunehmen.

Ueber Einpackungen und erste Hilfeleistung bei Krankheiten gibt der Verein für Volksgesundheit, Dresden-N., Unterrichtsstunden im Saale des Immergrün, Bautzner Straße. Die Fortsetzung desselben findet den 20. Juli, abends 9 Uhr, daselbst statt und können sich noch Freunde der Naturheilbewegung anschließen. Weiter findet am 21. Juli ein Kinderausflug statt. Stellen 1½ Uhr am Prießnitzbad.

Noch glücklich gerettet. Sonntag nachmittag in der vierten Stunde fiel bei der Prießnitzmündung ein siebenjähriges Mädchen einer Wittfrau aus der Antonstadt beim Spielen in die angeschwollene Prießnitz. Nur dadurch, daß ein gerade vorbeigehender jungen Mann dem Kinde sofort nachsprang, konnte es vom sichern Tode gerettet werden.

Beim Baden ertrunken. In einem Elbbade unterhalb der Albertbrücke ist gestern nachmittag der 16 Jahre alte Gärtnerlehrling Herbert Marschner beim Baden ertrunken. Schnell eingeleitete Rettungsversuche waren erfolglos.

Ein frecher Raddiebstahl wurde auf der Amalienstraße verübt. Während der Inhaber des Rades in einem Geschäfte Besorgungen erledigte, verschwand sein Rad von der Straße. Es trägt die Nummer 142 720, Marke Sturmvogel.

Furchtbarer Selbstmord. Die Ehefrau des bei der Hauptpolizei beamteten Sekretärs Jahn brachte sich am gestrigen Sonntag nachmittag in ihrer Wohnung drei Revolverschüsse in die Herzgegend bei, die jedoch nicht tödlich wirkten. Um nun ihr Ziel, den Tod, zu erreichen, stürzte sich die Frau aus dem 2. Stock auf das Pflaster des Hofes hinab und wurde als Leiche vom Platze getragen. Die erst 36 Jahre alte Frau soll in einem Zustande hochgradiger Hysterie ihren Plan ausgeführt haben.

Vermißter Knabe. Der 1902 geborene Schulknabe Kurt Lange wird von seinen Eltern, Peterstraße 22 wohnhaft, seit Dienstag voriger Woche vermißt. Wahrscheinlich ist er an diesem Tage oberhalb der Marienbrücke in die Elbe gefallen und ertrunken.

Lebensmüde. Der Metallschleifer Rüger stürzte sich am Sonnabend gegen 8 Uhr abends vom Ufer bei Blasewitz in die Elbe, um sich zu ertränken. Vorübergehende Leute bemerkten den Vorgang und brachten ihn wieder aufs Trockene.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kaufmannsgericht.

In einer Klage des Geschäftsführers Richter gegen den früheren Nahrungsmittelfabrikanten, nachmaligen Inspektor und jetzigen Gutsbesitzer Unger wegen 1200 M. Gehaltsforderung beantragt der Beklagte Wiedereinsetzung in den früheren Stand. Der Geschäftsführer hatte schon früher die gleiche Summe ausgeklagt. Es erging gegen Unger Versäumnisurteil und da es ihm nicht zugestellt werden konnte (er war verreist und sein Aufenthalt unbekannt), wurde das Urteil öffentlich ausgehangen. Bevor gegen das Urteil Einspruch erhoben wurde, trat Rechtskraft ein. Der Kläger hat die Forderung von 1200 M. inzwischen an einen Herrn Verdun abgetreten, der jetzt auch als Vertreter des Klägers erscheint und Ablehnung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den früheren Stand verlangt. Unger macht geltend, er sei zu jener Zeit krank gewesen und habe sich zur Erholung in der Schweiz, in Italien und in Frankreich aufgehalten. Seine hier zurückgebliebene Ehefrau, der das Urteil zugestellt, von ihr aber nicht angenommen wurde, hatte monatelang keine Kenntnis von seinem richtigen Aufenthalt gehabt und konnte ihm also das Urteil nicht zustellen. Das bestreitet der Vertreter des Klägers. Er ist vielmehr der Ansicht, daß der Beklagte die Angelegenheit nur hinschleppen wolle. Im anderen Falle hätte Unger schon viel früher durch seine Ehefrau den Antrag auf Wiedereinsetzung in den früheren Stand beantragen können. Er (Verdun) habe Unger noch vor Ablauf der gesetzlichen 14tägigen Antragsfrist von dem ergangenen Versäumnisurteil und dem erfolgten Besitzwechsel in einem Briefe benachrichtigt und ihm die Forderung von 1200 M. für 120 M. zum Kauf angeboten. Unger habe aber die Frist trotzdem verstreichen lassen und es gehe daraus hervor, daß er nicht zahlen wolle. Außerdem könne er nachweisen, daß Unger nicht krankheitshalber verreist war, sondern daß er aus bestimmten Gründen ausgerissen sei. Der Antrag des Beklagten wird abgewiesen. Es erscheint dem Gericht wenig glaubhaft, daß seine Ehefrau seinen Aufenthalt nicht kannte. Dann habe er sich aber auf den Brief Verduns nicht gerührt und so durch eigene Schuld die Antragsfrist verstreichen lassen.

Weil der Kontorist unentschuldigt wegblieb, trennte er von der Firma Bettenhausen sofort entlassen. Er verlangt 27,50 M. Gehaltsentschädigung, wobei er geltend macht, er sei krank gewesen und habe im Bett gelegen. Die Firma wird zur Zahlung der 27,50 M. verurteilt.

Die Firma W. Lande, Zigarettenfabrik, klagt gegen den Kaufmann Scheier auf Rückzahlung von 1257,50 M. Gehalt und Spesen für die Zeit vom 1. Januar bis 15. April. Der Beklagte war bei ihr als Reisender beschäftigt und fing ein eigenes Geschäft an. Die Rückforderung wird damit begründet, daß der Beklagte während dieser Zeit nicht seine volle Kraft der Firma gewidmet hat, sondern für sein eigenes Geschäft arbeitete. Der Beklagte gibt zwar zu, ein eigenes Geschäft, und zwar einen Postkartenversand, angefangen zu haben, er will aber nicht hierfür tätig gewesen sein. Da der Beklagte an die Firma noch Gegenforderungen an Provisionen hat, läßt er sich vergleichsweise hiervon 130,82 M. kürzen.

Bei der Firma Richard Schubert war ein kleiner Geldbetrag abhanden gekommen, wofür besonders die Verkäuferin Birkner verantwortlich gemacht wurde. Am 16. Mai erklärte ihr die Prinzipalin: „Ich kündige Ihnen hiermit. Hat sich das Geld noch nicht gefunden?" Diese Frage erschien der Verkäuferin wie eine Verdächtigung, als müßte sie das Geld haben. Sie faßte es als Beleidigung auf, verließ sofort ihre Stellung und verlangt nun 90 M. Gehaltsentschädigung. Nach Ansicht des Gerichts liegt keine Beleidigung vor, die diesen Schritt rechtfertige. Die Klägerin hätte eine definitive Erklärung verlangen müssen. So muß sie ihre Klage zurückziehen.

Es ist allgemein bekannt, daß ein Weinreisender viel Spesen braucht, wenn er Geschäfte machen will. Die Firma H. O. Weise wußte das zweifellos auch, hielt es aber für zweckmäßig, den Reisenden Baumann die Spesen selbst tragen zu lassen. Sie hatte ihn ohne Gehalt, nur auf Provision für die Sächsische Schweiz engagiert. Endlich gewährte sie ihm monatlich ganze 50 M. Spesenzuschuß. Der Reisende wollte sich gern eine Position gründen und ließ es sich deshalb etwas kosten. Da aber gegenwärtig keine Saison war, wurde in beiderseitigem Einverständnis das Dienstverhältnis unterbrochen und erst zu einer günstigeren Zeit wieder fortgesetzt. B. arbeitete nun drei Monate. Jetzt weigerte sich die Firma aber auch noch, ihm den Spesenzuschuß zu zahlen, wobei sie behauptet, es sei vor der Fortsetzung des Dienstverhältnisses ausdrücklich gesagt worden, der Spesenzuschuß solle künftig wegfallen. Der Kläger bestreitet das unter Eid und die Firma wird zur Zahlung von 150 M. verurteilt.

Der Buchhalter Dittrich, der gegenwärtig krank ist, wurde aus verschiedenen Gründen von der Firma Georg Münch entlassen und verlangt deshalb 150 M. Gehaltsentschädigung. Er soll die letzte Zeit nachlässig gewesen sein, was er bestreitet. Dann soll er einen älteren Buchhalter, der ihn ermahnte, einen Kriecher und Quatschkopf genannt haben, obwohl dieser den Prinzipal vertrat. Den Ausdruck Kriecher gibt er zu, will aber den Buchhalter nicht als Vertreter des Prinzipals gekannt haben. Das sind keine Entlassungsgründe. Da der Kläger wöchentlich 15 M. Krankengeld erzielt, gibt er sich mit 90 M. zufrieden. (Vorsitzender: Obergewerbegerichter Stübing. Prinzipalsbeisitzer: Kaufleute Viehsch und Ludwig. Angestelltenbeisitzer: Kontorist Twittmeyer und Lagerist Beuchel.)

Vereinskalender für Dienstag.

Deutscher Metallarbeiterverband Dresden u. Umg. Branchenversammlungen. Goldschläger und Goldbeschneiderinnen im Dresdner Volkshaus, abends 8½ Uhr; Mechaniker, Optiker usw. abends 8½ Uhr im Volkshaus.

6. Wahlkreis. Bezirk Naußlitz. Jahresversammlung in der Linde, abends 8½ Uhr.

Die kommenden Wahlen für die Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- u. Invalidenversicherung.

a. r. Im kommenden Herbste finden die Wahlen der Arbeitervertretung in der Verwaltung und namentlich der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Invaliden- und Unfallversicherung statt. Bei der großen Bedeutung, die diese Wahlen für die Arbeiter haben, kann nicht oft und dringend genug betont werden, die Vorbereitungen für diese Wahlen möglichst frühzeitig vorzunehmen. Die Wahlen sind keine direkten, d. h. also, die Versicherten können nicht gleich selbst ihre Vertreter wählen. Daraus erklärt sich auch die Lauheit diesen Wahlen gegenüber. Sie ist aber absolut nicht am Platze. Als Wahlberechtigte kommen nur in Betracht die Vorstände der im Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungskrankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen oder anderer zur Wahrung der Interessen der Seeleute obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie der Hilfskassen, welche die Rechte aus § 75a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen und ihre Tätigkeit nicht über den Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde erstrecken. Für die Versicherten, welche einer solchen Kasse nicht angehören, ist der Kommunalbehörde auch ein Wahlrecht zugestanden.

Die Vorstände dieser Kassen und Korporationen wählen nun die Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden. Die Stimmenzahl der Kassen- usw. -vertreter wird berechnet nach der Zahl der Mitglieder. Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Vorständen wählen getrennt so die Hälfte der Beisitzer.

Die so gewählten Beisitzer der unteren Verwaltungsbehörden haben ihrerseits wieder die Vertreter für den Ausschuß der für ihren Bezirk in Betracht kommenden Landesversicherungsanstalt zu wählen. Dieser Ausschuß der Landesversicherungsanstalt hat wieder die nicht beamteten Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt zu wählen und weiter auch die Beisitzer für die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung. Die Beisitzer der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung haben dann wieder die Beisitzer für das Landesversicherungsamt bezw. Reichsversicherungsamt zu wählen.

Diese Angaben werden schon genügen, um die besondere Wichtigkeit der Arbeitervertreterwahlen erkennen zu lassen. Hängt doch vom Ausfall der Wahl ab, ob die durch die untere Verwaltungsbehörde vorzunehmende Prüfung der Anträge auf Invaliden- bezw. Altersrente durch Männer erfolgt, die einen Blick fürs praktische Leben haben und die Interessen der Versicherten im Rahmen des Gesetzes wirksam zu vertreten wissen, ob die Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalt auch wirklich ihres Amtes so walten werden, wie es die Versicherten wünschen müssen oder nicht. Vor allen Dingen hängt aber auch davon ab, wer denn später zur Rechtsprechung auf dem Gebiete der Invaliden- und Unfallversicherung berufen wird: Männer, die die Verhältnisse richtig zu beurteilen wissen und in der Zeit, wo die Rechtsprechung immer ungünstiger für die Verletzten wird, ihren Mann auch wirklich stehen, oder Männer, die zu allem Ja und Amen sagen.

Die Vorbereitung dieser für alle weiteren Wahlen maßgebenden Wahl der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde fällt den Gewerkschaftskartellen zu. Zur wirksamen Vorbereitung hat das Zentral-Arbeiter-Sekretariat in Berlin jetzt eine Broschüre erscheinen lassen: Die Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, in der die einzuschlagenden Wege in übersichtlicher und verständlicher Weise mitgeteilt werden. Es ist den Kartellen dringend zu raten, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, diese Broschüre für ihre Mitglieder kommen zu lassen und an der Hand derselben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Werden so die Wahlen vorbereitet, wie es geschehen muß, dann werden auch die Wahlen mit dem Siege der Kandidaten der freien Gewerkschaften enden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1908.

Das dritte Krisenjahr hat den freien Gewerkschaften Deutschlands 33 775 Mitgliederverlust gebracht, dies ist das Resultat der Jahresstatistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der freiorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen

		Zu- resp. Abnahme	in Proz.
1900	680 427	—	+ 17,2
1901	677 510	—	—
1903	887 698	+ 154 493	+ 21,0
1905	1 344 803	+ 202 695	+ 27,8
1907	1 865 506	+ 175 797	+ 10,4
1908	1 831 731	— 33 775	— 1,8

Die Mitgliederzahl betrug im 4. Quartal 1908 1 797 963. Die Abnahme von rund 34 000 Mitgliedern muß und kann als nicht allzubedeutend bezeichnet werden; zu beachten ist ja, daß darin auch alle die Arbeiter, die durch die Herabminderung der Beschäftigung organisationslos geworden, enthalten sind. Auf jeden Fall kann gesagt werden, daß unsere deutschen Gewerkschaftsorganisationen sehr fest gefügt sein müssen, sonst hätten sie die wirtschaftlich ungünstige Zeit nicht so relativ günstig durchhalten können.

Für die einzelnen Industriegruppen ergibt sich die Zu- resp. Abnahme der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem Jahresdurchschnitt in folgender Zusammenstellung: Baugewerbe 1908 346 194 Mitglieder, gegen 1907 38 657 weniger; Metallindustrie 402 735, mehr 3476; Textilarbeiter 116 403, mehr 4862; Handels- und Transportarbeiter 130 464, mehr 1922; Bekleidungsindustrie 91 880, weniger 1596; Bergarbeiter 112 192, mehr 1304; Holzindustrie 162 834, weniger 4508; Nahrungsmittelindustrie 90 621, mehr 1488; Gastwirtsgewerbe 10 011, mehr 131; Gärtner 4800, weniger 152; Industrie der Steine und Erden 1908 58 586, weniger 3047; Papier- und Lederindustrie 48 341, weniger 303; Polygraphisches Gewerbe 56 820, mehr 3338; sonstige Berufe 170 474, mehr 9751.

Demnach hat im besonderen das Baugewerbe stark gelitten, hier war wohl auch die Arbeitslosigkeit mit am stärksten und andauerndsten. Dann ist's die Holzindustrie und die Industrie der Steine und Erden, die noch größere Mitgliederverluste zu verzeichnen haben, gegenüber den absoluten Zahlen erscheinen die Verluste aber nicht allzuschwer.

Beachtenswert erscheint, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder von dem Rückgang nicht betroffen ist. Im vorhergegangenen Jahre waren es 136 929, für das Berichtsjahr ergeben sich als Jahresdurchschnitt 138 443 Mitglieder, also eine recht erfreuliche Steigerung.

Die Finanzen des Jahres 1908 spiegeln für die Gewerkschaften noch durchaus das Bild wirtschaftlicher Depression wieder. Die Einnahmen, die 1906 41,6 Millionen betrugen, und 1907 auf 51,4 stiegen, sind auf 48,5 Millionen gefallen. Der Rückgang ist nicht nur durch den Mitgliederverlust, sondern auch durch weniger Beiträge und weniger Extrasteuern für Kämpfe geschaffen, das letztgenannte wird aber wohl behoben durch die Extrasteuern für Arbeitslose. Die Ausgaben lauten für die drei Jahre 36,9, 43,1 und 42,0 Millionen. Der Vermögensbestand zeigt aber für das Jahr 1908 keinen Rückgang, sondern im Gegenteil ein weiteres erfreuliches Wachstum, die Zahlen lauten, wieder für 1906 bis 1908, 25,3, 33,2 und 40,8 Millionen Mark! Die Finanzen der zentralen Gewerkschaften sind demnach nach wie vor gute. Unter den einzelnen Organisationen hatten die Buchdrucker pro Kopf ihrer Mitglieder berechnet die höchsten Gesamteinnahmen, bei ihnen beträgt die Quote 72,82 M. im Jahr, bei den Notenstechern 63,07, den Lithographen 59,33 und den Bildhauern 45,42 M. In eigentlichen Beiträgen stehen bei derselben Berechnung also pro Jahr und Kopf die Notenstecher an der Spitze aller Gewerkschaften mit 57,07 M., ihnen folgen die Lithographen mit 55,64 M. Werden die Mitglieder aller Gewerkschaften gleich Hundert gesetzt, so ergibt sich, daß einen Jahresbeitrag von 10,40 M. und darunter 5,07 Proz. leisten, 20,80 M. zahlen 18,87 Proz., 26,00 M. 15,08 Proz., 31,20 M. 20,81 Proz., 54,60 M. Jahresbeitrag und noch darüber zahlen 3,91 Proz. aller Mitglieder der freien Gewerkschaften.

Die Ausgaben in den einzelnen Posten weisen gegenüber den Vorjahren ganz erhebliche Aenderungen auf. Die folgende Zusammenstellung zeigt dies für die Streiks, die Maßregelungen, die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung.

Ausgaben für	1906	1907	1908
Streiks	13 748 412 M.	13 196 363 M.	4 819 399 M.
Maßregelungen	795 209 „	1 010 045 „	1 440 283 „
Arbeitslosenunterstützung	2 653 296 „	6 527 577 „	8 134 388 „
Krankenunterstützung	3 281 741 „	3 482 822 „	8 473 853 „

Die Ausgaben für Streiks sind also um rund neun Millionen Mark seit 1906 zurückgegangen, dafür sind aber Maßregelungsausgaben, Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Krankenunterstützung riesig emporgeschnellt. Diese einschneidende Umbildung der Ausgabenquoten hat selbstverständlich gar nichts mit einer Umbildung im Wesen der Gewerkschaften zu tun, es ist einfach der Ausdruck der Anpassung der Gewerkschaften an ihren Zweck, der sich darin ausdrückt, dem Arbeiter stets eine Hilfe zu sein.

Seit dem Jahre 1891, von da an besteht die gewerkschaftliche Statistik, haben die freien Gewerkschaften rund 65 Millionen für Streiks, 28 Millionen für Arbeitslosenunterstützung und 27 Millionen für Krankenunterstützung ausgegeben!

Das Fazit des Jahres 1908 ist, daß die Gewerkschaften die wirtschaftlich ungünstigen Zeiten zwar merken an der Verschiebung ihrer Einnahme- und Ausgabeposten, aber das solch ungünstige Zeiten die Organisation in ihrem Bestand gefährden könnten, ist endgültig vorbei, die Gewerkschaften wurzeln fest und sicher, die Arbeiter wissen den Wert ihrer Organisationen und ihrer Leistungen — 26 Millionen Mark an Unterstützungen im Jahre 1908 — sehr wohl zu schätzen. Das Proletariat ist organisiert!

Inland.

Der 7. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

wurde gestern vormittag in Köln im Gürzenich von dem christlichen Gewerkschaftssekretär Tedenbach eröffnet. Wir werden über seine Verhandlungen nach seiner Beendigung ein Resumee geben.

Ausstand der Nieter auf der Flensburger Schiffswerft.

Den Nietern auf der Flensburger Schiffswerft ist für den Schiffsneubau Stapel Nr. 288 eine zehnprozentige Lohnreduzierung angekündigt worden. Die Werft baut diesen Dampfer auf eigene Rechnung. Trotz wiederholter Vorsprachen bei der Direktion blieb diese bei ihrem Abzuge bestehen. Die Versuche des Gauleiters Schulz vom dortigen Metallarbeiterverband, eine Einigung herbeizuführen, waren ohne Erfolg.

Am Freitag abend beschlossen die Nieter mit 117 gegen 22 Stimmen, die Arbeit niederzulegen; Sonnabend mittag traten sie in den Streik. Gauleiter Schulz hatte sie dringend vor diesem Schritt gewarnt.

Eine Anzahl anderer Arbeiter, die seitens der Direktion zur Streikarbeit aufgefordert wurden, verweigerten diese und wurden sofort entlassen.

Ausland.

Die freiwillige Arbeiterversicherung in Belgien.

ac. Am 16. April 1906 beschloß der in Brüssel tagende Arbeiterkongreß, eine eigene Volks-Lebensversicherung zu gründen, in der Absicht: die Arbeiter von der Wichtigkeit der Versicherung im allgemeinen zu überzeugen und ihnen zugleich die Möglichkeit zu verschaffen, sich unter besseren und reelleren Bedingungen zu versichern als sie von den Privatgesellschaften für gewöhnlich gewährt werden.

Die Prévoyance Sociale (Soziale Vorsorge) trat Ende des Jahres 1907 ins Leben mit einem Kapital von 100 000 Frank. Ende 1908 waren bereits 174 700 Franks gezeichnet, und zwar ausschließlich von Partei-Institutionen und -genossen. In der Verwaltung sitzen nur Parteigenossen, wie Anseele, Lafontaine, Maes usw.

Die Gesellschaft schließt dreierlei Versicherungen ab: Versicherung auf den Tod (an die Erben zu zahlen), Versicherung auf Zeit (nach einem bestimmten Termin wird die versicherte Summe an den Policeinhaber oder an eine von ihm bestimmte Person ausgezahlt) und gemischte Versicherungen (Kombination der beiden ersten Versicherungsarten).

Sind die Versicherten durch Krankheit, Streik, Aussperrung und dergleichen verhindert, die Termine für die Prämienzahlung innezuhalten, so wird ihnen ohne weiteres Aufschub gewährt. Dies und die anderen Umstände, durch die sich die Prévoyance Sociale vor den privatkapitalistischen Versicherungen auszeichnet, bewirkte, daß die belgische Arbeiterschaft dem Unternehmen sehr bald zu hoher Blüte verhalf und im April 1909 — nach 15monatigem Bestehen — waren bereits 38 983 Personen mit 6 805 586,23 Frank versichert!

Die Versicherung kommt nun aber nicht nur den Arbeitern als Personen zugute, sondern auch der Arbeiterbewegung. So bestimmt z. B. Artikel 32 der Statuten des Unternehmens, daß die Ueberschüsse, soweit sie nicht dem Reservefonds einzuverleiben oder sonst im Interesse der Versicherten oder der Beamten anzulegen sind, der Arbeiterschaft zugeführt werden sollen. Dieser Bestimmung gemäß wurden in diesem Jahre z. B. von den Ueberschüssen im Betrage von 33 000 Frank 36 Proz. (= 11 880 Frank) dem Vorstand der belgischen sozialdemokratischen Partei überwiesen, der seinerseits das Geld in folgender Weise aufteilte: 3000 Frank an den Peuple, 1500 Frank an das Blatt Vooruit, 1000 Frank an das Journal de Charleroi, 1000 Frank an den Avenir du Borinage, 2500 Frank an die sozialdemokratischen Wochenschriften, 500 Frank an die Streikenden von Ciney, 2380 Frank für Parteipropaganda.

Der Gedanke, gegen unvorhergesehene Ereignisse („höhere Gewalt") sich freiwillig zu versichern, faßt bei der Arbeiterschaft Belgiens, Italiens, Frankreichs immer mehr und mehr Fuß. Hat doch z. B. Genosse Wordant-Paris in Gemeinschaft mit anderen Sozialdemokraten im Anschluß an die Genossenschaft-Zentralisation eine „Arbeiter-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft" gegründet, die sich — wie es heißt —, ganz leidlich entwickelt. Man mag diesen Versuchen — den belgischen, wie den französischen — noch so skeptisch gegenüberstehen, jedenfalls darf der Weiterentwicklung der Dinge mit Interesse entgegengesehen werden.

Streik der Tunnelarbeiter in der Schweiz.

An 500 Arbeiter der Baseler Bauunternehmung Alb. Buß u. Ko., die mit der Ausführung des Bruggwald-Tunnels der Bodensee-Toggenburg-Linie beschäftigt sind, befinden sich im Ausstand. Die Verhandlungen sind bis jetzt gescheitert.

Die Gewerkschaft der deutschen Schriftsetzer in Neuyork

hat kürzlich beschlossen, der Neuyorker Volkszeitung 1000 Dollar zu überweisen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, unter welchen die Zeitung durch die wirtschaftliche Krise zu leiden hatte. Die Gewerkschaft zählt etwa 300 Mitglieder.

Beendigung des Grubenarbeiterstreiks.

Philadelphia, 19. Juli. Der Grubenarbeiterstreik in Pittsburg ist beendet. Dem Streikkomitee ist die Beilegung des Streiks gelungen. Dagegen dauert der Ausstand der Arbeiter der Preßed Steel Car Company fort. In wachsendem Umfange finden Unruhen statt. Das Standrecht wurde auf das Zentrum von Mac Keesport ausgedehnt. Auch in Butler ist es zu Streikunruhen gekommen, bei denen mehrere Arbeiter verletzt wurden. Die Lage ist drohend.

Parteiangelegenheiten.

Sozialistische Literatur auf belgischen Bahnhöfen!

ac. Unsere belgischen Genossen haben endlich den Sieg davongetragen in dem Kampfe, den sie seit 23 Jahren mit zäher Hartnäckigkeit gegen die Regierung führten: Der Verkauf des Zentralorgans der Partei (Le Peuple) und der sozialistischen Literatur überhaupt auf den Bahnhöfen Belgiens ist von jetzt an zugelassen! Die Genossen Louis Bertrand und Vandervelde vor allem haben den Ministern so oft und so hart zugesetzt, daß ihnen jetzt endlich nichts anderes übrig geblieben ist, als klein beizugeben. Uebrigens hat auch die bürgerliche Journalistenorganisation Belgiens den Anstand besessen, des öfteren gegen die Ausnahms-Behandlung der sozialdemokratischen Presse zu protestieren, ja sogar ein paar katholische Abgeordnete konnten sich nicht länger der Tatsache verschließen, daß Belgien sich mit dem veralteten Bahnhofsverbot lächerlich machte. So mußte denn der Eisenbahnminister Helleputte schließlich wohl oder übel in den sauren Apfel beißen.

Letzten Dienstag erklärte er in der Kammer, daß er bereit sei, das Verbot gegen die sozialistischen Zeitungen aufzuheben.

Bei uns zulande sind der sozialdemokratischen Presse nach wie vor die Bahnhöfe verschlossen. Was bei anderen Nationen selbst in bürgerlichen Kreisen nachgerade als eine das ganze Land und seine Kultur entehrende Schmach gilt, das wird in Deutschland von Ministern, bürgerlichen Journalisten und Parlamentariern nach wie vor als eine der deutschen Kultur nicht unwürdige Institution erachtet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Polizei, Justiz und Reichsvereinsgesetz.

Eine spezifisch sächsische Polizeiaktion fand am Sonnabend ihren befriedigenden Abschluß vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Der Jugendbildungsverein veranstaltete vergangene Ostern mehrere Konfirmandenfeiern, u. a. solche im Drei-Kaiser-Hof in Löbtau und in Striesen. Die Festrede bei beiden Veranstaltungen hielt Genosse Redakteur Düvell. Er schilderte die Lebensverhältnisse der Proletarierjugend im Gegensatz zu der sorgsam behüteten und geleiteten Jugendzeit der Kinder besitzender Eltern. Er zeigte sodann, wie im Sozialismus ein Befreier für die Entbehrenden emporwächst und zeigte die Wege, die zu ihm führen. Er schilderte die Ziele des Jugendbildungsvereins, der die Jugend mit den Waffen der Bildung ausrüsten will, die sie später im Kampfe braucht. Auch wollen diese Bestrebungen die Jugend hinwegführen von schädlichen Vergnügungen der Großstadt und ihr dafür edle Freude und Genuß vermitteln. Der Redner appellierte an den Opfermut der Jugend, empfahl ihr Ehrfurcht vor dem Weibe und wies auf ihre Aufgabe hin, das Erbe ihrer Väter anzutreten und den Kampf weiterzuführen, den die Väter unter großen Opfern begonnen haben. Nur ein solches Leben sei der Arbeiterjugend würdig.

Die Kriminalgendarmen Otto V und Einert hatten sich zu den Osterfeiern eingefunden und machten eifrige stenographische Notizen. Ihre vorgesetzte Behörde erblickte in der Festrede ein hochpolitisches Referat und bedachte die Versammlungsleiter, die Genossen Pinkert und Kreher, mit Strafverfügungen über 30 und 50 M. wegen Uebertretung der §§ 5, 16 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes. Pinkert und Kreher machten geltend, daß sie die Veranstaltungen angemeldet haben, allerdings nicht als politische Versammlungen, denn ein Arrangement solcher war gar nicht beabsichtigt. Ihnen sei die Festansprache auch nicht politisch erschienen, sie hätten deshalb auch keine Veranlassung gehabt, den Redner zu unterbrechen. In der Schöffengerichtsverhandlung gegen Pinkert wurde die Geldstrafe auf 50 M. erhöht mit folgender Begründung: Es sei erwiesen, daß die Rede politisch war. Durch die Hervorhebung der Unterschiede zwischen arm und reich sollte der Klassenkampf und Klassenhaß angeregt werden. Sie sei nichts anderes als eine Propagandarede gewesen, in der zum Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufgefordert wurde. Dadurch seien auch „politische" Sachen berührt worden. Es möge sein, daß P. nicht wußte, daß die Rede zu einer politischen werden würde; er hätte aber nach der Stellung Düvells „annehmen" können, daß dessen Rede eine politische werden würde. (!) Da P. den Redner nicht unterbrochen habe, sei mindestens von diesem Augenblicke an die Versammlung zu einer politischen geworden. Man wird sich über das Urteil nicht wundern, wenn man berücksichtigt, daß dieses Gericht die Vernehmung des Genossen Düvell als Zeugen ablehnte, weil er nach § 56,3 als „Mittäter" in Frage komme. Das Gericht ging nämlich von der ganz willkürlichen Annahme aus, daß D. der eigentliche Veranstalter sei und P. nur formell als solcher auftrete. — In der anderen Schöffengerichtsverhandlung gegen Kreher wurde weniger die Rede, desto mehr aber die in die Rede verflochtenen Faust- und Schillerzitate beanstandet. Auch hier trat eine Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe ein mit der charakteristischen Begründung, es müsse nach den Zeugenaussagen „angenommen" werden, daß der Vortrag und die Rezitationen (Heine, Thoma, Maar usw.) politischen Charakter tragen. Düvell habe dadurch, daß er Unterschiede zwischen arm und reich machte und so die Klassenunterschiede unterstrich, „wirtschaftspolitische" Fragen erörtert. Die Versammlung sei demnach eine politische gewesen.

In der Berufungsinstanz wurden beide Sachen zusammen verhandelt. Zwar wurde auch hier der geladene Zeuge Düvell nicht vernommen, aber nicht deshalb „weil er als Mittäter in Frage komme", sondern weil das Gericht schon aus der Vernehmung der beiden politischen Gendarmen erkannte, daß die Rede unpolitisch war. — Rechtsanwalt Genosse Heine-Berlin beantragte Freisprechung, weil die Versammlung tatsächlich angemeldet war. Selbst wenn sie als politische angesehen würde, sei dem Gesetz Genüge geschehen, denn es sei nicht notwendig, daß der Charakter der Versammlung bei der Anmeldung besonders betont würde. Zum Unterschiede hiervon werde die besondere Betonung des politischen Charakters einer Versammlung ja verlangt bei der öffentlichen Ankündigung, die nach dem Reichsvereinsgesetz an Stelle der Anmeldung treten kann. Dann sei aber die Versammlung auch keine politische gewesen, denn der Zweck der Festrede war nicht, auf den Staat, die Verwaltung, die Gesetzgebung und die internationalen politischen Beziehungen der Staaten einzuwirken oder irgendwie die Klinke der Gesetzgebung in Tätigkeit zu setzen. Nach der Judikatur des Reichsgerichts ist aber nur in einem solchen Falle eine Rede politisch, jedoch nicht, wenn „wirtschaftspolitische Fragen erörtert werden", wie der Vorderrichter irrtümlich dachte. Der Gegensatz zwischen arm und reicht betrifft die Struktur der Gesellschaft, hat aber nicht das geringste mit den Gesetzen zu tun. Wenn ein Referent sich mit Ermahnungen an Proletarierkinder wenden will, die im Begriffe stehen, ins Leben hinauszutreten, so muß er an ihre konkreten Lebensverhältnisse anknüpfen, will er nicht eine blutlose Moralpauke halten. Wenn Worte wie „Kampf", „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" als Beweis dafür dienen sollen, daß es eine Propagandarede politischen Inhalts war, so könnte man aus der ganzen Rede ersehen, daß das Leben als ein „Kampf" geschildert wurde, und daß von der Devise der französischen Revolutionäre nur im sittlichen Sinne gesprochen wurde. Bei der Urteilsfindung spielte auch eine große Rolle die „geheime Absicht", die jungen Leute zur Sozialdemokratie hinüberzuziehen. Bei einer rechtlichen Beurteilung müsse es aber ganz gleichgültig sein, welche Hoffnungen sich ein Jugendbildner mache. Ob Konservativer oder Sozialdemokrat, jeder halte seine politische Anschauung für sittlich und suche sie der Jugend beizubringen. — Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bleibt dabei, daß die Versammlung eine politische war, denn es sei der Sozialismus gepredigt worden. Dadurch sei — wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar — die Verfassung und Verwaltung des Staates berührt worden. — Das Berufungsgericht erkannte auf Freisprechung. Die Angeklagten hätten bestraft werden müssen, wenn die Versammlung politisch gewesen wäre, denn bei der Anmeldung müsse der politische Charakter der Versammlung angegeben werden. Es sei aber keine politische Versammlung gewesen. Es könne ja sein, daß hin und wieder in der Ansprache die Politik gestreift wurde, das mache aber die Rede noch nicht zu einer politischen. Der Sozialismus wurde nur als Weltanschauung dargelegt und daran sind Ermahnungen geknüpft worden. Es ist aber keineswegs die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung berührt worden. Nur dann kann eine Versammlung als eine politische angesprochen werden.

Sonderbare Humanität. Wegen Freiheitsberaubung hatten sich vor der fünften Strafkammer die Privata Klara Marie Helene v. Skolniki, 1842 in Templin geboren, und deren Tochter, die 1880 in Posen geborene Krankenpflegerin Frida Gertrud Adelheid v. Skolniki, zu verantworten. Nach der Anklage sind sie beschuldigt, am 1. März d. J. ein Mädchen vorsätzlich eingesperrt zu haben. Die beiden Angeklagten repräsentieren mit noch einer Tochter, der ältesten, ein Krankenpflegeinstitut, den Schwesternverband Humanitas. Von ihnen war ein Fräulein L. als Hilfsschwester angestellt. Dieselbe war bei einer Dame am Dürerplatz tätig, wo sie ein krankes Kind zu verpflegen hatte. Im Rate des Schwesternverbands war beschlossen worden, das Mädchen am 1. März zu entlassen, da sie sich angeblich für ihren Dienst nicht eigne. Die Dame jedoch, wo das Mädchen beschäftigt war, hatte im Gegenteil nichts an ihr auszusetzen und dem Mädchen auch versprochen, sie weiter zu behalten, wenn sie auch dem Schwesternverband Humanitas nicht mehr angehörte. Am 1. März im Laufe des Vormittags kam das Fräulein L. in die Wohnung der Angeklagten, die sich auch am Dürerplatz befindet, um sich ihren fälligen Gehalt zu holen. Bei dieser Gelegenheit verbot ihr die jüngere Angeklagte, wieder zu der Dame, wo sie in Stellung war, zurückzukehren. Fräulein L. antwortete, daß sie von der Dame weiter als freie Krankenpflegerin engagiert sei, und auch ihre Sachen noch da drüben hätte. Darauf erklärte das adlige Fräulein, sie werde dem Fräulein L. ihre Sachen holen und befahl ihrer Mutter, die Vorhaustür so lange geschlossen zu halten, bis sie wieder käme. Fräulein L. protestierte lebhaft gegen diese Einsperrung und drohte mit der Polizei. Auch versuchte sie, durch Rütteln an der Tür, dieselbe zu öffnen, wurde aber von der älteren Angeklagten und noch einer Tochter, die im Schwesternverband Humanitas (!) das Amt der Oberschwester bekleidet, zurückgezerrt. Die jüngere Angeklagte kam auch im Verlauf von einer Viertelstunde wieder und Fräulein L. erhielt ihre Freiheit wieder. Beide Angeklagte bestreiten, sich der Freiheitsberaubung schuldig gemacht zu haben, während der Staatsanwalt auf Grund der Beweisaufnahme seinen Antrag aufrecht erhält, allerdings bedauert, daß der Gesetzgeber für Freiheitsberaubung nur Freiheitsstrafe als Sühne festgelegt habe. Das Gericht sieht den Fall aber milder an, erblickte nur in der Handlungsweise der Angeklagten den Tatbestand der Nötigung und erkannte auf je 10 M. Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis. Auch versprach das Gericht, sich für eine Bewährungsfrist zu verwenden.

Urkundenfälschung und Betrug. Der Maurer Ewald Otto Schlechte, 1882 in Forst (Oberlausitz) geboren, hatte sich im Herbst vorigen Jahres mit seinem Sohne Willi, der ebenfalls Maurer ist, weil es hier keine Arbeit für sie gab, nach Ellefeld bei Auerbach begeben. Dort hatten sie bis wenige Tage vor Weihnachten gearbeitet. Ende Dezember schrieb der jüngere Sch. nach der dortigen Ortskrankenkasse und bat um einen Krankenschein. Die Krankenkasse antwortete, er müsse erst ein ärztliches Zeugnis einsenden. Schl. ging zu einem Arzt in Cotta, welcher ihm auch ein Zeugnis, lautend auf Magen- und Darmleiden, ausstellte. Der Besuch des jungen Schl. hatte aber nach der dreiwöchigen Frist, wo die Ortskrankenkasse zu Auerbach einzugreifen verpflichtet war, stattgefunden. Der jüngere Schlechte war mittlerweile wieder in die Fremde gegangen. Aus dem Schriftwechsel zwischen Gewerbeamt und der dortigen Ortskrankenkasse hatte Schl. sen. entnommen, daß eventuell das Krankengeld noch ausgezahlt würde, wenn der Arzt bestätigte, daß die Krankheit schon vor dem 10. Januar bestanden hätte. Ein solches Zeugnis fertigte nun der Angeklagte selbst an und übergab es dem Gewerbeamt. Die Fälschung wurde entdeckt und Schlechte erhielt wegen obiger Delikte drei Monate Gefängnis zudiktiert.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 18. Juli. **Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute** auf der Rennbahn im alten Botanischen Garten bei dem Stunden-Rennen, an dem die Rennfahrer Contenet, Ryser, Stellbrink und Stol teilnahmen. Das Rennen war bis zum 20. Kilometer ohne Zwischenfall verlaufen, als plötzlich **laute Aufschreie aus Tausenden von Kehlen** ertönten. Das Schrittmacherpaar Porter-Porschmann fuhr mit dem Vorderrade seines Motors in das Hinterrad des Rennfahrers Ryser. Hierbei erlitt die Steuerung des Fahrzeuges einen Defekt. Die Schrittmacher verloren die Herrschaft über das Rad und fuhren mit **voller Kraft an einer scharfen Kurve über die Barriere hinweg in das Publikum.** Der Benzinbehälter explodierte. Eine mächtige Stichflamme setzte die Kleider aller in der Nähe befindlichen Personen in Brand. Es entstand eine große Panik. Zwei Personen wurden auf der Stelle **getötet,** 20 schwer und 12 leicht **verletzt.** Außerdem wurde eine größere Zahl von Personen von Nervenchok befallen. Viele Unverletzte sprangen über die Barriere in die innere Rennbahn hinein und brachten so **die sämtlichen Rennfahrer zu Fall.** Um 5½ Uhr rückte die Feuerwehr mit mehreren Zügen an, löschte den Brand in kurzer Zeit und brachte die Verletzten nach dem Elisabethkrankenhaus. Zwei von den dort eingelieferten Personen waren **bis zum Abend bereits ihren Verletzungen erlegen.**

Breslau, 18. Juli. **Die Typhusepidemie in Altwasser ist im Rückgang begriffen.** Seit dem 12. Juli ist keine neue Erkrankung gemeldet worden.

Ludwigshafen, 18. Juli. **Der Rhein steigt fortwährend** und hat das Rheinvorland in großer Ausdehnung **überflutet.** Infolge des Freitag nacht herrschenden starken Weststurmes ist der Rheindamm schwer beschädigt. Die Dammwachen in den verschiedenen Rheinorten arbeiten ununterbrochen. In Sondersheim wird stündlich ein **Dammbruch** befürchtet. In Germersheim ist der Rhein um 80 Zentimeter gestiegen. **Die Ernte in der Germersheimer Gegend ist zum größten Teil vernichtet.**

Essen, 18. Juli. Auf der abschüssigen Bredeneyer Chaussee **überschlug sich ein in rasendem Tempo fahrendes Automobil.** Die 7 Insassen wurden mehr oder weniger schwer verletzt und das Automobil zertrümmert.

Steubal, 18. Juli. Hier ist allgemein die Nachricht verbreitet, daß der verhaftete Einjährige Baumgarten ein Geständnis abgelegt habe. Er soll zugegeben haben, gegen 1 Uhr nachts in das nicht verschlossene Schlafzimmer des Fahnenjunkers Zenner gegangen zu sein und **ihm im Schlafe erschossen zu haben.** Als Grund für die Tat soll Baumgarten angegeben haben, daß er durch die andauernden Hänseleien und Schikanen des Erschossenen der Verzweiflung nahe gebracht worden sei. Der in demselben Hause wohnende Einjährige Voß eilte, nachdem er den Schuß gehört hatte, in das Zimmer des Fahnenjunkers, wo Baumgarten ihn zu erwürgen versuchte. Erst als die Wirtin hinzukam, ließ er von ihm ab.

Hamborn, 18. Juli. Der Schießmeister Karl Broesel von hier nahm eine Dynamitpatrone in den Mund und entzündete sie. Sein **Kopf wurde in unzählige Stückchen zerrissen.**

•

Leoben (Steiermark), 18. Juli. Auf der Straße nach St. Michael stieß das Automobil des Grafen Colloni mit dem Automobil des Fabrikdirektors Spitzer zusammen. Das Automobil des letzteren wurde zertrümmert. Direktor Spitzer erlitt Armbrüche, während die Insassen des anderen Automobils unverletzt blieben.

Paris, 18. Juli. Einer Meldung aus Vonnieres zufolge erfolgte eine Explosion in dem Augenblick, als der Zug des Präsidenten Vonnieres passierte. Es handelt sich nicht um ein Attentat, sondern um eine Freudenkundgebung des Hufschmieds der Ortschaft, welcher aus Anlaß der Durchfahrt des Präsidenten Fallières eine kleine Kanone abgefeuert hatte.

Paris, 18. Juli. 280 Sträflinge des Gefängnisses in Clairvais meuterten und weigerten sich zu arbeiten. Sie wurden im Zentralhofe des Gefängnisses abgesperrt. Sie zertrümmerten mehrere Fenster und steckten einen mit Holz beladenen Wagen in Brand. Eine Kompagnie des 109. Infanterieregiments sowie 80 Gendarmen mußten herbeigerufen werden, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Meuterer wurden in die Zellen des Gefängnisses verteilt.

Paris, 18. Juli. Ein Kabeltelegramm aus Indochina berichtet, daß am 15. Juli ein **heftiger Orkan** in Haiphong und in den umliegenden Küstengebieten gehaust hat. Zwei eingeborene Soldaten wurden getötet und 29 verletzt; der Materialschaden ist sehr bedeutend. Die telegraphische Verbindung mit Hanoi ist unterbrochen.

Paris, 13. Juli. **Ein neues Erdbeben wurde gestern bei** Lambesc verspürt. **Ein Wohnhaus,** welches bereits von einem früheren Erdbeben Risse hatte, **stürzte ein.** Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Neapel, 18. Juli. **Durch den Zusammenbruch der Dachterrasse** eines dreistöckigen Hauses in der Via San Vito und den dadurch verursachten Einsturz der unteren Stockwerke wurden heute abend von einer im Erdgeschosse wohnenden Familie vier Mitglieder **getötet.** Ein Mädchen ist mit leichten Verletzungen davongekommen.

Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 15. Juli 1909. (Mitgeteilt vom städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** (¹/₂ kg) Roggenmehl: Nr. 0 20—21, hausbacken 18—20, Nr. 3 14—16; Weizenmehl: Kaiserauszug 24—34, Grießlerauszug 23—25, Bäckermundmehl 22—24; Nudeln: Nr. I (Kaiserauszug) 40—65, Nr. II (Grießlerauszug) 34—48. Eiernudeln 40—80. **Brot** (¹/₂ kg): Saxoniamühle: Wicken, I. Sorte 15,5, II. Sorte 14,5, III. Sorte 13,5; Niedersedlitzer I. Sorte 15,5, II. Sorte 14,5, III. Sorte 13,5, Plauensches I. Sorte 15,5—16, II. Sorte 14,5—15, III. Sorte 13,5—14. **Fleisch und Fleischwaren** (¹/₂ kg): Rindfleisch: Brustfleisch 60—120, Bauchfleisch 50—80, Bratenfleisch, Keule 70—120, Schoßfleisch 80—160, Lende, unausgeschält 60—120, Lende, ausgeschält 110—250; Kalbfleisch: Schnitzelfleisch 120—200, Keule 70—120, übrige Teile 60—120; Hammelfleisch: Keule 75—120, Koteletten 75—120, Kochfleisch 60—100; Schweinefleisch: Keule 75—100, Karree 90—120, Bauchfleisch 60—85, Knöchel 30—60, Rauchfleisch 80—130; Schinken: im ganzen Stück 100—150, im Ausschnitt 160—240, Speck, geräuchert 70—100, Speck, roh 70—90, Schweineschmalz 90—100, Schweineschmalz, ausländisches 75—90, Rindschmalz 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Zervelatwurst 120 bis 200. **Zahmes Geflügel (geschlachtet):** Gänse (St.) 450—900, Enten (St.) 300—500, Hühner, alte (Stück) 200—350, Hühner, junge (Stück) 100 bis 275, Tauben (Stück) 40—100. **Wildbret:** Hirschwild, Kochfleisch (¹/₂ kg) 30—50, Hirschkeule (Stück) 1200—2800, Hirschrücken (Stück) 1200 bis 3000, Rehkeule (Stück) 500—900, Rehrücken (Stück) 700—1500. **Lebende Fische und Schaltiere:** Karpfen (¹/₂ kg) 50—80, bunte Fische (Backfische, ¹/₂ kg) 40—70, Forellen (Stück) 80—300, Hechte (¹/₂ kg) 120—140, Zander (¹/₂ kg) 150—180, Schleien (¹/₂ kg) 150—180, Aale (¹/₂ kg) 160—200, Welse (¹/₂ kg) 100—120, Hummer (¹/₂ kg) 320 bis 375, Krebse (15 Stück) 90—1500. **Fischwaren:** a) frische: (¹/₂ kg) Bunte Fische (Backfische) 30—60, Schellfische 18—60, Hechte 80—120, Kabeljau 15—60, Rotzungen 40—100, Goldbutt 24—70, Zander 100 bis 180, Schleien 80—100, Rheinlachs 200—400, Seezungen 30 bis 325, Silberlachs 100—275, Steinbutt 100—200; b) gesalzene und geräucherte (Stück): Maatjesheringe 10—35, Vollheringe 4—12, Völklinge 5—12, Sprotten (¹/₂ kg) 160. **Grünwaren:** Blumenkohl (Stück) 15—50, Weißkraut (Stück) 15—35, Weißkraut, Wirsing (Stück) 10—30, Grünkohl (¹/₂ kg) 10, Spinat (¹/₂ kg) 15—18, Karotten, neue (15 Bündch) 40—90, Rote Rüben (15 St.) 40—75, Kohlrabi, neue (St.) 3—10, Meerrettich (Stück) 40—50, Radieschen (Bündchen) 3—5, Rettiche (St.) 3—10, Zwiebeln (¹/₂ kg) 10—18, Kopfsalat, hiesig. (St.) 3—5, Rhabarber (Gebund) 19—20, Bohnen, grüne (¹/₂ kg) 20—50, Schoten, grüne (¹/₂ kg) 18—23, Gurken (Salat-) (Stück) 10—40, Gurken, Einlege- (15 Stück) 80—120, Paradiesäpfel (¹/₂ kg) 25—35. **Sauerkraut** (¹/₂ kg) 25. **Saure Gurken,** neue (Stück) 5—12. **Pilze** (¹/₂ kg) Champignons 80—140, Gelblinge 28—35, Steinpilze, frische, 25—35, getr. 200—400, Morcheln, getr. 400—450. **Trockenes Gemüse** (¹/₂ kg): Bohnen 16—24, Erbsen, geschälte 18—30, Erbsen, ungeschälte 15—23, Graupen 15—40, Gries 20—44, Hafergrütze 20—40, Heidegrütze 24 bis 40, Hirse 15—28, Linsen 16—45. **Gemüse-Konserven** (¹/₂ kg): Stangenspargel 50—95, Erbsen, natürliche 30—80, Bohnen 22—45. **Obst, Süd- und Gartenfrüchte:** Aepfel, inländische (¹/₂ kg) 23—40, ausländische (¹/₂ kg) 30—120, amerikanische (¹/₂ kg) 60, Aprikosen (¹/₂ kg) 20—80, Birnen, ausländische (¹/₂ kg) 30—40, Erdbeeren, Garten- (¹/₂ kg) 35—129, Wald- (¹/₂ kg) 110—250, Heidelbeeren (¹/₂ kg) 18—24, Himbeeren (¹/₂ kg) 40—70, Johannisbeeren (¹/₂ kg) 18—20, Kirschen (¹/₂ kg) 13—80, Melonen (Stück) 60—750, Pfirsiche (Stück) 5—60, Pflaumen (¹/₂ kg) 25—70, Stachelbeeren (¹/₂ kg) 20—30, Haselnüsse (¹/₂ kg) 40—80, Haselnüsse, frische, 100—120, Walnüsse (¹/₂ kg) 30—35, Weintrauben, ausländische, (¹/₂ kg) 300—450, Apfelsinen (¹/₂ kg) 20—40, Datteln (¹/₂ kg) 35—50, Feigen (¹/₂ kg) 25—150, Korinthen (¹/₂ kg) 30—50, Mandeln (¹/₂ kg) 90—140, Rosinen (¹/₂ kg) 30—100, Zitronen (Stück) 3—10. **Trockenes und eingemachtes Obst** (¹/₂ kg): Aepfel 45—80, Birnen 25—90, Kirschen 28—80, Mischobst 25—80, Pflaumen 28—100, Prünellen 60—90, Pflaumenmus 20—32, Marmelade 25—80, eingekochte Preiselbeeren mit Zucker 30—60, eingekochte Preiselbeeren ohne Zucker 25—40. **Molkereiprodukte:** Vollmilch (l) 17—22, Sahne 40—100, Magermilch 8—10, Zentrifugen-Magermilch 8, Molkereibutter (¹/₂ kg) 130 bis 160, Landbutter (¹/₂ kg) 115—135, Koch- und Backbutter (¹/₂ kg) 110—126, Quark (¹/₂ kg) 16—20, Sahnenkäse (¹/₂ kg) 70—120, Magermilchkäse (¹/₂ kg) 22—50, Schweizerkäse (¹/₂ kg) 90—130. **Margarine** (¹/₂ kg) 60—108. **Eier:** Tageseier (Stück) 8—10, Landeier (15 Stück) 110—120, fremde (15 Stück) 75—100. **Kartoffeln** (50 kg) 350—450, do. (¹/₂ kg) 4—5, do. neue (50 kg) 450—500, do. Magdeburger, neue (¹/₂ kg) 5—7, do. Malto- (¹/₂ kg) 13—15. **Honig** (¹/₂ kg) 85—180.

Zum Landtags-Wahlkampfe unentbehrlich!

Soeben erschienen:

Die

Sächsische Politik der letzten Jahre

Ein Handbuch zu den Landtagswahlen 1909

Mit dem Landtagswahlgesetz, der Ausführungsverordnung und einer Landtagswahl-Statistik sowie • • • • der Landtags-Wahlkreiseinteilung • • • •

von Emil Nitzsche

Zugleich drittes Ergänzungsheft zum Handbuch Sächsische Politik

Preis 1.50 Mark

Herausgegeben vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Gleichzeitig wird herausgegeben:

Das Plural-Wahlgesetz

mit einer Erläuterung zur praktischen Handhabung bei den Landtagswahlen

Preis 20 Pfennig.

Ferner empfehlen wir zur Landtagswahl:

Sächsische Politik

von Emil Nitzsche

Preis 3.40 Mark

1. Ergänzungsheft zum Handbuche Sächsische Politik. Preis 20 Pfennig.
2. Ergänzungsheft. Preis 60 Pfennig.

Die drei Ergänzungshefte, darunter das Handbuch zu den Landtagswahlen für 1909, in einen Band gebunden. Preis 3.50 Mark

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 21.

und hat dann vor allem gegen die uralten Postagenturen der Eingeborenen, die Hongs oder Min-shin, zu kämpfen. Diese Hongs, die früher das Recht hatten, ihre Briefpost zwischen verschiedenen Häfen Chinas portofrei zu befördern und auch jährlich wohl an neun Millionen Briefe in Paketen zwischen ihnen beförderten, sind nur durch die Tätigkeit der kaiserlichen Post lahm gelegt, beschäftigen sich mit dem Verkaufe von Lotterielosen und betreiben einen schwunghaften Briefschmuggel, den man noch nicht hat einstellen können. Aber die Tage der Hongs sind gezählt, denn die kaiserliche Post macht erstaunliche Fortschritte. Zu den 1030 Postorten des Jahres 1905 sind im Jahre 1906 470 und im Jahre 1907 707 gekommen, so daß ihre Gesamtzahl 2808 beträgt. Während die Post im Jahre 1905 76 Millionen Briefe, Postkarten und dergleichen beförderte, stieg die Zahl 1906 auf 113 Millionen und 1907 auf 167 Millionen. Die Paketbeförderung stieg von einer Million im Jahre 1905 auf 1 883 000 1906, auf 1 917 000 1907. Trotz der dadurch bedingten Erhöhung der Kosten übersteigen die Einnahmen der chinesischen Post schon jetzt die Ausgaben. In welch ausgedehntem Maße die Bevölkerung von den alten Hongs zur kaiserlichen Post übergegangen ist, beweist die Tatsache, daß in der Provinz Kwangtung mit Kanton die Zahl der Ortsbriefe von 44 000 auf 455 000 gestiegen ist. Mehrere Hongs haben daher in diesem verhältnismäßigen Gebiet ihre Tätigkeit überhaupt aufgegeben. In Schanghai wurde im Jahre 1907 ein großes Generalpostamt errichtet; es existieren auch schon genaue Postvorschriften und Posttarife. Die Freude über diese Verbesserung der Post ist in China so groß, daß die Beamten vom Publikum vielfach Geschenke erhalten.

Naturkunde

Der Nestbau der Vögel gehört zu den seltsamen Instinkthandlungen, die auf unser Urteil ganz besonders den Eindruck des Zweckmäßigen machen und nach vorliegender Ansicht durch Vererbungserscheinungen zu erklären sind. Der Vogel, der sein Nest baut, kann — wenigstens das erste Mal — nicht wissen, welchem Zwecke das Erzeugnis seiner Baufähigkeit dient. Er baut es ganz unbewußt unter dem Einfluß eines Triebes, der ihm aus seiner Ahnenreihe her überkommen ist. Eine abweichende Meinung über den Nestbau der Vögel hat der amerikanische Zoologe Olds in einem Vortrag vor der Biologischen Gesellschaft in Washington vertreten. Er hat einerseits die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß nahe verwandte Vogelarten ihre Nester stets in ganz ähnlicher Weise anlegen, auch wenn sie in räumlich außerordentlich weit auseinander liegenden Himmelsstrichen ihre Heimat haben. Ein Beispiel dafür ist unsere Schwanzmeise, deren amerikanische und chinesische Verwandte genau das gleiche Material zum Nestbau verwenden wie sie selbst. Diesem Beispiel lassen sich noch zahlreiche andere anreihen, die alle auf das Gleichförmige der Nestbaufähigkeit hinweisen. Andererseits kennt man aber auch Beispiele, wo die Art des Nestbaues durch äußere, vom Menschen geschaffene Bedingungen verändert worden ist. Die amerikanische Silbermöve (Larus argentatus), deren lose und lang zusammengeschichtete Nester von den Fischern mühelos geplündert wurden, hat infolge dieser Gefahr die Gewohnheit angenommen, ihre Gelege in Bäumen 40 bis 50 Fuß über dem Boden zu errichten. Dieses und ähnliche Beispiele führen Olds zur Ansicht, daß der Nestbau der Vögel doch eine Vernunfthandlung ist und daß der bestehende Hang am Althergebrachten auf die Rechnung mehr eines gewissen Konservatismus als des Instinkts zu setzen ist.

Gesundheitspflege

Die Gesundheitsfolgen des Tabakgenusses. Die zunehmende Häufigkeit der Aderverkalkung und Herzschwäche rückte die Frage, wie weit der Tabakgenuß dabei eine ursächliche Rolle spielen dürfte, mehr und mehr in den Vordergrund. Denn wenn man auch ins Treffen führen mag, daß die Scharen der Nichtraucher sich vergrößern, so ist doch dem entgegenzuhalten, daß die Raucher gleichfalls, und zwar aus Angehörigen aller Lebensalter, einen ungeheuren Zuzug erhalten. Will man ein Urteil über die pharmakologische Wirkung des Tabaks gewinnen, so ist zunächst zu bedenken, daß Laboratoriumsversuche keine erschöpfende Vorstellung von den Schädigungen geben können, die durch Tabakmißbrauch hervorgerufen werden. Es ist noch nicht einmal eine Einigung darüber erzielt worden, welche Bestandteile des Rauchs für die Giftwirkung in Betracht kommen. Vorwiegend wird jedoch als alleinig oder vorzugsweise wirksamer Faktor das Nikotin betrachtet. In reinem Zustande ist das Nikotin eins der stärksten Pflanzengifte und vermag in weniger als einer Minute durch Lähmung der Atmung, die sehr bald von Herzlähmung gefolgt ist, den Tod herbeizuführen. Kleinere Mengen erzeugen heftige Übelkeit, Erbrechen und Durchfall mit reichlicher Speichel- und Schweißabsonderung sowie Atem- und Herzbeschwerden. Die sympathischen Nervenzellen werden durch Nikotin zunächst gereizt und dann gelähmt. Es ist daher klar, daß anhaltender Tabakgenuß bei jugendlichen Personen Wachstum und Ernährung in tiefgreifender Weise beeinflußt. Die höheren Gehirnzentren erfahren anscheinend durch das Nikotin keine erregende Reizung, vielmehr übt es zunächst eine herabstimmende und beruhigende Wirkung auf das Gehirn aus, d. h. es wirkt als Narkotikum. Während größere Mengen von Nikotin eine Erweiterung der Pupille bewirken, tritt bei anhaltender Einwirkung kleinerer Dosen, also beim Gewohnheitsraucher, eine Verengerung ein. Die Ausscheidung des Nikotins aus dem Körper erfolgt sehr reichlich durch die Nieren und durch die Speicheldrüsen sowie wahrscheinlich auch in geringerem Maße durch die Haut. Wie bei anderen narkotischen Mitteln stellt sich auch beim Nikotin bald eine erhebliche „Gift-Festigkeit" ein, die dem chronischen Tabakgenuß Vorschub leistet. Worauf die Gewöhnung an das Tabakrauchen zurückzuführen ist, läßt sich nicht in einem Worte sagen. Sehr wahrscheinlich kommt eine ganze Reihe verschiedenartiger Momente in Betracht. Die narkotisierende, beruhigende Wirkung des Nikotins ist unter ihnen ein sehr wesentliches. Dazu kommt jedoch wohl auch das Verlangen nach der angenehmen Erregung des Halses und vielleicht auch des Geschmacks, die mit dem Rauchen Hand in Hand geht. Auch rein psychische Dinge dürften mitwirken, wie die Freude an der Betrachtung der zerfließenden, flüchtigen Wolken und das Vergnügen, sich dem Rauchgenuß in Gesellschaft hinzugeben. Je nach der Art des Rauches wird das eine oder andere dieser Dinge von größerer Bedeutung sein. Der Zigarettenraucher z. B., der den Rauch einzieht, wird den Kitzel im Halse suchen. Für ihn ist auch die Gefahr einer chronischen Vergiftung am größten. Die sicheren Anzeichen einer chronischen Tabakvergiftung sind bei jüngeren Leuten Unregelmäßigkeiten im Wachstum und Störungen der Atmungswerkzeuge, bei älteren eine rasche Entwicklung der Aderverkalkung. Die Anzeichen eines übermäßigen Tabakgenusses sind gesteigerte nervöse Reizbarkeit, Appetitlosigkeit, Verdauungsstörungen und chronische Entzündung des Rachens und Kehlkopfes. Sehr häufig ist auch das charakteristische „Tabakherz". All diese Dinge verschwinden beim Einstellen des Rauchens und entsprechender Behandlung. Auch kalte Hände und Füße mit starker Neigung zur Schweißabsonderung treten besonders bei jungen Personen leicht auf, ebenso Sehstörungen. Ob man die Rauchgewohnheit ganz plötzlich aufgeben soll, ist fraglich, manche Erfahrung spricht dagegen und läßt eine allmähliche Entziehung ratsamer erscheinen.

Kleine Mitteilungen

C. K. **Spanien** soll nun endlich das vom Staat unterhaltene, der Pflege klassischer Dichtkunst geweihte **Nationaltheater** erhalten, das man schon seit langem erstrebt. Ein Preisausschreiben ist, wie die Revue mitteilt, unter den spanischen Architekten erlassen. Dem Theater wird eine Schauspielschule angegliedert; die Spielzeit soll sechs Monate im Jahr dauern, der Direktor wird von der Regierung ernannt. Das Repertoire soll hauptsächlich aus Werken jener klassischen Epoche spanischer Dichtkunst bestehen, da Lope und Calderon wirkten. Daneben sollen Schauspiele der Gegenwart aufgeführt werden, die in kastilischer Sprache von Spaniern oder Südamerikanern geschrieben sind. Ab und zu sollen auch Meisterwerke der fremden Literaturen in dem Spielplan erscheinen.

Zeitschriften

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nummer 21 des 19. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Von der Frauenarbeit in Preußen. II. Von gh. — Zur Frage der Zwangserziehung für weibliche Minderjährige. Von Cog. — Heime für Textilarbeiterinnen. Von Martha Hoppe. (Schluß.) — Billiges Brot! Von ed. — Heimarbeit und Heimarbeiterausstellung in der Schweiz. Von Z. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Aus dem sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Kellnerinnenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Hoffnung. Von Johannes Schlaf. — Ueber das Betrachten von Bildern: 2. Technische Winke. Von Dr. Wilhelm Hausenstein. — Wasser und Eis in ihrer Bedeutung für die Gestaltung der Erdoberfläche. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Frau Sorge. Von Ludwig Jacobowski. — Die Mutter als Erzieherin. — Feuilleton: Paris. Von Honoré de Balzac. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Spruch. Von Marie Ebner-Eschenbach. — Die Familie Langheim. Von Robert Grötzsch. — Frau Rösel. Von Gottfried Keller. (Gedicht.) — Eine Floßfahrt auf dem Main. IV. Auf dem Floß. Von Heinrich Wandt. — Wie schön ist die Welt. Von Emma Döltz. (Gedicht.) — Bijou, eine Mutter. Von Ernest Seton Thompson. (Fortsetzung.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 20. Juli. **Opernhaus** (Altstadt): Bis mit 7. August geschlossen. — **Schauspielhaus** (Neustadt): Bis mit 11. September geschlossen. **Residenztheater.** Zapfenstreich. Anfang 8 Uhr. — **Zentraltheater.** Gretchen. Anfang 8 Uhr.

Residenztheater. Am Dienstag wird das Drama Zapfenstreich, am Mittwoch und Freitag die Offizierstragödie Rosenmontag, am Donnerstag Alt-Heidelberg aufgeführt. Am Sonnabend geht die Lustspiel-Novität O diese Leutnants! von Kurt Kraatz erstmalig in Szene.

Zentraltheater. Am Dienstag, abends 8 Uhr, wird die Groteske Gretchen zum 46. Male wiederholt. Das Stück erlebt am nächsten Sonnabend seine 50. Aufführung.

Internationale Photographische Ausstellung Dresden 1909. Am Dienstag findet eine Führung durch die Abteilung Amateurphotographie, Führender Herr Photochemiker Wandersleb, statt. Treffpunkt 4½ Uhr Kuppelhalle.

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 163 Dresden 19. Juli 1909

Der Sadduzäer von Amsterdam

Erzählung von Karl Gutzkow

(Schluß.)

So mochten einige Monate vergangen sein, als sich eines Tages Uriels Gefängnis zu einer ungewöhnlichen Stunde öffnete. Obschon es heller Tag war, so fiel ihm das Licht von zahllosen Kerzen entgegen, welche von Priestern getragen wurden, die den Gang besetzt hielten. Man trat Uriel selbst an und erklärte ihm, daß jetzt der Augenblick seiner Buße gekommen sei. Uriel schwieg. Den Männern wegen seines langen Gefängnisses Vorwürfe zu machen, hinderte ihn seine Mutlosigkeit und die Erwartung dessen, was sich jetzt begeben mußte. Man entkleidete ihn, übergab ihm weiße Bußkleider, die er anlegen mußte, in seine Hand drückte man eine brennende Kerze und winkte ihm, jetzt in diesem demütigenden Aufzuge ihnen zu folgen. Uriel ließ mit sich alles geschehen. Der Gedanke, nun bald von dieser ganzen Pein erlöst zu sein, bemächtigte sich seiner, und er hoffte nach einer kurzen Plage beim Ziele seiner Wünsche zu stehen. Diese Berechnung, wie sehr sie der Hinfälligkeit seines Geistes und Körpers zu widersprechen schien, erhob ihn doch wieder und flößte ihm so viel Kraft des Bewußtseins ein, als er vielleicht gewünscht hätte, bei den nachfolgenden Szenen nicht zu besitzen; denn schon als er in die Synagoge trat, erschrak er, sie über und über mit Menschen angefüllt zu sehen. Alles war gekommen, um Zeuge dieses seltenen Schauspiels zu werden. Die Priester hatten Mühe, durch die drängende Versammlung einen Weg zu bahnen; alle wollten dem Opfer des Tages nahe sein und sich an den Mienen eines Verbrechers weiden, dem gegenüber sie sich freilich rühmen konnten, daß sie es ihm niemals nachtun würden. Aber auch das Mitleid wollte in seiner Nähe bleiben, um ihm Mut zuzusprechen: alles gleich widerlich für Uriel, den Scham und Verzweiflung schon zu umkreisen anfingen. Er vermochte es nicht, wie er wollte, dreist sein Auge zu erheben und die Menge zu übersehen; der Kontrast seines elenden Aufzuges überfiel ihn zu mächtig, und aufs elendeste gedemütigt schritt er den Priestern nach, die ihm Raum machten, daß er unter der Menge sicher seinen Fuß setzen konnte.

Am Hochaltar angelangt, blieb der Zug stehen. Uriel wurde bedeutet, die Erhöhung zu betreten. Hier stand er zuerst, allen sichtbar, allein, nur damit beschäftigt, wie er die Blicke der versammelten Menge, die ihn jetzt alle gleichmäßig trafen, aufnehmen sollte. Unfähig, Trotz zu zeigen, senkte er die Augen vor Scham und vor dem überwältigenden Gefühl seiner Leiden. Ein Priester trat zu ihm hinauf, übergab ihm eine Pergamentrolle, auf welcher die lange Reihe seiner Vergehungen verzeichnet stand; er sollte sie, als die erste Handlung seiner Buße, mit lauter Stimme ablesen. Uriel hatte dies erwarten können, und ohne zu wissen, was die Rolle alles enthielt, begann er sie mit gedämpftem zitternden Tone vorzulesen. „Ich, Uriel Acosta," hieß es hier, „von Geburt ein Portugiese und Christ, bekenne öffentlich, daß ich, nachdem ich freiwillig zum Judentum mich bekannt habe, alle meine Bestrebungen darauf richtete, die Göttlichkeit meines neuen Bekenntnisses anzutasten, seine vorzüglichsten Lehren in Zweifel zu ziehen und zu besonderer Gunst des Christentums, das ich heimlich nicht abgeschworen hatte, den Dienst Jehovas zu untergraben. Zu dem Ende ergriff ich jede Gelegenheit, mit den Beamten der Synagoge anzubinden, sie in ihrem Wirkungskreise zu stören und sogar heilige Gebräuche in dem Augenblicke, wo sie verrichtet wurden, lächerlich zu machen. Meine Geisteskräfte, nur darauf gerichtet, versteckten Hinterhalt zu legen, Unbegreifliches durch Trugschlüsse als unerweislich hinzustellen, und da, wo die Kraft des Verstandes nicht ausreichte, durch Spott zum Ziele zu gelangen, benutzte ich hauptsächlich gegen die heiligen Schriften der alten und neuen Tradition. Ich ließ Erklärungen ausgehen, welche die jetzigen Einrichtungen des jüdischen Gottesdienstes als nicht im Einklang befindlich mit den alten heiligen Schriften nachweisen sollten, und lud so viel Zorn und Groll des Himmels auf mich, daß ich die Achterklärung, welche mich vor einem Jahre traf, nur als verdiente Strafe meiner Verbrechen ansehen muß. O hätte diese Strafe länger gedauert! Doch die Unbequemlichkeit derselben wohl fühlend, entschloß ich mich, ein teuflisches Spiel zu treiben. Ich kehrte, noch in der ganzen Ausdünstung meines Fluches, zu den Vätern der Synagoge zurück und heuchelte Reue und Ergebenheit. Die Langmut dieser Ehrwürdigen befreite mich vom Banne. Seitdem begann ich aber offener hervorzutreten. Wo es mir irgend gelang, suchte ich die Lehre Jehovas in Mißachtung zu bringen, ich richtete mein Augenmerk auf alle, die einen Zweifel tragen sollten, ich bestärkte sie darin und redete ihnen von ihrem Glauben ab. Ich betrog den Himmel um zahllose Seelen. Aber meine Vermessenheit stieg noch höher. Ungeachtet ich alle meine früheren Vergehungen in höherem Grade wiederholte, hielt ich es nicht genug, gegen die Einrichtungen Jehovas zu streiten, sondern ich vergriff mich an ihm selbst. Ich zog das Dasein einer göttlichen Gewalt in Zweifel, leugnete die Fortdauer der Seele und häufte auf Entsetzliches Entsetzlicheres. Doch jetzt ergriff mich auf der höchsten Stufe der Verbrechen Schwindel, ich verlor meine Besinnung und stürzte elend zu Boden. Die Strafe Gottes hatte mich erreicht. Ich bekenne, daß ich meines Verstandes gänzlich für verlustig sollte erklärt werden, daß er durch einen martervollen Tod noch bei weitem keine angemessene Genugtuung an mir fände. Allein die heiligen Väter der Synagoge haben versprochen, für meine Seele Fürbitte einzulegen und mich durch eine vollständige Kirchenbuße der göttlichen Huld aufs neue zu empfehlen. So verhänge denn alles über mich! Mich dürstet nach dem Lohne meiner Verbrechen!"

Uriel hatte schon bei den ersten Worten, wo er wie mechanisch gesagt hatte, daß er Christ war, innehalten wollen; denn er sah hier seines Vetters Verräterei. Bald stockte er an einer anderen Stelle, an einer dritten; aber die Priester zwangen ihn, weiter zu lesen; die letzten Worte waren kaum noch hörbar. Uriel wankte zurück, die Priester fingen ihn auf, nahmen ihm die Kerze aus der Hand und führten ihn in einen dunkeln Winkel des Tempels, wo er sein ferneres Schicksal erwarten sollte.

Die Versammlung stimmte inzwischen jenen Psalm an, welchen David sang, als Doeg, der Edomiter, kam und Saul ansagte, daß David in Abimelechs Haus gekommen: „Was trotzest du denn —" Auf Uriel verfehlte aber dieser Fanatismus seine Wirkung. Die Ohnmacht seines Wesens war verschwunden. Das Blut stieg siedend in seinen Adern auf und ab, er hätte mit lauter Stimme gegen diese Menschen losbrechen können, wenn ihn der Gesang nicht überstimmt hätte. Was wollte man denn noch von ihm? Waren jene lügenhaften Worte noch keine hinreichende Demütigung? Uriel glaubte seinen Vetter zu sehen. Schon drohte er ihm mit beiden Fäusten. Er hatte sich getäuscht und knirschte nur Ingrimm. Wer hatte ihn in die Lage versetzt? Wer die mildeste Strafe versprochen? Wer hatte seine Geburt, seine Meinung über den Tod an die Priester verraten? Er warf sich zur Erde nieder und wand sich wie ein wildes Tier. Doch überwältigte der Gesang seine Wut, er mußte sich an die Ermattung übergeben, und wartete jetzt stumm auf alles, was noch kommen würde.

Nachdem der Psalm zu Ende gesungen war, führten mehrere Diener der Synagoge den Büßenden aus dem Dunkel hervor, stellten ihn dicht vor den Hochaltar, banden ihn an eine Säule fest und entblößten seinen Leib. Rutenstreiche fielen auf ihn herab, an der Zahl neununddreißig. Uriel schrie nicht, sondern wehklagte nur leise; seine Seele litt fürchterlicher als der gemißhandelte Körper. Er fühlte schmerzlich, was an ihm alles beleidigt wurde, die Wissenschaft, die Vernunft, Sokrates, Christus. Er war gefaßt, Strafe zu leiden, er hätte den Tod nicht gescheut; aber diese Erniedrigung! Sein Schmerz übermannte ihn. Tränen stürzten aus seinen Augen; doch wurden sie die Quelle neuer Qualen für ihn: denn konnten sie nicht mit Tränen der Reue verwechselt werden? Seine Empfindung sprang plötzlich wieder in Wut über, er brachte mit seinen zerfleischten Armen, stieß zahllose Verwünschungen aus, bis ihn der Psalm übertönte, welchen David dichtete: „Jauchzet Gott, alle Lande!"

Uriel schwieg; er überließ die Reihe der Leidenschaften, die alle jetzt entfesselt, teils in ihm tobten, und blieb da stehen, wo die Rache schnaubte. Rache war das einzige Wort, das ihm den Mut gab, noch Größeres zu erdulden; denn noch war das Maß seiner Leiden nicht voll. Wenn es eine noch größere Strafe geben kann, als Züchtigung eines edeln, frei geborenen Körpers, indem eine große Seele wohnt, so traf ihn auch noch diese. Man ergriff ihn zum zweitenmal, führte ihn an den Ausgang des Tempels, befestigte ihn an der Schwelle der Tür und ließ die ganze Versammlung, die sich auflöste, über ihn wegtreten. An Mitleid dachte der Fanatismus nicht, auch nicht an Schonung; er half mit rüstiger Hand die Strafe vollziehen und trat grausam auf den sich krümmenden Leib des Unglücklichen. Uriel ertrug alles, denn die Rache ist eine aufheiternde, tröstende Freundin jeder Kränkung. Sie versagt dem Munde die Kraft, seinen Schmerz auszusprechen; sie macht jede Klage stumm, sie verkürzt sogar die Zeit des Leidens und gibt das Leben wieder, wo man glauben sollte, es sei gänzlich gestorben. Die Rache half Uriel bis auf den letzten Moment ausharren, bis das ganze jüdische Amsterdam über ihn hinweg war; jetzt half sie ihm aber die Riemen, die ihn festgeschnallt hatten und durch die Füße der Versammlung fast aufgerieben waren, vollends zerreißen; sie schwang ihre blutige Fackel, und wie ein Rasender stürzte Uriel von dem Orte seiner Erniedrigung fort, durch die Straßen der Stadt in die Wohnung der Seinigen. Mit totenbleichem Angesicht, blutriefend, mit zerrissenen Kleidern trat er vor seine versammelte Familie, die er in Tränen und Wehklagen aufgelöst fand. Er sprach kein Wort, das sich ver-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/9
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

sterben ließ, er sagte, er verkrengte, man wußte nicht was, er lachte bald auf, er weinte vor Wut. Der junge Baruch Spinoza wagte allein, ihm entgegenzutreten. Er ergriff das Kind, hielt es zum Himmel auf, seine Augen verrieten, daß er sprechen wollte, aber die Zunge versagte ihm. Er sank zurück, nahm den Knaben auf den Schoß, versuchte noch einmal zu reden, und diese Worte drangen sich abgebrochen aus seiner [illegible] Brust hervor: „Unschuldiger Knabe, du ahnst noch nichts von den Greueln dieser Welt, und ein [illegible], ein bis zum Wahnsinn Mißhandelter trägt dich in den Armen! Zitterst du nicht vor Verbrechen, wie man sie an mir begangen hat? Blicke mich nicht so stumm an, Knabe; was an mir geschehen ist, bleibt unerhört unter der Sonne. Ja, du holdes, himmlisches Kind; selbst deine unschuldvollen Züge müssen erblassen, wo sie diesen Frevel sehen, diesen geschändeten Leib, diesen zertretenen Stolz! Du kennst meine Rache! Du versprichst mir, meine Rache zu Ende zu bringen; suche einst, wenn dein Geist sich erhebt, an die Wohnung Gottes, und forsche, warum er die, welche sein Geheimnis lieben, [illegible]. Mein unvollendetes, zertretenes Werk gebe ich dir, der noch einzig furchtlos ist und der meines Schmerzes Scharten an jenen elenden Knechten der Allmacht austreten wird. Das Gegenwärtige sinkt alles unter mir zusammen, nur auf die Zukunft hoffe ich. O Gott, o Gott, wie elend hast du mich gemacht!" Seine Familie wollte helfen, wollte das Blut vom Körper wischen, die zerfetzten Kleider abnehmen, aber er wies alles zurück. „Auf wie lange? Auf wie lange!" rief er; „ein zerschellter Stolz sinkt! Die Sehnen meines Nackens sind schlaff, ich bin ein angeschossener Adler, der mit den Flügeln um sich schlägt, aber bald ausatmen wird. Laßt mich, laßt mich, die Stunde ist da!"

Mit diesen Worten entzog er sich allen, eilte auf sein Zimmer, schloß sich zwei Tage ein und nahm keinen einmal Nahrung, dann ergriff er plötzlich zwei Pistolen, die schon seit langem fortwährend geladen über seinem Bette hingen, bahnte sich den Weg durch die Menge, die neugierig sein Haus umstand, und stürzte todesstarr, seine Mordwaffen nicht einmal verbergend, fort. Er suchte Josefs Haus. Es war Abend.

An Vanderstratens Wohnung mußte er da vorüber. Hier sah er alles auf das festlichste erleuchtet. Karossen flogen nacheinander vor das Portal und ließen schön geputzte Paare heraus; Diener rannten Trepp' auf, Trepp' ab; durch alle Säle verbreitete sich köstlicher Ambraduft; die Türen des ganzen Gebäudes waren geöffnet, um dem Feste den größten Spielraum zu lassen; eine rauschende Musik tönte von oben her. Uriel staunte; soviel Besinnung hatte er noch, alles das zu bemerken. Eine Ahnung fuhr ihm durch die Seele, sie schleuderte ihn blitzschnell die Stiege hinauf, in den großen, von tausend Kerzen erhellten, von glänzenden Gästen belebten Saal. Alles schrie vor Entsetzen auf, als man des Wahnsinnigen ansichtig wurde. Aber schon hatte er sein Opfer gefunden, er legte auf seinen Vetter an, das Pulver blitzte, und — Judith, Josefs eben angetraute Braut, schwamm in ihrem Blute. Uriel, der vielleicht nicht sah, wie fürchterlich er sein Ziel verfehlt hatte, ergriff die zweite Pistole; man fiel ihm in die Arme; doch die Verzweiflung gab ihm Riesenkraft. Er wehrte sich mit seiner Waffe gegen die Andringenden und bahnte sich in ein Nebenzimmer den Ausgang. Bald hörte man einen zweiten Schuß. Er hatte sich selbst das Gehirn zerschmettert.

Dieselbe Erde deckte Uriels und Judiths Leichen. Doch trennte sie der Ausspruch der Synagoge: denn Uriels Leichnam wurde in einem entfernten Winkel des Friedhofs überantwortet. Dorthin gesellte sich bald seine Mutter [illegible] zu ihm, welche diese Schmach und den Verlust eines solchen Sohnes nicht ertragen konnte. Auch blieb die Stätte nicht ohne den Schmuck der Liebe; Uriels Schwester bepflanzte sie mit Trauerweiden und Blumen der Klage. Darauf sah man oft an seinem unglücklichen [illegible] endlicher Freiheit. Aus der Erinnerung an diesen teuren Bruder schöpfte er sich die Kraft zu den Leiden, die auch ihm diese von den Menschen verunstaltete Erde zu tragen beschieden hatte.

19

Das Schloß der Frevel

Roman von Ferdinand Kürnberger

Aber wo war die Domenata zu Hause? Wäre sie zu Hause gewesen im Trastevere, oder im Ghetto, oder gar im Agro Romano, kurz in einem verrufenen Rest der armen und verdächtigen Leute, so hätte ich Verdacht schöpfen mögen, daß ich in eine Falle gelockt werde, etwa z. B. so: Sie stecken mich in ein Brunnen- oder Kellerloch, in ein schändliches Gefängnis, wo ich mitten unter Spitzbuben keine Hilfe finde, wo sie mir Wasser und Brot vorsetzen oder mich gar hungern und dursten lassen, so lange, bis ich das Teufelsding von einem Ehekontrakt oder Eheversprechen in Not und Verzweiflung unterschrieben hätte.

Nicht wahr, das heißt Phantasie haben? Ja, Herr, man sieht sich vor, man ist früh aufgestanden, man kennt seine Leute, man hat ausgelernt. Uebrigens seid Ihr ein Narr in folio, wenn Ihr das wirklich glaubt, sobald von Weibern die Rede ist. Paßt einmal auf!

Ihr Vater, der damals noch lebte, war Kammerdiener des Palazzo Sciarra auf dem Korso und dort wohnten sie auch. Palazzo Sciarra auf dem Korso! Ist das ein Schlupfwinkel, eine Mausfalle, eine Räuberspelunke? Welcher Römer nähme Anstand, dem Palazzo Sciarra auf dem Korso sich anzuvertrauen? Auch geschah mir dort keine Spur von Zwang oder Gewalttat. Ich wäre ein Schuft, wenn ich das sagte. Nein, nein! es ging alles so ehrlich zu, wie beim Fuchsprellen. Ein Fuchs müßte ein Esel sein, wenn er sich beklagte. Sie haben mir nichts zuleide getan im Palazzo Sciarra. Hört nur zu!

Von meinem Studio hatte mich die Domenata selbst abgeholt, so gütig war sie jetzt. Den Kapuziner, der sie begleitet, schickte sie fort, als wir uns auf den Weg machten. Der Weg war nicht nahe nach dem Palazzo und ich wollte einen Wagen nehmen. Da sah sie mich eigen an — verschämt, furchtsam, und verbat sich den Wagen. So blieben wir auf dem Trottoir und durchwandelten wie zwei Kätzlein das Publikum. Mir aber brannte das Blut, und mein Herz schlug mir gegen den Buckel, wie das Feuer im Monte Vesuvio. Die Luft war schwül und kitzelte die Nerven, ohne sie abzuspannen. Endlich kamen wir an.

Sie führte mich in ein schönes gewölbtes Zimmer, welches im Erdgeschoß lag und schloß eigenhändig die Tür hinter uns ab. Sie fing an, sich auszukleiden. Auf einmal besann sie sich und sagte: „Wartet, mein Freund. Wenn ich mich wieder anziehe, so könnte ich mich gleich für die Oper anziehen, die wir heute abend besuchen, denn die Exzellenz überläßt uns die Loge. Ich fliege hinauf und hole mir meinen Sonntagsstaat. Ich bin gleich wieder bei Euch." Zauberisch lächelte sie mich an, klopfte mir die Wange, sperrte die Tür wieder auf, und fort war sie.

Ich hatte Muße, mir meine Mausfalle anzusehen. Ein Zimmer wie eine Halle und charmant eingerichtet. In der Mitte ein großer Tisch von rötlichem Marmor, ein Oktogon, mit Blumen, Früchten und Näschereien appetitlich besetzt, eine Karaffe voll Eiswasser war nicht vergessen. An der Wand ein quadratisch länglicher Tisch mit Büchern und Schreibzeug, an einer zweiten ein Schlafdiwan, lang, breit, geräumig, mit schwarzem Lederüberzug, ein Toro, wie ich ihn selbst in meinem Studio habe, weil von Schwarz am besten die Fleischfarbe absticht. Durch ein hohes, halbrundes Fenster an der dritten Wand fiel ein treffliches Oberlicht herein. Man sah ein Stück von einer Platane im äußern Fensterraum fächeln. Das Oberlicht fiel direkt auf den Schlafdiwan, den ich selbst auch nicht besser beleuchtet, nur daß ich etwa den grünen Baumschatten mir weggewünscht hätte. Durch die vierte Wand endlich ging's in die anstoßenden Räume, wie es schien, aber die Gittertür, die ich hier sah, mochte nicht mehr benützt sein, denn sie war von der anderen Seite durch eine tüchtige Holzverschalung abgeschlossen.

Jedes Wort, das ich da sagte, hat mich eine Sekunde von Höllenqual gekostet, d. h. zu warten, auf und ab zu gehen und all diese Einzelheiten zu bemerken. Nichts unterschied mich von den Seelen im Fegefeuer, als — ein Körper im Fegefeuer! Ich trank mein Eiswasser aus, ich naschte von den Näschereien; nichts konnte mich laben. Hätte ich sie lieber doch nicht mehr fortgelassen! Welche Minuten!

An der Tür rauschte es endlich, aber an welcher Tür? Nicht an der äußeren, sondern an der inneren, an der Gittertür! Wie ein Theatervorhang rauschte plötzlich die Verschalung hinweg, und ich sah in mein Nachbarzimmer. In diesem Zimmer sah ich mein Mädchen auf einem Sofa liegen, und vor ihr stand ein schlankgewachsener, schwarzlockiger junger Mann. Etwas tiefer im Zimmer saßen zwei Männer, mit dem Rücken gegen mich.

Domenata redete durch das Gitter zu mir: „Nicht wahr, Freund Zuppa, Ihr kennt wohl auch den alten Improvisator am Theater des Marcellus? Der erzählte uns neulich von Ländern und Sitten, und wie es in Habessinien ein Volk gäbe, wo jedes Brautlager, um die Unschuld der Braut zu bescheinigen, vor den Augen mehrerer Zeugen gehalten wird — was auf uns junge Mädchen einen großen Eindruck machte! Seht, Signor Zuppa, Habessinien liegt heute in Rom. Ich feiere soeben mein Brautlager — leider nicht mit Euch! Ihr versagt mir beharrlich Eure kostbare Hand. Aber weil ich Euch wohl will und weil auch Ihr mein Freund seid, so habe ich es so eingerichtet, daß Ihr wenigstens mein Zeuge sein könnt, denn ich vermute, Ihr betrachtet das Schauspiel, wie die kleine Dona das Weib dieses Jünglings wird, mit der ganzen Teilnahme Eures guten Herzens.""

Groß und größer waren Salms Augen geworden, als er den Zwerg im Verlaufe dieses ganzen Berichtes anstarrte. Jetzt packte er den Kleinen an beiden Schultern, schüttelte ihn und rief mit Stentorstimme: „Kerl, ich werfe dich meiner Treu zum Fenster hinaus, wenn du es wagst, mir solche Bären aufzubinden! Alles hat seine Grenzen."

Der Zwerg sagte gelassen: „Zwei Stücke? Ich glaube, so wird man nicht augenblicklich los sein. Folgt mir also Eure zwei Krücken nach und wenn ich noch Atem habe, so will ich Euch alles Wort für Wort wiederholen. Es soll der letzte Hauch meines Mundes sein! Ich sage nichts als die Wahrheit. Das ist der Wedel, wie mich die Domenata geheiratet hat. Wie ein brüllender Löwe stürzte ich an das Gitter, das aber fest versperrt war. Ich rannte nach meiner Zimmertür, aber die Domenata hatte sie von außen hinter sich zugeschlossen. Das habessinische Brautpaar lachte inzwischen über mein Ein- und Herrennen und zeigte den vollsten Ernst, seine Ehe perfekt zu machen. „Den Ehekontrakt!" schrie ich rasend und sofort standen die zwei Rückenmänner auf — beeidete Notare waren's — und überreichten mir mit einer stummen Verbeugung eine gestempelte Schrift durch das Gitter. Ich mußte etwas tun, das wohl mein Name gewesen sein wird — gesehen habe ich nichts, mein Auge schwamm in Blut und Feuer. In diesem Augenblicke erhob die Domenata graziös ihren Oberleib auf dem Kissen und sagte zu dem Schwarzlockigen mit einer unnachahmlichen Morgue: „Beppo, es schickt sich nicht, daß du vor Frauen so nachlässig dastehst, am wenigsten vor der Frau des berühmten Zuppa.""

Lächelnd, aber zerstreut hörte Salm diese Worte, denn er folgte längst seinem eigenen Gedankengange. Es war ihm klar, daß hinter Domenata ein stärkerer Wille gestanden, ohne Zweifel Priestereinfluß. Wird doch wahrlich noch genug für sie übrig, wenn sie es nur vermochte, solche Rollen zu spielen; den Dramaturgen aber suchte er außer ihr. Und folgerichtig schloß er nun, daß sie einen anderen auch bereits gegen ihn ausspielte, wie sie ihn selbst gegen Zuppa ausspielte; daß sie ihm nicht so unbedingt in der dunklen Schatzgeschichte vertraue, sondern ihre Sicherheit wohl auch gegen ihn genommen haben werde. Das Bild dieses Weibes wurde ihm jetzt erst vollständig: in diesem fünfzehnjährigen Debüt sah er endlich, was er bisher geahnt.

„Nun, was spintisiert Ihr da? Was sagt Euer Kupferstum zu diesem beizenden Opferrauch, he? Sprecht Ihr noch von dem guten Rechte der Domenata? Als ich den Ehekontrakt las, gingen mir die Augen über und doch danke ich Gott, daß ich mich in der nächsten Stunde nicht aufhängen mußte, denn wahrlich, es fehlte wenig, daß diese billige Forderung unter ihren guten Rechten nicht auch noch verzeichnet stand."

„Also, zum Beispiel, was forderte sie alles?"

„Nun, Ihr werdet ja sehen! Habt Ihr mir doch versprochen, daß ich unter Eurem Schutze stehe, und ich habe geantwortet: dann macht, daß sie mir diesen Vertrag herausgibt! Mehr Schutz braucht kein Damokles, als das Schwert an dem Haarseile weg! He? bleibt Ihr im Worte?"

„Wahrlich, Zuppa, man hat Euch großartig geprellt! Ihr mutet mir jedenfalls eine Spitzbüberei zu, aber es wäre doch nur ein Fingerhut voll gegen den Eimer, den man über Euch selbst ausgeschüttet. Was läßt sich da weiter sagen? Am Ende ist alles Polizeiwesen in der Welt eine halbe Spitzbüberei, um die ganze zu bewältigen."

„Meiner Seel', Ihr seid ein Gott!" jubelte der Zwerg. „Was Ihr da sagt, ist das ganze Rätsel meines Lebens. Nicht gut oder schlecht muß man sein, sondern halber und ganzer Spitzbube. So ist's recht. Der halbe ist ein Engel gegen den ganzen und der ganze tröstet sich mit der guten Gesellschaft des halben. Der halbe ist die Polizei des ganzen, und der ganze verhütet eben, daß die Polizei nicht einschläft. Es ist ganz wie beim Malen: wir malen Licht und Schatten, aber unser Licht ist ja selbst wieder ein Schatten. Glaubt, wer malt und Farben mischt, versteht die ganze Moral. Aber Ihr habt den guten Kopf, das alles hübsch auszudrücken, was ich als simpler Praktiker bloß übe. Ja, ja, wir reimen uns. Wir ziehen an einem Strange. Wir sind Eier von einerlei Henne. Wo ich gick sage, da sagt Ihr gack ..."

„Und jetzt sag' ich: Pack! Im Ernste, Kleiner, es ist spät. Und ich habe noch Briefe zu schreiben. Genug für heute!"

„Also, wann sehen wir uns wieder? Wißt Ihr was? kommt morgen in mein Studio! Ich male einen Akt — ratet, wen? Dame Selina, die Kunstreiterin."

„Teufel!" rief Salm und packte den Zwerg: „du bist doch noch imstande gewesen, sie zu beschwatzen?"

„Freilich, freilich! Alles bin ich imstande, so lange ich nicht erwürgt bin. Also, Ihr kommt. Ich stelle Euch eine Staffelei auf, nenn' Euch Direktor, Ihr nehmt einen Wisch in die Hand und tut, als ob Ihr auch malet. Obwohl — unter uns gesagt — viel verspreche ich mir nicht. Sie ist mir bestellt. Meine Wahl wäre sie nicht. Ein kleines, wildes Spitzbübchen — ganz recht —, aber alles Temperament, nichts Form. Ihre Schönheit ist mehr dramatisch als plastisch. Ich vermute sogar, daß ihr das Reiten die Schönheitslinien gewisser Partien in handgreifliche Unordnung gebracht hat. Nun, Ihr werdet ja sehen. Für Euch wird es noch immer ein Schmausen sein. Also man darf Euch abholen?"

„In Teufelsnamen!" rief Salm und stampfte mit dem Fuße. „Gestern — „verende Hund!" und heute — Mitschuldiger! Rom, Rom, was machst du aus den Menschen!"

„Topp", rief der Zwerg, „Eure Hand darauf! Ihr seid ein äußerst traitabler Kerl! Man hat doch Spaß von Euch."

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Völkerkunde Von den persischen Bachtiaren entwirft [illegible], ein früheres Mitglied der französischen Gesandtschaft in Teheran, eine interessante Schilderung. Die Bachtiaren, die in ihren unzugänglichen Hügeln jeder Zivilisation fremd sind, sind energisch, kühn und stark, und diese drei Eigenschaften sind es, die noch ihre ganze Lebensführung bestimmend beeinflussen. Ihre Ideale sind diejenigen eines unabhängigen Feudalismus; das Wesen des Parlamentarismus ist ihnen daher gänzlich fremd. Die Perser, die sich von diesen rauhen Gebirgskriegern in sehr vielen Punkten unterscheiden, sind anders geartet. Sie lassen sich durch große Ideen leicht beeinflussen. Die Bachtiaren sind die Hochländer des südwestlichen Persiens. Jahrhunderte hindurch haben sie ausschließlich hinter den hohen Wällen ihrer Gebirge gewohnt, und ihre Sitten und Gebräuche haben sich seit Hunderten von Jahren nicht geändert. Sie behaupten, vornehmlich arischer Abstammung zu sein. Sie haben niemals sich durch Heirat mit den Völkern der Ebene vermischt, so daß ihr Rassenausdruck sich rein erhalten hat. Sie sind groß, schön, mit regelmäßigen Gesichtszügen und mit der stolzen Haltung und dem lebhaften Schritt der Gebirgsbewohner. Ihre [illegible], fast majestätische Würde steht in starkem Gegensatz zu der servilen und glatten Höflichkeit des persischen Städtebewohners. Die Bachtiaren verachten die Perser und nennen sie feige, grausam und falsch. Die Perser fürchten in den Bachtiaren die „blutdürstigen Räuber"; ein persisches Sprichwort sagt, im Bachtiarenlande sei das Leben eines Menschen nicht mehr wert als das eines Schafes. Die Bachtiaren huldigen der Vielweiberei; ihre Frauen sind zumeist hübsch und verbergen ihre Gesichter nicht, wie die meisten anderen Orientalinnen, mit dem Schleier. Die meisten Bachtiaren sind Nomaden; sie leben von dem Erträgnisse der Weiden und der Jagden und von der gelegentlichen Ausplünderung von Karawanen. Manchmal gibt es zwischen ihnen erbitterte Kämpfe, in den meisten Fällen um ein Stück Weideland, oder infolge von Streitigkeiten zwischen den Familien; die Blutrache, die von Familie zu Familie vollzogen wird, ist bei diesem Volke ebenso gebräuchlich wie im alten Palästina und im heutigen Korsika. Im Winter wohnen diese Stämme in den Tälern, wo ihre Zeltstädte vor den Fuß eines Hügels zerstreut sind. Auf dem Hügel erhebt sich, wie eine kleine Festung, das Haus des Häuptlings. Im Sommer ziehen sie auf die höhergelegenen Wiesen, um dort ihr Vieh zu füttern, und leben dort in Zelten. Ihre Nahrung ist höchst einfach. Sie trinken gewöhnlich Brunnenwasser; aber wenige von ihnen können dem Weine widerstehen. Um Erziehung kümmern sie sich herzlich wenig. Nur eine geringe Anzahl von ihnen, zumeist Familienangehörige von Häuptlingen, kann zur Not lesen und schreiben.

Kulturbilder G. K. Das moderne Postwesen in China. Die eigenartigen Beförderungseinrichtungen für Briefe, Waren und Personen, die das Riesenreich China seit uralter Zeit besitzt, werden erst jetzt allmählich durch das moderne Postwesen verdrängt. Erst seit etwa 1860 ist, wie wir einem Aufsatz des Globus entnehmen, neben die volkstümlichen Postanstalten eine eigentliche kaiserlich chinesische Post getreten, die zunächst nur dazu eingerichtet wurde, die verschiedenen Vertragsämter untereinander und mit der obersten Zollbehörde in Peking in rasche Verbindung zu bringen. Die Ausgestaltung dieser Zollposten zu einer das ganze Reich der Mitte verbindenden Institution wurde dann von dem bekannten Generalzollinspektor in Shanghai, Hart, zuerst angenommen und mit Eifer fortgeführt. Seit dem 2. Februar 1897 hat die kaiserliche chinesische Post eine einheitliche Oberleitung in dem Postsekretariat, das unter der Aufsicht des Generalzoll- und Postinspektors steht. Das Postgebiet Nordchina, Mittelchina, Niederjangtse und Südchina mit zusammen 18 Provinzen zerfällt in 32 Bezirke, deren jeder einem Postmeister unterstellt. Im Jahre 1906 gab es 437 Postämter und 1150 Postagenturen. Die Beförderung erfolgt hauptsächlich auf dem Wasserwege durch die großen Schiffahrtsgesellschaften und die unzähligen kleinen Dampfschiffe. Auch die jetzt über 4000 Kilometer durchlaufenden Eisenbahnen tragen viel zum raschen Transport bei, und besonders ist im Norden Chinas, in der sogenannten „Dampfzone", ein Gebiet entstanden, in dem mit Hilfe der Eisenbahnen ein gutes Postwesen eingerichtet ist und die Regeln und Tarife des Weltpostvereins gelten. Wo keine Schiffahrtslinien sind und auch noch die Eisenbahn nicht geht, muß sich die chinesische Post mit einem Kurierdienst begnügen

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090719/10
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG